

Darauf wird zur Festsetzung der definitiven Tagesordnung übergegangen und nach dem Entwurf als Punkt 1 „Geschäftsbericht des Parteivorstandes“ angenommen.

Vorsitzender Singer: Ich möchte hierbei das Einverständnis des Parteitages darüber herbeiführen, daß bei Punkt 1, falls sich längere Ausführungen seitens der Opposition notwendig machen und die sich zur Opposition rechnenden Delegirten unter sich einen Redner bestimmen, diesem Redner dann dieselbe Redezeit wie dem Referenten gegeben werden soll. Ich darf als den Willen des Parteitages ansehen, daß er keine Neigung hat, Jedem, der sich als Mitglied der sog. Opposition bezeichnet, zu jedem Punkte unbeschränkte Redezeit zu geben. Ich konstatire das als die einstimmige Meinung des Parteitages.

Punkt 2 der provisorischen Tagesordnung: „Bericht der Kontrolleure“ wird ebenfalls bestätigt.

Der Antrag Böcke (s. o.) ist zurückgezogen.

Zu Punkt 3a und 3b der provisorischen Tagesordnung schlägt Debel vor, nach Erstattung der beiden Referate einerseits Vollmar und andererseits einen Redner der Opposition mit gleichem Rechte wie die Referenten sprechen zu lassen. Da die beiden Punkte nicht auseinandergelassen werden könnten, werde die Verhandlung zweckmäßig in dieser Form zu führen sein.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Die übrigen Punkte der provisorischen Tagesordnung werden gleichfalls acceptirt, und damit ist die Tagesordnung für die Verhandlungen des Parteitages definitiv festgestellt.

Auf Vorschlag Förster wird die aus 9 Personen bestehende Mandatsprüfungskommission ebenfalls durch Akklamation gewählt: dieselbe tritt sofort nach Schluß der Sitzung zusammen.

Die Versammlung ist mit dem Vorschlage des Vorsitzenden einverstanden, daß die Sitzungen des Parteitages von 9—1 Uhr Vormittags und von 3—7 Uhr Nachmittags stattfinden. Eine etwaige Sonntagsitzung soll, den Erfurter Polizeivorschriften entsprechend, erst um 3 Uhr Nachmittags beginnen.

Schluß 8 Uhr.

### Erster Verhandlungstag.

Donnerstag, den 15. Oktober.

Vormittags-sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit folgender Ansprache: Parteigenossen! Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, einige ausländische Genossen unter uns zu sehen. Bis jetzt sind eingetroffen der holländische Genosse van der Goes und die österreichischen Genossen Czermak und Keu-

E

mann. Ich heiße dieselben Namens des Parteitages herzlich willkommen und spreche den Wunsch aus, daß sie aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung in ihre Länder mitnehmen wollen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich stets ihrer internationalen Verpflichtungen bewußt bleiben wird und daß sie weiß, daß jeder Sieg, den sie in Deutschland erringt, gleichzeitig zu Gute kommt dem gesammten internationalen Proletariat; die deutsche Sozialdemokratie wird die Pflege und Förderung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse stets als eine ihrer ersten Aufgaben und Pflichten betrachten. (Beifall!)

Eine große Anzahl von Begrüßungs- und Zustimmungstelegrammen ist bei dem Bureau des Parteitages eingelaufen. Von einer wörtlichen Verlesung dieser Kundgebungen wird Abstand genommen.

Als Schriftführer fungiren in der heutigen Sitzung Frohme-Hamburg und Scholz-Berlin; die Rednerliste führt Dertel-Nürnberg.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter Kuer: Werthe Genossen! Der Parteivorstand hat es für das Richtigere gehalten, seinen Bericht den Genossen gedruckt zu unterbreiten. Sie haben gestern alle den Bericht erhalten, und wenn ich auch nicht sanguiniker genug bin, anzunehmen, daß Sie etwa alle denselben gelesen haben — das gestattete schon die Kürze der Zeit nicht, und außerdem lag noch ein anderes interessantes Aktenstück vor —, so darf ich doch annehmen, daß eine große Anzahl von Ihnen denselben gelesen hat. Ich beschränke mich deshalb darauf, Ihnen dasjenige mitzutheilen, was im Bericht nicht steht, was aber zur Erläuterung des einen oder anderen Punktes nothwendig erscheint.

Zunächst einige Mittheilungen über die Geschäftsordnung, wie sie sich der Parteivorstand selbst gegeben hat. Getreu den alten Traditionen der Parteileitung und im Interesse einer möglichst prompten und raschen Erledigung der Geschäfte, haben wir uns von vorneherein dahin verständigt, in der Woche regelmäßig zwei Sitzungen abzuhalten. Bei dem stetig wachsenden Umfang der Geschäfte sind jedoch sehr häufig auch drei, ja vier Sitzungen in der Woche abgehalten worden, und in der Regel wurde daran Theil gehalten, diejenigen Scripturen, Briefe, Einsendungen von Seiten der Genossen, welche in der betreffenden Sitzung erledigt wurden, dem Feuertode zu überliefern. Ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß umgekehrt auch die Genossen die Briefe, welche sie von Seiten der Parteileitung erhalten, nachdem sie von deren Inhalt Kenntniß genommen, ebenfalls vernichten. Diese Gewohnheit

E

haben leider nicht alle unsere Genossen. So Mancher glaubt eine gewisse Reliquie in solchem Briefe zu besitzen. Aber während religiöse Reliquien die Eigenthümlichkeit haben sollen, dem Besizer Vortheile zu bringen, Wunder zu wirken, können die Reliquien, die vom Parteivorstande in die Hände der Vertrauensmänner und anderer Genossen kommen, unter Umständen die umgekehrte Wirkung haben. Sie wirken zwar auch Wunder, aber nicht zum Vortheile des Besizers. (Weiterfeit!)

Den Umfang des Correspondenzverkehrs zwischen Vorstand und Genossen finden Sie im Bericht.

Die Zahl der Orte überhaupt, aus denen wir Adressen und eventuell Verbindungen haben, beträgt nach unserem Adressbuch 879. Diese Ziffer giebt aber natürlich noch lange nicht die Zahl der Orte, in denen wir überhaupt Genossen, ja sogar organisirte Genossen haben.

Der Kassirer theilt mir mit, daß pro Tag wohl 4—6 Briefe auch an ihn kommen, abgesehen von Geldsendungen u. i. w. Ich will noch ergänzend hervorheben, daß die Geschäftsführung nicht beschränkt geblieben ist auf die fünf Vorstandsanwälter, sondern daß des Defteren und besonders bei allen wichtigen Gelegenheiten mit den sieben Kontrollreuren zusammen Sektionen abgehalten wurden.

Ich komme nun zur Agitation, wie sie von Seiten der Parteileitung betrieben wurde. Es sind hierüber vielfach Klagen laut geworden, die wohl auch hier ihr Echo finden werden. Zunächst bedenken Sie, daß die Zeit seit der Beseitigung des Sozialistengesetzes eine verhältnißmäßig kurze ist. Wenn auch in den letzten Jahren des Bestehens des Sozialistengesetzes eine größere Latitudo seitens der Behörden waltete, so hat doch zweifellos die Agitation in dem Umfange, wie wir es vor dem Sozialistengesetz gewohnt waren und wie wir sie heute wieder betreiben und betreiben müssen, nicht stattfinden können. Die Folge war, daß die leitenden, in den Parteivorstand berufenen Personen nicht mehr eine genaue Kenntniß aller zur Agitation geeigneten Personen haben konnten, weil diese Personen selbst unter dem Sozialistengesetz nicht die Gelegenheit hatten, ihre agitatorischen Fähigkeiten zu bekunden. Es war also nicht böser Wille unsererseits oder Abneigung gegen die mündliche Agitation, sondern in vielen Fällen der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten oder der Mangel an Kenntniß derselben, welcher uns dahin gebracht hat, manchen Wunsch in dieser Beziehung unerfüllt zu lassen. Sehr häufig wird von den Provinzen gerufen: in den großen Städten sehen alle die Agitatoren zusammen, sie mögen zu uns herauskommen. Man vergißt dabei, daß wenn auch in den großen Zentren, wie Berlin, Hamburg u. s. w., so und so viele rednerisch begabte Genossen vorhanden sind, an die Agitationsfähigkeit dieser Genossen doch

ungeheuer größere Ansprüche gestellt werden als in den kleineren Orten. In den kleineren Städten genügt vielleicht alle 14 Tage oder 4 Wochen eine Versammlung. Lesen Sie aber die Versammlungsberichte des „Vorwärts“ und des „Echo“ und Sie werden sich nicht mehr wundern, wenn ich Ihnen mittheile, daß in diesen Orten selbst an geeigneten agitatorischen Kräften nicht minder Mangel ist, als draußen. Nicht Jeder, der sich geeignet und bewußt fühlt, das Wort zu führen, ist zugleich geeignet, hinaus aufs Land, in die Provinz zur Agitation zu gehen. Manchem verbietet es auch seine soziale Lage, seine Geschäft. Andererseits hält auch den Einen oder Andern eine falsche Bescheidenheit zurück. Grade die klügsten, einsichtigsten, verständigsten Genossen sind nicht immer Diejenigen, welche die höchste Meinung von sich haben. Es fehlte uns also an geeigneten Kräften, und wenn wir sie hinaus-schicken, sind wir doch dafür verantwortlich, falls sie nicht den Anforderungen entsprechen. Weiter fällt ins Gewicht, daß das geistige Niveau der Partei, die Ansprüche der Arbeiter an den Versammlungredner, höhere geworden sind im Laufe der Jahre. Man begnügt sich nicht mehr mit gewöhnlichen Rednern, man will Reichstagsabgeordnete haben, als wenn mit dem Amt auch der Verstand käme und als wenn jeder Reichstagsabgeordnete eo ipso ein ganz besonders qualifizirter Redner wäre! Man kann ein sehr guter Reichstagsabgeordneter und dabei ein sehr mittelmäßiger Redner sein. Große Sachkenntniß, Geschäftstüchtigkeit kommen in den Kommissionsberatungen zur besten Geltung und sind oft eben soviel werth wie eine blendende Rede im Plenum. Immerhin ist es im Laufe der letzten 11 Monate schon besser geworden in Bezug auf die Entsendung tüchtiger Redner.

Ferner werden wohl Klagen laut werden über den Mangel an guten und geeigneten Agitationschriften. Es ist bereits eine Reihe von Anträgen auf Veröffentlichung recht praktischer, passender, geschickter und dabei prinzipiell wichtiger Agitationschriften eingelaufen. Diesem Wunsche kann sich der Parteivorstand nur aus vollem Herzen anschließen. Daß aber den Parteivorstand kein Verschulden trifft, ergiebt sich daraus, daß in den letzten 20 Jahren kein Kongreß getagt hat, in dem nicht derselbe Wunsch in Form eines Beschlusses zum Ausdruck gebracht worden ist. Wenn es mit den Beschlüssen in dieser Beziehung gethan wäre, dann hätten wir eine Musterkarte der ausgezeichnetsten populären Agitationschriften. Aber diese Broschüren müssen auch geschrieben werden, und da hat es hier und da etwas gehapert. Es ist sehr schwierig, derartige Broschüren, speziell für die Landagitation, zu schreiben. Es gehört eben zum Verständniß der sozialdemokratischen Weltanschauung schon eine gewisse Summe politischer und sozialer Bildung (Sehr richtig!), und dieses Maß sozialpolitischer Einsicht

ist in den ländlichen Kreisen noch nicht überall vorhanden. Der Fehler liegt also nicht in den Parteibroschüren, die zum Theil ganz exzellent geschrieben sind, sondern in den Elementen, die wir erst gewinnen wollen, und deshalb ist es meine persönliche Anschauung, daß auf lange Zeit hinaus, besonders für die ländliche Bevölkerung, das gesprochene Wort noch von größerem Erfolg und größerer Wirkung sein wird, als wie das geschriebene. (Zustimmung.) Damit soll aber nicht gesagt werden, daß nicht auch von Seiten des Parteivorstandes dem Wunsche, geeignete, passende, populär und dabei korrekt, prinzipiell geschriebene Broschüren den Massen zugänglich zu machen, die volle Sympathie entgegengebracht würde. Wir geben in unserm gedruckten Bericht den Rath, daß diese Aufgabe um der besonderen lokalen und provinziellen Verhältnisse Willen von den Land- und Provinzialorganisationen übernommen werden möge, die sich im Laufe der 11 Monate gebildet haben. Es ist einfach unmöglich, von Parteivorstandswegen für alle Provinzen und alle lokalen Verhältnisse ein Flugblatt herzustellen, das überallhin genügt. Der Weinbauer des Südwestens will anders behandelt werden als der Landproletariat des Ostens. Soweit es möglich gewesen, sind wir den gekürztesten Wünschen auch nachgekommen. Die Zahl der Broschüren, Flugblätter u. f. w., welche gratis und auf Kosten des allgemeinen Säckels der Partei hergestellt und verbreitet sind, geht in die Zehntausende. Ich erinnere an die Agitationsbroschüre von Liebknecht: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“, die in vielen Auflagen hergestellt und packetweise an die Orte geschickt worden ist, die Material verlangten. Aber auch hier zeigt sich wieder die Thatsache, daß zum Verständniß des Inhalts bereits eine gewisse sozialpolitische Reife und Erkenntniß des Lesers gehört. Gerade dieser Broschüre, deren Titel so verständlich klingt und deren Inhalt ausgezeichnet ist, ist nicht überall das nöthige Verständniß entgegengebracht worden. Es wurde uns geschrieben, die Broschüre sei vorzüglich, aber der und jener, dem sie gegeben worden, habe gesagt, er verstehe sie nicht. Mit diesen Dingen müssen wir immer rechnen, und nachdem wir diese Erfahrungen mit Parteibroschüren gemacht haben, sind wir schließlich wieder auf Reichstagsreden zurückgegangen und zwar zu solchen, welche speziell einen Gegenstand behandelten, für den großes Interesse und Verständniß bei den weitesten Schichten vorausgesetzt werden konnte. So wurde u. a. die Budgetrede Bebel's, worin er die ländlichen, die Agrarverhältnisse behandelt, in Tausenden von Exemplaren hergestellt, durch Zirkulare bei den Vertrauensmännern angekündigt und hinausgeschickt. Diejenigen, die zahlen konnten, haben bezahlt, aber eine große Anzahl von Orten hat die Broschüre auch gratis erhalten, und bis in die letzte Zeit hat die Broschüre ihre Wirkung gethan. Ebenso gut hat speziell in den ländlichen Kreisen die Rede

E

über die Mißhandlungen der Soldaten in den Kasernen gewirkt. Dann haben wir aus den Einsendungen zur Landagitation eine Abhandlung herausgenommen und mit Handglossen versehen unter der Ueberschrift „Zur Landagitation“ in Tausenden von Exemplaren verbreiten lassen. Aber auch diese Broschüre hat das Schicksal gehabt, daß eine ganze Reihe von Vertrauensmännern in ländlichen Bezirken uns erklärten: die Broschüre ist ein ausgezeichnete Leitfaden für den Agitator, aber zur Gewinnung des Landproletariats nicht voll geeignet, weil dessen Verständniß nicht heranzieht; den Landarbeitern, die im Sommer 15, 16 Stunden lang arbeiten müssen, 14 für den Gutsherrn und die wenigen übrigen und den Sonntag auf dem eigenen Acker, dürft ihr nicht zumuthen, noch Broschüren und Flugblätter zu lesen, die obenin für ihr Begriffsvermögen schwer verständlich sind (Sehr richtig!); sie lesen sie, auch wenn sie sie gratis bekommen, so wenig, als andererseits die Traktätschen der Pfaffen und ähnlicher Gesellschaften — und auf diese Linie wollen wir unsere Agitationsbroschüren doch nicht drängen lassen. — Die Aufmerksamkeit muß wieder der mündlichen Agitation zugewendet werden, und hier besteht nun die außerordentliche Schwierigkeit, geeignete Persönlichkeiten auf's Land hinauszuschicken. Daß solche geeignete Personen so außerordentlich selten sind, hängt wiederum damit zusammen, daß das Landproletariat auf sozialpolitischem Gebiete noch so ungemein weit zurück ist, während es doch die geeigneten Männer aus sich selbst heraus schaffen muß. Wenn Sie alle diese Umstände richtig würdigen und überdenken, wird der Vorwurf nicht mehr in derselben Schärfe erklingen, wie er hierher gebracht worden ist. — Ein großer Uebelstand ist es auch und verursacht unglaubliche Schwierigkeiten, daß gerade in diesen Bezirken es an geeigneten Lokalen fehlt, in denen die von mir auf diesem Gebiete bevorzugte mündliche Agitation betrieben werden kann. Früher haben wir die Erscheinung gar nicht gekannt, in letzter Zeit aber ist sie von unglücklich zahlreichen Orten zu constatiren, daß die direkte Aufzorderung an uns herantritt, es sollen Grundstücke gekauft oder Hypotheken übernommen werden, oder es soll von uns selbst ein Lokal gebaut werden, um eine Stätte für Versammlungen u. dgl. zu gewinnen. Solche Wünsche sind besonders häufig von Orten gekommen, wo unsere Agitation noch nicht mächtig ist. Alle diese Gesuche haben wir, wie wir glauben, mit gutem Recht abgelehnt. Die Gesamtsumme, welche zu diesen Zwecken hätte aufgewendet werden müssen, ging weit über das Vermögen hinaus, welches unserer Partei überhaupt zur Verfügung steht; sie würde in die Hunderttausende gelaufen sein. In einem Falle betrug die abzulösende Hypothek nicht weniger als 40000 Mark. Die Bewilligung nur in einzelnen besonderen Fällen eintreten zu lassen, war auch

E

wieder ausgeschlossen, denn was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. (Sehr richtig!) Andererseits ist der Wunsch der Genossen, sich so ein Lokal zu schaffen oder zu erhalten, ein sehr berechtigter, und hätte es gemacht werden können, so hätte auch der Vorstand sein Möglichstes gethan; so aber konnten wir uns nicht darauf einlassen.

Nun noch ein paar Worte über unsere Presse. Der Beschluß des Parteitages von Halle, den „Vorwärts“ zum Zentralorgan zu bestimmen, hat petuniär der Partei sehr wohl gethan; es sind sehr bedeutende Summen, welche Sie als Einnahmen aus dem „Vorwärts“ aufgeführt finden.

Wenn nun unter den Berliner Genossen im Laufe der letzten Monate der Wunsch laut geworden und ein entsprechender Antrag den Berliner Delegirten mitgegeben worden ist, daß den Berliner Genossen ein größerer Einfluß auf den lokalen Theil gewährt werde, so kann ich Ihnen schon heute mittheilen, daß, wenn der Parteitag einen derartigen Beschluß faßt, seitens des Vorstandes dem nichts in den Weg gelegt wird.

Wir anerkennen durchaus, daß den Berliner Genossen ebenso gut wie denen aller anderer Orte bis zu einem gewissen Grade ein bestimmender Einfluß auf ihr Parteiorgan zugestanden werden muß. Das aber ist festzuhalten, daß, auch wenn der lokale Einfluß jetzt konkrete Gestalt gewinnen sollte, und als Beschwerde-Zustanz eine Kommission Berliner Genossen eingesetzt wird, die Beschwerden und Klagen auch nicht um ein Jota geringer sein werden. (Sehr richtig!) Viele Beschwerden kommen daher, daß die Genossen mit dem Zeitungswesen nicht allzusehr vertraut sind.

Die Hamburger raisonniren auf ihr Blatt und finden das Berliner vortrefflich, und umgekehrt (Heiterkeit!); das ist überall und in der ganzen Partei so. (Sehr richtig!)

Stets finden sich eine Anzahl Genossen, die auf ihr Lokalblatt raisonniren, weil einmal eine Einsendung oder dergleichen nicht aufgenommen worden ist; kurz und gut, das Parteiblatt am Ort taugt in der Regel nichts, aber gelesen wird's, und das ist das Erfreuliche. Die für den „Vorwärts“ einzusendende Ueberwachungskommission darf aber nicht selbständig insofern arbeiten, als sie die Beschwerden getrennt für sich und selbständig verhandelt. Das geht nicht; zwei Instanzen neben einander mit gleichen Rechten, deren Beschlüsse sich event. aufheben könnten, dürfen wir nicht funktionieren lassen. Die Kommission muß vielmehr mit dem Parteivorstand zusammen die betreffenden Beschwerden zu erledigen suchen. Der Vorschlag, das Blatt in einen politischen allgemeinen und einen lokalen Theil zu zerlegen, ist nicht durchführbar, ihm stehen zu viel technische und sachliche Bedenken entgegen, und die Berliner Genossen werden einsichtig genug sein, das anzuerkennen. Aber das

E

Zusammenwirken des Vorstandes mit einer Lokalkommission kann dem ersteren insofern nur angenehm sein, als durch diese Kommission die Verbindung mit den einzelnen Kreisen hergestellt ist und mancher leichter seine Einwände fallen lassen wird, wenn er die Gründe kennt, die zu der von ihm bemängelten Maßnahme Anlaß gegeben haben.

In Berlin haben Personen der sogenannten Opposition als schwere Anklage gegen die Parteileitung aufmarschiren lassen den Vorwurf von der mangelnden Unterstützung der einzelnen Lokalorgane aus allgemeinen Parteimitteln. Der Ihnen vorgelegte Bericht hat den Schlusssatz der auf dem Hallenser Parteitag über die Presse beschlossenen Resolution wieder abgedruckt; Sie ersehen daraus, daß damals nach sehr eingehendem Referat beschlossen wurde, daß die allgemeinen Parteimittel zur Unterstützung der lokalen Presse nicht in Anspruch genommen werden können. Wenn also der Parteivorstand bei der Gewährung von Mitteln aus der Parteikasse gegenüber den einzelnen Lokalblättern etwas zähe gewesen ist, so hat er sich dabei nur auf der ihm vorge schriebenen Linie bewegt.

Die Beschlüsse werden doch nicht dazu gefaßt, um nachher durch den Vorstand gebrochen zu werden. Trotzdem müssen wir uns in diesem Fall sogar schuldig bekennen; als die Mittel erst wieder reichlicher flossen — denn in den ersten Monaten war stets Deizit und wurde vom Ueberschuß gekehrt — haben wir in einer ganzen Reihe von Fällen, als wir uns überzeugten, daß es gar nicht möglich war, den Beschluß ganz strikte durchzuführen, die Presse draußen unterstützt. Speziell wird nun immer auf den Königsberger Fall exemplifizirt. Er war der erste, der an uns herantrat, wir standen noch ganz frisch unter dem Eindruck des Haller Beschlusses; wie die Dinge dort lagen und angesichts der groben Fehler, welche die Genossen bei der Gründung des Blattes gemacht hatten, und da ganz außerordentlich hohe Mittel nöthig waren, um es nicht bloß aus der augenblicklichen Verlegenheit herauszureißen, sondern auch dauernd zu unterstützen, haben wir uns damals ablehnend dagegen verhalten, die Verpflichtung zur Erhaltung des Blattes zu übernehmen. Wir haben aber mit ganz erheblichen Mitteln geholfen, die schlimmen Nachwehen der unbedachten Gründung eines täglich erscheinenden Blattes in Königsberg zu überwinden. Dort war eben der Hauptfehler gemacht worden, bei einer ungenügenden Zahl von Lesern und einer sehr armen Bevölkerung mit einem Tageblatt loszugehen, — was ein Tageblatt kostet, wissen Sie; mancher unter Ihnen hat sich bei der Gelegenheit selbst schon die Finger verbrannt.

Nun ist wieder in Anträgen an den Parteivorstand, aber erst nachdem der Termin für die Einreichung von Anträgen abgelaufen

E

ift, von mehreren Orten und auch aus dem Auslande der Wunsch angeregt worden, ein Wochenblatt ins Leben zu rufen, das gewissermaßen die Quintessenz des geistigen Lebens der Partei und der Vorgänge in der Partei den Genossen zur Kenntniß bringt. Der Parteivorstand hat sich des Besteren über diese Frage unterhalten, und ich habe Ihnen von diesen Wünschen Mittheilung zu machen. Der Vorstand verhält sich nicht etwa ablehnend gegen den Wunsch, er wird sich einem event. Beschlusse des Parteitagés in diesem Sinne nicht widersetzen, hält aber dafür, daß ein solcher Beschluß reiflich nach allen Seiten überlegt werden soll. Speziell bei den Genossen im Auslande ist der Wunsch ein sehr reger; denselben fehlt jetzt eigentlich jedes geistige Verbindungsmittel mit der Heimathspartei. Der „Vorwärts“ ist ihnen als Tageblatt zu theuer; die jetzigen Wochenblätter, es sind deren 12, haben, mit Ausnahme von ein paar, nur mehr oder minder lokalen Charakter, und diejenigen Wochenblätter, welche allgemeinen Charakter haben sollen, haben dieser Aufgabe meiner persönlichen Meinung nach nicht in dem Umfange genügt, wie man es von ihnen im vorigen Jahre erwarten konnte und wie eins dieser Blätter unter der früheren Redaktion es ja in vollem Umfange gethan hat.

Ich habe nun noch eine unangenehme Seite zu berühren, welche, wie ich fürchte, die Zeit mehr in Anspruch nehmen wird, als es leider dem Parteitag erwünscht sein dürfte, es ist das die wenig angenehme Art, wie Wünsche u. dgl. von Genossen zum Ausdruck gebracht werden, welche als Berliner Opposition bezeichnet werden. In allen den Aussprüchen der Genossen in der Provinz über dieselbe kehrt immer die Erklärung wieder, daß das Recht der freien Meinungsäußerung ein unbeschränktes bleiben müsse. Dieser Standpunkt ist uns so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, er ist bei unsern Genossen und bei einer demokratischen Partei so selbstverständlich, daß es verwundern könnte, daß die Genossen das immer erst noch aussprechen zu müssen glaubten. Daß Meinungsverschiedenheiten in der Partei vorhanden sind, ist nicht bloß recht, sondern wird immer da sein, wenn verschiedene Köpfe da sind. Darüber ist also nicht zu reden. Hier handelt es sich nur um die Art, in welcher diese Bescherden zum Ausdruck gekommen sind. Diese Form ist in der Folge immer rigorositer geworden; und gerade diese Form ist von der gegnerischen Presse zum Nachtheil oder doch zur großen Unbequemlichkeit der Partei immer wieder ausgeschlachtet worden. Im vorigen Jahre war von Korruption die Rede und in diesem Jahre von Schwarzgebertum, von Speichelleckerei; heuer wurde behauptet, daß sieben Achtel der ganzen Fraktion keine Ahnung von dem Inhalt des Arbeiterschutzgesetzes, einer Hauptaktion der Fraktion, gehabt hätten; weiter wurde behauptet, daß Gelder zu Tausenden zu Gunsten von Ein-

E

jelnem unter Vernachlässigung der wichtigsten Parteaufgaben in anderer Beziehung hingegeben seien, und alle diese Behauptungen wurden ausgesprochen an einer Stelle, wo sie Resonanzboden fanden! Das muß hier immer wieder betont werden, daß die Opposition in dieser Form in Berlin geführt wird, wo eine Pressorganisation vorhanden ist, wie nirgend anderswo, wo der Telegraph alles sofort bis in den entferntesten Ort, bis in das kleinste Winkelchen hinausträgt; der Boden, wo sich das abspielt, muß ganz besonders in Betracht gezogen werden, es ist ein großer Unterschied, ob etwas in Buztehube oder in Berlin gesagt wird. (Sehr richtig!) Wenn nun diesen Verleumdungen und Verdächtigungen unsere Genossen in der Provinz draußen absolut hilflos gegenüber stehen (sehr wahr!) und in ihren Schmerzensschreien über diese Vorgänge immer wieder darauf zurückkommen und verlangen, daß entschiedener Wandel geschaffen würde, so kann ich namens des Parteivorstandes aussprechen, daß wir uns dem voll und ganz angeschlossen. Wir müssen an die Männer der Opposition das Verlangen stellen: Beweisen oder widerrufen! Oder das Tischbuch zwischen uns ist zer schnitten. Beweisen sie nicht und widerrufen auch nicht, so giebt es ein Drittes, und dieses wird der Parteitag zu finden wissen! (Lebhafte, andauernde Beifall und Händeklatschen!)

Vorsitzender Singer: Es sind einige Anträge eingegangen. Einer von ihnen beantragt, die Gründung eines Wochenblattes zu beschließen. Ich meine, der Antrag wird später mit den übrigen zur Frage der Parteioorganisation und der Parteipresse gestellten Anträgen zu verhandeln sein. Ferner liegt folgender Antrag vor:

Beantrage, daß in Zukunft bei Gelegenheiten, wie beispielsweise am 1. Mai und ferner bei der Antikornzollagitation, die Resolutionen, die bei diesen Gelegenheiten angenommen werden sollen, nicht vom Parteivorstand verfaßt werden und dann den Genossen zur Annahme empfohlen werden sollen, sondern es einer jeden Versammlung zu überlassen sei, ihre eigenen Gedanken in einer Resolution zusammenzufassen. Niederauer-Berlin V.

Da der Referent die hier erwähnten Gegenstände berührt hat und der Antrag für die fernere Leitung der Geschäfte eine bestimmte Anforderung an den Vorstand stellt, so werde er hier zur Verhandlung kommen müssen, wenn er genügend unterstützt wird, was geschieht.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Ich möchte, abweichend von der Meinung des Vorsitzenden, besürworten, daß wir doch einen Theil der zu den Punkten Agitation und Presse vorliegenden Anträge bereits jetzt in die Debatte hineinziehen und über sie Beschlüsse fassen, weil ganz unzweifelhaft der Inhalt dieser Anträge schon jetzt berührt werden wird, wie sie auch schon vom Berichterstatter

E

erwähnt werden mußten. Wir haben sonst zweifellos nachher dieselbe Debatte noch einmal. Ich beantrage, von den betreffenden Anträgen zum Punkt „Presse“ den von Berlin I., den „Vorwärts“ betreffend, von Koppe-Ritzdorf, von den Genossen in Tutzingen, von Berlin III. und Kamenz, ebenso die 3 unter dem Punkt „Agitation“ aufgeführten Anträge schon jetzt mitzuverhandeln.

Vorsitzender Singer kann eigentlich einen sachlichen Zusammenhang zwischen den Anträgen und dem Punkt 1 der Tagesordnung „Bericht des Parteivorstandes“ nicht anerkennen, ist aber bereit, den Antrag zur Erledigung zu bringen.

Derfelbe wird ausreichend unterstützt.

Auerbach tritt für den Antrag Bebel ein.

Emmel-Frankfurt a. M. spricht sich gegen Bebels Antrag aus. Der Antrag Bebel wird nach Probe und Gegenprobe abgelehnt.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht des Parteivorstandes wird gemäß Punkt 2 der Tagesordnung der

### Bericht der Kontrollure

durch G. Schulz-Berlin erstattet. Der Berichterstatter führt aus: Nachdem der Parteitag in Halle geschlossen war, trat die Kontrollkommission gleich am demselben Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, und es wurde da beschlossen, daß nur bei wichtigen Angelegenheiten und bei die Gesamtheit interessierenden Fragen die gesammte Parteileitung zusammenzutreten habe. Die erste konstituierende Sitzung fand am 21. Oktober in Berlin statt.

Bezüglich der Prüfung aller Beschwerden wurde bestimmt, daß letztere an den Genossen Jacobey zu richten seien. Ich bemerke schon hier, daß eine Beschwerde an uns herantat, deren Ursprung aber vor dem Beginn unserer Thätigkeit lag und noch aus der Zeit des Sozialistengesetzes stammt; sonst ist in dem ganzen Jahre auch nicht eine Beschwerde an die Kommission gelangt. Wo gleichzeitig so furchtbare Anklagen gegen die Fraktion und die Parteileitung erhoben worden sind, ist es drastisch und giebt zu denken, daß man sich nicht mit einer einzigen Beschwerde an die Kommission gewandt hat. — Die gesammte Parteileitung hielt 3 Sitzungen ab, die erste am 17. Dezember, in der wichtige, die Partei geschäftlich, interessierende Fragen verhandelt wurden, die zweite am 20. Juni, worin über den Programmentwurf beraten wurde, die dritte am 5. September, worin über den Parteitag und dessen provisorische Tagesordnung Beschluß gefaßt wurde. Die Kaffe wurde in der ersten Zeit monatlich revidirt; da es sich aber herausstellte, daß dies unnötig war, so hernach von Quartal zu Quartal. Sämtliche Beläge wurden geprüft, die Ein- und Ausgänge und die öffentlichen Abrechnungen im „Vorwärts“ mit den

E

Büchern verglichen, und wir müssen konstatieren, daß Alles gestimmt und sich in bester Ordnung befunden hat. Zum Schlusse hat eine Durchsicht im Parteibureau, Kasbachstraße, stattgefunden und ist Einsicht von den Büchern in der Parteibuchhandlung „Vorwärts“, Beuthstraße, genommen worden; auch da war durchweg Alles in bester Ordnung. Wir ersuchen den Parteitag, dem Parteikassirer Decharge zu erteilen.

Es wird hiernach in die Debatte der Punkte 1 und 2 der Tagesordnung eingetreten. Als Wortführer derjenigen Gruppe, welche formell als die sogenannte Opposition zu betrachten ist, ist Werner mit dem Rechte einständiger Redezeit gemeldet.

Werner-Zeltow: Meine Herren und Damen! Ich bin einer derjenigen Parteigenossen, die nicht in der Lage waren, den Bericht des Vorstandes eingehend durchzusehen, sondern ich habe mich damit beschäftigt, die in der Ihnen allen zugestellten Anklageschrift „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition“ enthaltene Darstellung kennen zu lernen, und nehme das Wort, um diese Sachen hier auf dem Parteitag bei der Verhandlung über den Bericht des Parteivorstandes vorzubringen. Wenn der Parteivorstand in der Nummer des „Vorwärts“ vom 12. September eine Aufforderung an die Opposition erläßt, „ihre Anschuldigungen genau zu formulieren und unter Beifügung des nötigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten“ — der Wortlaut der Broschüre stimmt mit dem im „Vorwärts“ nicht ganz genau wörtlich überein, der Wortlaut des „Vorwärts“ besagt noch etwas mehr; es heißt da in Nr. 213: „Danach haben Vorstand und Fraktion die Partei systematisch korrumpirt und zur Versumpfung gebracht, und sind insbesondere durch den Parteivorstand die Parteigelder nach Gurnit an Schmarozer und Schweifweber genährt“ u. f. w., während es auf Seite 2 der Broschüre bezüglich des letzteren Punktes nur heißt: „Was die . . . Günstlingswirtschaft und Unterstützung von Schmarozer und Speichellecker“ anbelangt“ — so konnte dieser Aufforderung nicht Rechnung getragen werden, weil es eine fest gegliederte Opposition in Berlin nicht giebt, sondern was sich in Berlin gezeigt hat, sind einzelne, wenn man sich so ausdrücken darf, oppositionelle Elemente (Zwischenruf: Na, na!) und diese sind jedes einzeln verantwortlich zu machen für ihre Aeußerungen. (Sehr richtig!) Aber es ist nicht möglich, alle jene sogenannten oppositionellen Elemente mit ihren Anschauungen als eine Gesamtoppositionspartei, eine Partei in der Partei konstruieren zu können. Was die anderen Parteigenossen, die man mit mir zu den oppositionellen Elementen rechnet, gesagt haben, dafür erliche ich, nicht meine Person verantwortlich zu machen, sondern jeden Einzelnen für seine Aeußerungen. (Geiterkeit; Auf: Selbstverständlich!)

7 E

Ich übergehe nun bei meiner Angelegenheit die erste Auseinandersetzung über den Parteitag in Halle und komme sofort zu dem Passus der Anklageschrift, wo gesagt wird: Werner hat „sein die Partei schädigendes Treiben nach kurzer Pause wieder aufgenommen“. (Sehr richtig!) In der ganzen Anklageschrift soll doch konstatiert werden, daß der Parteivorstand von jedem Mitgliede der Opposition angegriffen worden ist; ich ersuche Sie, meine Ausführungen hier nachzulesen, und Sie werden finden, daß ich in keiner dieser Ausführungen irgendwie den Parteivorstand angegriffen habe. Was aber war denn mein sogenanntes „partei-schädigendes Treiben kurz nach dem vorigen Parteitage? Ich habe in einer Schuhmacherverammlung auf Aufforderung über „Lassalle und die heutige Sozialdemokratie“ gesprochen und nicht kurz nach dem Parteitage, sondern am 9. Juni, also 3 Jahre hinterher. In dieser Schuhmacherverammlung — bekanntlich werden in allen gewerkschaftlichen Versammlungen in Berlin politische Auseinandersetzungen gepflogen — sprach ich von den Lassalleern und Eisenachern. Ich kam dann auf die Rede des Genossen v. Vollmar vom 1. Juni in München. Bis zum 9. Juni hatte das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, noch nicht ein Wort darüber gebracht. Die Rede Vollmars enthielt nach meiner Auffassung — und Vollmar hat ja selbst eingeräumt, daß er nur auf einen Haufen zusammengetragen und die Taktik vorgeführt hat, die schon vorher andere Parteigenossen in verschiedenen Punkten in Einzelbesprechungen klargelegt hatten — allzuviel Opportunismus und Chauvinismus, das halte ich auch heute aufrecht, und da diese Rede in München unwiderrprochen geblieben war, zog ich die Parallele und fragte, ob die Partei wirklich die sozialdemokratischen Prinzipien in den Agitationsreden immer noch so rein und unverfälscht vertrete, und da doch in München eine solche Rede Zustimmung gefunden, sagte ich: diese Anschauung darf in der sozialdemokratischen Partei nicht erst in die Breite gehen, weil sie nach meinem Dafürhalten nicht die richtige ist. Was geschah nun nach jener Versammlung? Mit der Resolution, die dort gefaßt ist, habe ich nichts zu thun, habe ich mich nicht darum gekümmert, das wird Genosse Niederauer bezeugen . . . (Vorstehender Singer: Sie sprechen jetzt von der Taktik, diese Fragen sind hier, wo es sich um den Geschäftsbericht des Vorstandes handelt, nicht vorzubringen. Sie haben für die Kritik des Geschäftsberichts, soweit dieser nach Ihrer Auffassung Anlaß zu Klagen und Beschwerden giebt, eine Stunde Redezeit gewährt erhalten. Ich ersuche Sie, auf den Bericht einzugehen und die Taktik später zu behandeln.) — Ich danke sehr für die Aufklärung; ich kann aber diesem Wunsche des Parteigenossen Singer deswegen nicht nachkommen, weil dieses „partei-schädigende“ Treiben hier in der Anklageschrift behauptet worden ist. Ich habe Ihnen doch ge-

sagt, daß jeder Parteigenosse in Berlin die Verantwortung für seine Handlungen selbst trägt und übernimmt. Ich habe mich sogar in verschiedenen Punkten mit den anderen nicht solidarisch erklärt, das werde ich Ihnen beweisen. Die Schuhmacher nahmen eine Resolution an, welche besagte, Vollmar sei nicht berechtigt, die Partei zu vertreten, und ich habe direkt den Bericht und einen Brief nach München geschickt mit der Erklärung, daß ich nicht damit einverstanden sei. Nach dieser Versammlung kamen nun die Parteiblätter, allen voran das Hamburger „Echo“, mit Berichten über diese Schuhmacherverammlung, und während gerade der angegriffene Vollmar derartige Angriffe gegen die Berliner nicht richtete, ging das „Echo“, ohne zu wissen, was ich sachlich gegen Vollmars Rede hatte, mit ganz sonderbarem Schimpfen auf die Berliner „Raubmacher“, die „krakehluchenden Elemente“, die „konfuslen Krakehler“ (Sehr richtig!) u. s. w. vor. Dieser Artikel machte nun sonderbarer Weise ohne jede Bemerkung, mit Ausnahme von 3 Blättern, die Kunde durch die ganze sozialistische Presse! Das war mein „partei-schädigendes Gebahren“. Gegen chauvinistische und possiblistische Anschauungen Front zu machen ist jeder Genosse berechtigt; andererseits bin ich nicht so weit gegangen wie Bebel und Fischer, welche sich in der Feenpalastversammlung viel weiter vorstiegen. Ich habe nicht gesagt, daß Vollmar eine Dummheit gemacht hat; ich habe nicht, wie es in einer Breslauer Versammlung geheißen ist, Vollmar seine Vergangenheit vorgeschmissen und vom „Schlüssel-soldaten“ des Papstes geredet; ich habe rein sachlich gesprochen. Dann kam die Feenpalast-Versammlung; dort hielt Fischer das Referat über den Brüsseler Kongreß. Bei der Erörterung kam er auf den Punkt des 1. Mai und erklärte, man müsse in Brüssel danach streben, daß nicht die anderen Länder zu bestimmen haben, was die Deutschen in dieser Frage machen sollen, und betonte andererseits die internationale Solidarität. Darauf erklärte ich: wenn man einerseits die internationale Solidarität anerkenne, dürfe man sie auf der anderen Seite nicht dadurch durchbrechen, daß man sage, man ließe sich von den anderen Ländern über die Maifeier nichts vorschreiben u. s. w. u. s. w., wie es in der Anklageschrift Seite 6 steht.

Der erste Mai stand auf der Tagesordnung; es war mein Recht, meine Ansicht mitzuteilen. Wenn ich sage, daß aus Opportunitätsgründen die Forderung des Achthunderttages erst 1898 erhoben werden soll, habe ich damit die Fraktion angegriffen? Wenn ich gesagt habe, es ist reine Opportunitätspolitik getrieben worden, so ist das doch kein Vorwurf gegen die Parteileitung, so weit muß doch die freie Diskussion gehen dürfen. (Bebel: Selbstverständlich!) Wenn ich weiter sagte: „Man ist allerdings in der sozialdemokratischen Partei bereits so weit gekommen, jede Oppo-

sition zu verpönen, und jede Opposition als kleinliche Nörgerei hinzustellen", so schwebte mir dabei vor, wie ich auf Grund meiner sachlichen Auseinandersetzungen in der Schuhmacherversammlung von den Redaktionen behandelt wurde, wie man sofort drauf losgehauen hatte. Herr Grillenberger hat bei demselben Anlaß eine Note in seiner „Fränkischen Tagespost“ niedergelegt, in der es heißt: Werner ist derselbe konfuse Kraftheiler und Stänker (Heiterkeit), über den der Halle'sche Parteitag das Urtheil abgab, daß Werner nicht würdig sei, der Partei anzugehören. Nebenbei gesagt, ist das nicht richtig, das wurde gar nicht in Halle beschlossen; wäre es geschehen, dann hätte ich kein Recht mehr gehabt, mich als Sozialdemokrat zu betrachten. Wenn so in der Parteipresse aufgetreten wird, dann mache man doch nicht bloß die Einzelnen verantwortlich, sondern gehe mit beiden Seiten ins Gericht. Wenn Bebel dann sagte, er werde dafür Sorge tragen, daß der Opposition in Erfurt Gelegenheit gegeben wird, eine neue Partei zu gründen, so möchte ich nur bemerken, daß Bebel damals sehr aufgeregt gewesen ist. (Bebel: Bitte sehr!)

Wenn man ihm das Recht zugesieht nervös erregt zu werden, warum dann nicht auch mir und den anderen, deren Sprache nicht einen 20jährigen Reinigungsprozeß im Parlament durchzumachen Gelegenheit hatte? Das ist doch ein bloßer Akt der Gerechtigkeit. Und ist denn nicht der gute Ton von der anderen Seite viel schlimmer verletzt worden? Ich habe nicht mit einem schallenden Bravo eine knallende Ohrfeige begrüßt. Da hör's doch auf, wenn sich ein Mann wie Nieuwenhuis Redensarten im „Vorwärts“ gefallen lassen muß, wie die, daß er es mit der Wahrheit nicht mehr genau nimmt! Ferner habe ich laut des Buches geäußert:

„Hier ist so viel von einem anarchisistischen Klub die Rede. Die heutigen Schleppenträger, die gar nicht wissen, wie hoch sie sich heranschmaroken sollen, die schon glauben, ihr Magen wird gefüllt, wenn sie bloß einem Reichstagsmitglied die Hand drücken können, erinnere ich doch daran, daß gerade die Herren Glocke und Baake es waren, welche Ende der 80er Jahre zur Gründung eines radikalen Klubs aufforderten gegen die vermeichlichte Taktik der Fraktion. (Unterbrechung.) Wir müssen den freien Meinungsaustrausch vor allem achten; Sie haben das heute nicht fertig gebracht. Mit Freude sollte die Fraktion Jeden begrüßen, der ihr offen und ehrlich gegenübertritt, nicht aber an ihnen ein Scharfrichteramt vollziehen.“

Es sind Parteigenossen hier, die Ihnen bezeugen werden, daß das vom radikalen Klub Besagte thatsächlich sich so verhielt. Uebrigens steht in diesem Bericht nichts davon, wie ich es eben auch nicht gesagt habe, daß an Schweiswedler und Schmaroker Geld gegeben werde; zeigen Sie mir das! Wenn jetzt soviel von

E

einem „radikalen“ Klub gesprochen wurde, hatte ich die Verpflichtung, jene Parteigenossen daran zu erinnern, daß sie selbst es waren, welche unter dem Sozialistengesetz die Opposition geschürt und gepflegt haben. Als es 1887 sich um die Aufstellung der Reichstagskandidaten für Berlin in einer Konferenz weniger Parteigenossen handelte und auch Singer für Berlin IV. wieder vorgeschlagen wurde, da sagte Baake: „Singer wieder? Nun und nimmermehr! Dagegen protestire ich. Dessen Geldsack hat die Fraktion korrumpirt und wird noch die ganze Partei korrumpiren.“ Und Glocke hat einfach erklärt, die Taktik ist vermeichlicht, wir sind zur puren Reformpartei geworden, wir müssen radikale Klubs gründen und zwar dürfen wir unseren Wirkungskreis nicht auf Berlin beschränken, sondern müssen solche Klubs in ganz Deutschland ins Leben rufen, um geschlossen gegen diese vermeichlichte bürgerliche Taktik vorzugehen. Können Sie mir verdenken, wenn ich die Herren, die jetzt immer von einem radikalen Klub, von Anarchisterei redeten, aufforderte, uns doch offen entgegenzutreten, und sie dabei an ihre eigene frühere Haltung erinnerte? Das ist also mein auch hier in der Anklageschrift niedergelegtes Vergehen.

Der Parteivorstand hat aber zugleich hier das Flugblatt mit herangezogen, als ob Alle, die hier genannt sind, alle Punkte dieses Flugblattes unterschrieben. Ich frage den Parteivorstand, in welcher Versammlung ich mich auf den Boden des Flugblattes gestellt habe. Ich kann doch nicht verantwortlich sein für alle Aussprüche einzelner Genossen; ich betrachte mich nicht als Führer, sondern ich gebe meine Meinung zum besten, und wenn sie sie theilen, ist das ihre Sache. Ich habe nichts gegen die Parteileitung oder gegen die Fraktion. Ich verwahre mich nochmals dagegen, daß ich mit allen oppositionellen Elementen als sogenannte Opposition betrachtet und behandelt werde; ich verlange, daß Sie jede einzelne meiner Handlungen prüfen und dann das Urtheil über Jeden einzeln sprechen. Wenn ich hier spreche, so spreche ich hier allerdings im Namen der Parteigenossen, die hier mitgehen, aber nicht im Namen der sammtlichen Opposition von Berlin. Wenn ich nun weiter als einzelne Person auf die Presse eingehe, so muß ich sagen, daß ich es nicht begreifen konnte, daß ein gerade in jener Gegend so wichtiges Agitationsmittel wie das „Königsberger Volksblatt“ um einer geringen Summe wegen fallen gelassen wurde. Sollte doch die „Sächsische Arbeiterzeitung“ Zuschuß bekommen, die mitten in Sachsen liegt, wo doch wahrlich die Parteigenossen agitatorisch thätig sein können, aber oben der verlassene Schulze in Königsberg bekam nichts.

Unsere Broschüren haben nach meiner Ansicht ihren Werth kolossal verloren aus dem einfachen Grunde, sie sind für unsere Parteigenossen viel zu theuer, diese können sie nicht kaufen; ein

E

Mittel aber, das nicht gekauft werden kann, ist kein Agitationsmittel. Die Broschüre für die ländliche Agitation wird pro Stück mit einem Pfennig angepriesen. Die Parteigenossen in Berlin machen ab und zu Agitationsstouren auf das Land. Da verlangt man das Material gratis dazu. — Wenn über Mängel beim „Vorwärts“ seitens der Berliner Genossen geklagt wird, so ist das ganz natürlich und liegt in den da obwaltenden Verhältnissen begründet. Ich meine das nicht persönlich, ich will weder Bebel noch Liebknecht angreifen, aber in Berlin hat u. a. der Ton des Blattes gegen Eugen Richter sehr wenig Beifall gefunden. Die Parteigenossen wollten solchen Ton nicht einreißen lassen, sie meinten, sachlich und prinzipiell könne man gegen Richter so scharf wie möglich vorgehen, aber ihn persönlich angreifen, mit Wärsch diebstahl u. dgl., das passe sich nicht. Ebenso steht es mit dem Ton, den man gegen Neuenhütus anschlug, solcher Ton gehört nicht in das Zentralorgan, wenn man nun einmal so viel auf den guten Ton giebt. Weiter wurde berechnete Beschwerde erhoben darüber, daß die Versammlungsberichte nicht so in den „Vorwärts“ hineinkamen, wie sie hineinclacirt wurden. Einzelne Elemente ließen auf einzelne solcher Berichte im Sprechsaal Erklärungen los, und diese sind einfach nicht aufgenommen worden, während diese Genossen die Aufnahme der betr. Erklärungen zur Nichtigstellung für unerlässlich hielten. Man spricht immer so tollsal von Disziplin. Ist das Disziplin, daß, wenn ich mit meiner Anschauung in der Minorität geblieben bin, ich mich immer diesem Majoritätsbeschluß unterordnen muß, ohne einmal meine Anschauungen zum Besten zu geben? Dann hört überhaupt das demokratische Prinzip auf, dann bleibt Minorität immer Minorität und Majorität immer Majorität.

Wir haben beantragt, daß die Presse der einzelnen Distrikte aus der allgemeinen Parteifasse unterfüßt werde. Es ist auch beantragt worden, daß die Schwindelannoncen aus dieser Presse entfernt werden. Was ist aber die Ursache der Aufnahme solcher Annoncen? Die kleinen Tagesblätter, welche gleich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes gegründet sind, müssen aus purem Selbsterhaltungstrieb auf den Annoncenfang gehen, weil sie keinen Zuschuß bekommen. In Folge dessen sind sie auf diese Annoncen angewiesen. Da weiter die Redakteure kein Geld in den Fingern haben, um Zeitartikel von gewandten Schriftstellern zu kaufen, so sagen sie sich einfach, du kannst Abonnetten nur bekommen, wenn du die Kost im Blatte den indifferenten Leuten, welche die bürgerlichen Blätter lesen, etwas besser zurechtmachst, und dann kommt die sogenannte prinzipielle Verflachung in die Parteipresse hinein. Hierzu müssen wir ganz entschieden Stellung nehmen.

Schließlich noch eine andere Angelegenheit. Ich habe dem Genossen Ernst in Berlin versprochen, seine Angelegenheit mit dem

E

Abg. Grillenberger hier auf dem Parteitage zur Sprache zu bringen. Ernst hat dem Abg. Grillenberger vorgeworfen, er hätte dem Chauvinismus gedient, indem er einen Trauerand von seine Zeitung beim Todesstage des Kaisers Friedrich gebracht habe. Grillenberger hat dies als eine Verdächtigung bezeichnet. Ich habe die betreffende Nummer mitgebracht und werde sie zirkulieren lassen. Ich frage Sie: ist dies ein Trauerand oder nicht? (Nedner zeigt das Zeitungsbblatt vor.) Im Züricher „Sozialdemokrat“ sollen Trauerfälle stets in derselben Weise angezeigt worden sein wie hier.

Ich bitte Sie nochmals: konstruieren Sie nicht eine ganze Oppositionspartei, sondern urtheilen Sie von Fall zu Fall die Parteigenossen ab und ich bin überzeugt, Sie werden zu einem gerechten Urtheil kommen.

Es sind zwei Anträge eingegangen:

1. Auerbach und Genossen beantragen:

Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundfänge geworden ist, und wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Parteieinnahmen zu unterstützen.

2. Schulke-Königsberg und Genossen beantragen:

„Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein befriedigende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischen Materials.“

Diese beiden Anträge sollen bei dem Punkt Parteipresse zur Verhandlung und Entscheidung kommen.

Niederauer-Berlin V. begründet seinen Antrag. Die nach den verschiedenen Bezirken verschiedenartig gestalteten Resolutionen würden einen viel größeren Effekt machen als eine einheitliche schablonenhafte gestaltete Resolution. Auer sagte, der Parteivorstand werde garnichts dagegen haben, wenn eine Preßkommission gewählt würde, die mit dem Vorstande über die Haltung des „Vorwärts“ zu entscheiden habe. Das ist als Fortschritt zu begrüßen.

Es wurde hier bereits die Versammlung im V. Berliner Wahl-

E

freie erwähnt. Es wurden dort von Vierter Anträge gestellt, die ich unter keinen Umständen billigen kann, obwohl ich zur Opposition gehöre. Diese Anträge wurden in der Presse gesperrt abgedruckt, diejenigen aber, die von Seiten der leitenden Personen gestellt waren und die jedenfalls ganz vernünftig sind, hat man so entstellt und so schmählich verkürzt wiedergegeben, daß Niemand daraus klug werden konnte. Was die Schuhmacher-Versammlung betrifft, so kann ich Werner nur zustimmen. Ob die Schuhmacher-Versammlung kompetent war oder nicht, lasse ich dahingestellt.

Die Rede Vollmars hat kein einziges Blatt im Zusammenhang mitgeteilt, wohl aber ging ein Artikel des „Echo“ darüber durch die ganze Presse. Es hätte im Interesse der Partei gelegen, erst die Ausführungen Vollmars abzudrucken, damit die Parteigenossen ein klares Bild erhalten. Erst nachdem zwei Versammlungen in Berlin den Abdruck gefordert hatten, wurde die Rede im „Vorwärts“ abgedruckt. Eine bloße Plauderei, wie sie das Hamburger „Echo“ brachte, hat keinen Werth. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß in dieser Weise gegen einen Genossen vorgegangen wird.

Bätthe-Magdeburg: Ich habe das Wort ergriffen, um auf die Spaltung unter den Magdeburger Parteigenossen einzugehen. Ich frage zunächst, was hat den Parteivorstand veranlaßt zu der Spaltung in Magdeburg Stellung zu nehmen? Oder sollte Genosse Fischer vom Parteivorstande sich selbst berufen gefühlt haben, für die Leute, die sich in Magdeburg von der Partei abgespalten haben, das Wort zu ergreifen? Wir haben in unserem Organisationsentwurf einen Passus, daß ein Wahlkreis einen oder mehrere Vertrauensmänner wählen kann. Nach Schluß des Haller Parteitages stellten sich sämtliche Magdeburger Parteigenossen auf den Standpunkt, daß man nur einen Vertrauensmann wählen solle, und daraufhin wurde Schulze gewählt. Dies hat aber die Leute in Buckau nicht abgehalten, als die Frage Vollmar auf die Tagesordnung kam, sich einen neuen Vertrauensmann zu wählen. Wohin soll es führen, wenn die Leute von der Parteileitung sich berufen fühlen, nach irgend einem Kreise hinzureifen und zu sagen, ja wenn Ihr mit dem und dem nicht einverstanden seid, dann habt Ihr das Recht, Euch einen neuen Vertrauensmann zu wählen? Ich meine, daß der Parteivorstand genau dieselbe Taktik üben muß wie früher, wo man die eigenen Angelegenheiten den Genossen selbst überließ. Das Vorgehen Fischers kann nur zu neuen Spaltungen führen.

Referent Auer: Ich verweise den Genossen Bätthe auf den § 3 unseres Organisationsstatuts: „Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Partei-Interessen einen oder

E

mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.“ Weil nun ein solcher Fall durchaus nicht vereinzelt vorgekommen ist, sondern gleiche und ähnliche Fälle den Vorstand wiederholt beschäftigt haben — und Genosse Fischer hat hier als Vorstandsmitglied nicht auf eigene Faust gehandelt — so haben wir bis jetzt daran festgehalten, daß, wenn in einzelnen Kreisen Parteigenossen darüber in Differenzen kamen, ob nur ein Vertrauensmann für den ganzen Kreis fungiren soll, oder ob in den verschiedenen Orten des Wahlkreises die Genossen sich je einen Vertrauensmann wählen wollen, seitens des Parteivorstandes Neutralität bewahrt werde: für uns ist der Vertrauensmann, der von den Genossen des betreffenden Ortes als solcher bestimmt ist. Das ist auch in Buckau der Fall gewesen und von Fischer damals ausdrücklich betont worden. Die Genossen in Buckau haben nur für Buckau und nicht für Magdeburg einen Vertrauensmann gewählt. Der Vertrauensmann für Magdeburg ist Schulze, und das haben wir nie bestritten.

Schulze-Magdeburg: Tagtäglich standen im „Vorwärts“ Berichte gegen die Opposition, so daß man auf die Vermuthung kommen mußte, daß darin eventuell System liege. Dazu kommt, daß in einem ländlichen Kreise der Provinz eine Versammlung stattfand, in der der Genosse Gerisch-Berlin referirte. Nachdem Gerisch weg war, lies ein Antrag ein, das Vorgehen der Berliner Opposition zu verurtheilen. Dieser Antrag wurde heftig bekämpft, worauf ihn der Antragsteller zurückzog. Ich fragte ihn nun, warum er den Antrag eingebracht hätte. Er erklärte, er wäre vom Genossen Gerisch dazu aufgefordert worden. Wäre dies wahr, so läge allerdings in der Sache System, es wäre eine Mache. Aber ich glaube es nicht und ich hoffe, daß die Geschichte von Gerisch richtig gestellt wird. Der Fall Buckau liegt doch anders, als Auer meint. Unser Wahlkreis hat mit großer Majorität beschloffen, einen Vertrauensmann für Magdeburg zu wählen, und nachher nach  $\frac{1}{4}$  Jahren sind dann erst die Buckauer gekommen und haben diesen Majoritätsbeschluß des Kreises durchbrochen. Das Vorgehen des Parteivorstandes, der diesen Vertrauensmann sanktionirt hat, hat schädigend gewirkt. Die Behauptung, daß die Opposition auf dem Lande den Interessen der Partei geschadet habe, hat Werner bereits zurückgewiesen. Immer heißt es, das Vorgehen der Buckauer Opposition wirkte schädigend. Trotzdem sehen wir tagtäglich, daß in unserer Partei, wie das Singer schon bei der Eröffnung des Parteitages ausgeführt hat, überall Erfolge erzielt werden (Aufe: Aber nicht durch die Opposition!) jedenfalls doch trotz der Opposition. Dies beweist, daß diese Opposition nicht schädigend wirkt, und wir in der Magdeburger Gegend, die wir sonntäglich auf das Land gehen, haben auch Erfahrungen hinter uns. Wir haben garrnichts

E

Schädigendes gespürt. Wir müßten den Berliner Genossen grade dankbar sein (Sachen), daß sie das Verfahren Vollmars, nachdem der Parteivorstand so gut wie der „Vorwärts“ keine Stellung dazu genommen, zuerst mißbilligt haben. Daß die Berliner über das Ziel hinausgeschossen sind, indem sie die Absetzung Vollmars verlangt haben, billige ich auch nicht. Wenn nun die große Mehrzahl der Magdeburger Genossen mit den Berlinern sympathisirt, so geschieht dies aus reinem Gerechtigkeitsgefühl, indem wir in einzelnen Fragen der Taktik, des Parlamentarismus u. s. w. nicht mit den Anschauungen zufrieden sind, die augenblicklich in der Partei gang und gäbe sind. Was den Fall unseres Heine betrifft, so weiß die große Mehrzahl der Parteigenossen in Magdeburg, daß Heine vor dem Magdeburger Landgericht den Anspruch gethan hat, er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Volksherrschaft. Der Umstand, daß der „Vorwärts“ eine Berichtigung in Bezug auf diesen Fall nicht aufgenommen, hat ebenfalls böses Blut gemacht. Bätge hat in seiner Zuschrift behauptet, daß der Genosse Heine wirklich jenen Anspruch gethan hat, und wenn hier eine Antipathie gegen gewisse Elemente besteht, so führe ich den alten Bremer als Zeugen an, der als Wittangellagerer befätigt wird, daß Heine diesen Anspruch doch gethan hat. Wenn ein Parteigenosse in einer so hervorragenden Stellung einen solchen Anspruch thut, so heißt dies den revolutionären Geist unserer Partei mit Füßen treten. Gegen solche Leute gehe man vor und nicht gegen diejenigen, die anderer Meinung sind als die Fraktion. (Großer Widerspruch.)

Milenz-Johannisthal beschwert sich darüber, daß die Reichstags-Fraktion während der Dauer des Reichstages der ländlichen Agitation nicht genügende Dienste geleistet habe. Die Abgeordneten Singer, Förster und Schulze-Königsberg haben mir gesagt, sie hätten keine Zeit, auf's Land zu gehen. Ich bin garnicht der Meinung, daß die Abgeordneten nothwendig eine größere Wirkung erzielen als andere Redner, aber die Landleute wollen nun einmal einen Abgeordneten hören, und wäre der eine oder andere Abgeordnete in unseren Kreis gekommen, so wäre Ruhe und Friede gewesen. (Geisterzeit.) Die Lokalfrage ist gewiß eine sehr mißliche, aber ich und meine Freunde haben, wenn man uns Lokale verweigerte, im Laufen, sogar auf dem Eise Versammlungen abgehalten. Es würde einem Abgeordneten auch zur Ehre gereichen, wenn er derartige Sachen auch einmal mitmachte. — Man wird der Frage näher treten müssen, ob nicht aus der Parteikasse die kleinen Blätter unterstützt werden können. Man hat für das Weeslow-Storlow-Feltower Volksblatt um Geld gebeten, ist aber von der leitenden Stelle abgewiesen worden. Stadhagen hat mich im v. Berliner Wahlkreise als Oppositionellen hingestellt. Ich erkläre nun, ich habe mit der Berliner Opposition weiter nichts gemein, als daß

ich einige von den Genossen dort kenne, speziell Werner. Man wißt Alle, die sich erlauben, eine andere Meinung zu haben als die Parteileitung, in einen Topf zusammen und macht so Stimmung im Lande.

Erwald-Brandenburg: Die sogenannte Opposition hat unsere Langmuth doch etwas zu sehr in Anspruch genommen. Denn gestern ist hier beschlossen worden, daß die sogenannte Opposition Jemand aus ihrer Mitte erneuern solle, welcher im Namen derselben sprechen sollte. Dies ist heute nicht geschehen, sondern Werner hat nur für seine eigene Person gesprochen. Es ist doch wunderbar: erst sind die Anklagen und Verdächtigungen im Lande erhoben worden, und heute will Niemand etwas gethan haben. (Sehr gut!) So war es in Halle und so heute wieder: die Opposition ist ganz unschuldig und die Fraktion oder Parteileitung ist das Kaminfel, das angefangen hat. Wenn trotz der Opposition Erfolge errungen worden sind, so beweist dies nur, daß eine gute Idee, ein guter Kern in unserer Partei ist. Aber wären ohne diese Opposition jene Erfolge nicht viel größer gewesen? (Sehr richtig!) Ich wünschte, die Berliner und Magdeburger Genossen kämen einmal zu uns aufs Land. Wie hat man uns nach den Berliner Vorgängen auf den Dörfern behandelt? Man hat uns mit scheelen Augen angesehen und gesagt, was Ihr wollt ist Unsinn. Ihr seid unter Euch selbst nicht einig, Ihr seid eine korruptirte Partei, mit der wir nichts zu thun haben wollen. Noch niemals ist die sozialdemokratische Partei durch ihre Gegner so geschädigt worden, wie es augenblicklich durch die sogenannte Opposition geschieht. (Lebhafte Zustimmung.) Ganz entschieden muß ich dagegen protestiren, daß zur Beaufsichtigung des „Vorwärts“ eine Extra-Kommission gewählt werden soll. Das wäre eine Bevorzugung der Berliner Parteigenossen. Der „Vorwärts“ ist einfach Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Höchstens könnte von einer Kontrolle über den lokalen Theil des „Vorwärts“ die Rede sein. Auch ich halte den „Vorwärts“ für die ländliche Bevölkerung für zu theuer und für unzweckmäßig. Man sollte aus dem „Vorwärts“ einen Extrakt herstellen und ihn als Wochenblatt zu einem billigen Preise abgeben.

Röten-Hamburg: Berichterstatter Auer hat gesagt, die Berliner raisonnirten auf den „Vorwärts“ und die Hamburger auf das „Echo“. Dagegen muß ich protestiren. Die Hamburger Genossen haben gegen die Redaktion, gegen die Schreibweise der Leitartikel im „Echo“ und den Inhalt des politischen Theiles absolut gar nichts gesagt. Wenn einige Genossen mit dem lokalen Theil oder mit dem Annonzenwesen nicht einverstanden sind, so hat dies mit der prinzipiellen Stellungnahme zu dem Inhalt des Blattes nichts zu thun. Was die Agitation betrifft, so war anlässlich der Wahl im 19. hannoverschen Wahlkreise ein Mitglied

des Wahlkomitees aus Geseftemünde in Berlin. Es ist ihm von der Parteileitung gesagt worden, wenn Ihr in die Wahl eintretet, dann sollt Ihr von dem Parteivorstande bei der Sache eine kräftige Unterstützung haben, und wir stellen Euch ein paar Abgeordnete zur Verfügung. Was geschah? Man schickte den Abgeordneten Mollenbuhr, einen ausgezeichneten Bauernagitor, zu jener Zeit nach Süddeutschland auf die Agitation.

Noch ein Wort über den Kassenbericht. Ich finde da an mehreren Stellen, daß Privaten Darlehen gegeben worden sind. Ueber diese Darlehen wünsche ich spezielle Aufklärung. Ich und ein großer Theil der Hamburger Genossen verwerfen solche Darlehen; wir werden da auf eine tiefere Ebene gedrängt und bekommen vielleicht das Geld nicht wieder.

Referent Auer: Es ist falsch, daß Mollenbuhr zu dieser Wahl-agitation nicht verwendet worden ist. Er theilt mir mit, daß da einfach in der Zeit eine Verwechslung vorliegt. Mollenbuhr ist speziell in unserem Auftrage zur Wahl-agitation im 19. hannoverschen Wahlkreise gewesen (Zuruf: Sonntag!). Der Sonntag ist auch ein Tag. Der Parteivorstand ist aber seinem Versprechen auch noch weiter nachgekommen. Die Abgeordneten Mehger, Bruhns, Ulrich, Förster und, wenn ich nicht irre, auch Frohme, haben dort Versammlungen abgehalten. Ein halbes Duzend Reichstagsabgeordnete sollte am Ende doch genügen. Es konnte doch nicht die ganze Fraktion dort hinunterkommen (Heiterkeit).

Bebel: Nach dem vorliegenden Kassenbericht sind in der Rubrik Darlehen 25562 Mark aufgeführt. Auf Seite 11 finden Sie unter der Rubrik Darlehen eine kurze Erläuterung, wonach unter den ausgegebenen Darlehen sich u. a. 8000 Mark Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Genossen, 4000 Mark für eine Hypothek auf ein früher der Partei gehöriges Grundstück, die bereits wieder zurückgezahlt worden sind, und 6000 Mark an verschiedene in momentane Nothlage gekommene Blätter befinden. Wir sind selbstverständlich sehr wenig erbaut, wenn solche Gesuche an uns kommen, aber was zunächst die 8000 Mark Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Parteigenossen betrifft, so versteht es sich ganz von selbst, daß, wenn die Parteikasse irgendwie in der Lage ist, dort, wo die Parteigenossen unter schwerer Anklage stehen und die Gerichte sie nur unter der Bedingung freigeben, daß eine Kaution geleistet wird, wir zur Kautionsstellung stets bereit sein müssen; das ist sogar vom geschäftlichen Standpunkte aus ein Vortheil, weil während einer längeren Dauer der Untersuchungshaft die Parteigenossen und ihre Familienangehörigen unterstützt werden müssen.

Was die 6000 Mark Darlehen an verschiedene Lokalblätter betrifft, so haben wir uns im ersten Monat, getreu dem Beschluß des vorigen Parteitagess, solchen Anforderungen gegenüber ablehnend

E

verhalten. Allmählig haben sich aber diese Gesuche so gehäuft, daß eine ganze Reihe von Blättern in Frage stand an Orten, wo dieselben unter allen Umständen gehalten werden mußten. Da haben wir in den Fällen, wo auf eine Rückzahlung nicht zu rechnen war, direkt die Summen gegeben als Agitationsbeitrag à fonds perdu. Des Weiteren haben wir überall da, wo die ganze Lage der Parteior-gane und insbesondere die Organisation der Parteigenossen in den betreffenden Orten die Sicherheit gewährten, daß die gewährten Gelder zurückgezahlt würden, diese als Darlehen gegeben und die Genossen zur Rückzahlung verpflichtet. — Wenn wir alles das bewilligt hätten, was gefordert wurde, so würde der Zuwachs des Kassenvermögens von 94000 Mark nicht gelangt haben. — 6000 Mark wurden in der verschiedensten Form an Parteigenossen gewährt, die durch ihre politische Thätigkeit in eine Nothlage gekommen und gemäßigert waren, zur Gründung resp. Fortführung ihres Geschäftes u. s. w. Ich glaube, daß in sehr vielen Fällen das so angewendete Geld nicht besser angewendet werden konnte (lebhafteste Zustimmung).

Storch=Stettin: Wenn irgendwo in der Agitation vom Parteivorstande zu wenig geleistet wird, so ist es in Pommern. Alle unsere Bitten um einen Abgeordneten blieben erfolglos. Allerdings ist Liebnecht neuerdings dort gewesen.

Berner hat allerdings Recht, wenn er sagt, daß die Berliner Opposition eine kompakte Masse nicht ist. Es sind dies meist Personen, welche unter dem Sozialistengesetz nicht gearbeitet haben. Ich meine nun, wenn ich mit der Taktik und Geschäftsführung nicht einverstanden bin, dann weiß ich, wovon ich mich zu halten habe. Wenn ich glaube abgeschlachtet zu sein, gut, dann habe ich das Material in Händen, welches ich dem nächsten Parteitage unterbreiten will. Statt dessen schlägt man Kadav. Die Berliner, wenigstens die ehrlichen Elemente, sollten ihre Augen doch nicht der Thatsache verschließen, wie sehr sie durch ihre Opposition unsere Agitation auf dem Lande erschweren. Wir sind z. B. nicht in der Lage, den „Vorwärts“ ungelesen und undurchgesehen auf das Land zu befördern; denn die Berichtsberichte schaden uns mehr als sie uns nützen.

Blume=Hamburg II.: Der Genosse Auer wollte in Bezug auf das „Echo“ wohl keinen Vorwurf gegen die Hamburger Genossen erheben, sondern nur ein Beispiel anführen. (Zustimmung Auer's.)

Berner hat verschiedene Male erklärt, daß er absolut nur für dasjenige verantwortlich sei, was er persönlich gesagt und gethan habe. Nun heißt es aber in dem bekannten Flugblatt nicht, der oder der Parteigenosse giebt das Flugblatt heraus, sondern eine Anzahl von Parteigenossen aus allen Berliner Reichstagswahlkreisen (Unterbrechungen seitens der Opposition), und wir haben

E

immer den Eindruck gehabt, daß zwar nicht ein formeller, aber doch geistiger Zusammenhang der Opposition besteht. Dieses Flugblatt ist unter der geistigen Führung aller oppositionellen Parteigenossen Berlins herausgegeben worden. Wenn nun Werner sich das Gros der Opposition von den Rochschöhen schüttelt, so können wir nichts dafür, es ist aber nicht einmal ehrlich von ihm gehandelt. Wir müssen uns unter allen Umständen den Beschlüssen des Parteitages unterwerfen. Man untergräbt sonst thatsächlich die Grundlage der Sozialdemokratie. Die Opposition hat die Agitation auf dem Lande auf Jahre zurückgeworfen. Die Hamburger Genossen werden sich niemals auf dem Boden bewegen, auf welchem die Berliner Opposition steht. (Bravo!)

Emmel-Frankfurt a. M.: Wenn wir die Versammlungsberichte im „Vorwärts“ und auch in der gegnerischen Presse über das Auftreten der Opposition gelesen haben und hören, wie sie heute auftritt, so müßen wir uns über die Venderung kolossal wundern. (Sehr richtig!) Hätte die Berliner Opposition sich zu Hause so betragen wie heute, so würde der Entrüstungssturm in den Provinzen überhaupt nicht entstanden sein. (Zustimmung!) Aber der Ton der Opposition hat schließlich auch in der „Fränkischen Tagespost“, im „Vorwärts“ in der Güdes-Offäre und in anderen Blättern Platz gegriffen, und dies ist von gegnerischer Seite ausgenutzt worden. Man sollte einen solchen Ton in Zukunft unterlassen, hüben wie drüben. Wir sehen heute, daß, wenn die Forderungen sachlich formuliert werden, wir hier sehr wohl zu einem Resultat kommen können. Sollte allerdings das Flugblatt für die ganze Opposition als maßgebend angesehen werden, dann würde sich das Verhältniß ändern, denn das Flugblatt weicht prinzipiell von unserer Parteigrundfäßen ab.

Nach dem Bericht der Parteileitung ist ein bedeutender Ueberschuß von 94000 Mark gemacht worden. Nun hat zwar Bebel gesagt, wenn man allen den Anforderungen in Bezug auf Agitation, Presse u. s. w. genügt hätte, der Ueberschuß nicht vorhanden sein würde. Aber ich glaube, wir sind nicht dazu da, Ueberschüsse zu machen.

Wenn die Opposition so sehr wünscht, daß Abgeordnete eine Versammlung abhalten, so verstößt das gegen ihre sonstigen Forderungen. Sie bekämpft sonst immer die Autoritäten, und andererseits werden doch dadurch die Autoritäten förmlich gezogen.

Wildberger-Berlin: Die Gründe, welche einzelne Genossen Berlins, die man zur Opposition rechnet, bestimmt haben, in der Weise wie geschehen vorzugehen, werde ich bei dem dritten Punkte der Tagesordnung, der Taktik, näher darzulegen versuchen. An dieser Stelle möchte ich nur auf die von mir früher aufgestellten Behauptungen zurückkommen, daß nämlich einem Abgeordneten

E

3-5000 Mark gegeben worden seien und daß sieben Achtel der Reichstagsabgeordneten den Entwurf unseres Arbeiterschutzgesetzes vor der Einbringung nicht gelesen haben. Zu meiner ersten Aeußerung gab mir Veranlassung ein Sprechsaalartikel, der an demselben Tage im „Vorwärts“ stand. In demselben wurde einem Genossen vorgeworfen, Parteigelde nicht abgeliefert zu haben.

Das empörte mich ganz gewaltig, nicht, weil ich es für richtig fand, daß der betreffende Genosse das Geld seit einem Jahre nicht abgeliefert hatte, sondern ich wollte nur die Art treffen, wie man gegen den Einen vorgeht und wie man bei dem Andern alles gutheißt, und Jeden verpönt, der es wagt, daran zu rütteln. In der Versammlung im Colberger Salon kam ich mit ziemlich scharfen Worten darauf zu sprechen, daß man das im „Vorwärts“ aufgenommene, und sagte bei dieser Gelegenheit, daß wenn man in dieser Weise weiter ginge, wir unter Umständen dasselbe oder noch schwereres Material vorbringen könnten. Es ist nicht richtig, was Storch sagte, daß diejenigen Opponenten, welche in öffentlichen Versammlungen aufgetreten wären, unter dem Sozialistengesetz nicht thätig waren. Mit Ausnahme von Goldberg sind alle in der Agitation thätig gewesen. (Zuruf: Bießer auch?) Soviel ich weiß, ist derselbe noch gar nicht so lange in Berlin. (Ruf: Aha!) Wo meinetwegen mit zwei Ausnahmen. Nun ist von Bebel und Auer zugegeben worden, was ich gesagt habe. Was habe ich denn Großes behauptet? (Rufe: Namen nennen!) Ich werde den Abgeordneten so lange nicht nennen, als nicht bestritten wird, daß das was ich gesagt habe wahr sei.

Meine Behauptung, daß der Arbeiterschutz-Gesekentwurf von sieben Achtel der Reichstagsabgeordneten vorher gar nicht gekannt wäre, habe ich in gutem Glauben aufgestellt, nachdem ich die Mittheilung, direkt den Entwurf nicht ganz gelesen zu haben, von zwei Abgeordneten erhalten hatte. Nachdem der Arbeiterschutz-Gesekentwurf in den Blättern erschienen war, sprach ich schon an anderen Tage mit einem Reichstagsabgeordneten und machte ihm Vorwürfe auf Grund seiner bisherigen Haltung. (Ruf: Namen nennen!) Ich werde das hier nicht thun; wenn es gewünscht wird, werde ich die Namen dem Vorstande mittheilen (Rufe: Wir wollen es aber wissen; sonst erklären wir es für eine Verdächtigung!) . . . ich machte ihm Vorwürfe, wie er diesen Entwurf hätte unterschreiben können. Darauf fragte er mich, was ich daran auszuführen hätte. Ich sagte, Dies und Jenes, und da meinte er „neht das denn darin?“ Ich sagte, na, es ist doch toll, daß Sie das nicht einmal gelesen haben. Da sagte er mir, Sie wissen doch, wie der Gesekentwurf zu Stande gekommen ist. Der Reichstag wurde, wenn ich nicht irre, am 6. Mai 1890 eröffnet. Am 8. Mai wurde dieser Entwurf schon dem Bureau eingereicht. Daß man also nicht an

E

einem Tage einen zwei Bogen starken Gesetzesentwurf in einer so starken Körperschaft durchberathen konnte, das muß auch demjenigen einleuchten, dem eine derartige Mittheilung seitens eines Abgeordneten nicht gemacht worden ist. Jedenfalls war ein großer Theil der Abgeordneten nicht da, und wenn auch diese sieben Axtel nicht zutreffen, so war ich doch berechtigt zu sagen, daß ein großer Theil der Fraktion von dem eigentlichen Inhalt dieses Entwurfes nichts gekostet hat. (Lachen.) Dies wurde mir von einem zweiten Reichstagsabgeordneten bestätigt. Nachdem in der Eisfelder-Versammlung auf Grund des Flugblattes gesagt worden war, daß wenn Werner und ich in den Reichstag gewählt worden wären — wir hätten uns ja redliche Mühe gegeben, in den Reichstag zu kommen — es statt 35 dort 37 „Verräther an der Sache“ gegeben hätte, glaubte ich berechtigt zu sein, zu erklären, daß ich als Abgeordneter den Arbeiterschutz-Gesetzesentwurf nicht mit unterschrieben hätte. Ich glaubte diese Aeußerung machen zu dürfen und dabei in nichts zu verstoßen, weil mir nicht bestritten werden kann, daß thatsächlich der Entwurf Vielen nicht bekannt war. Es ist übrigens dieses ganze Berliner Vorgehen in einer Art behandelt worden, wie es bisher noch gar nicht da gewesen ist. Es sind doch von anderer Seite früher viel stärkere Behauptungen aufgestellt worden. Auf dem Gothaer Kongreß beschuldigte Frohme Bebel und Liebknecht, daß sie im Dienste Sonnemanns ständen. Man hat Frohme nicht ausgestoßen, man ist gegen ihn nicht so vorgegangen, wie es jetzt gegen uns geschieht. Ich erinnere ferner an den Aufruf des Frankfurter Kongresses im Jahre 1885, worin alles enthalten ist, was in unserem Flugblatt steht, und gerade da trat Bebel auf die Seite der Frankfurter Genossen gegen den Abgeordneten Frohme. Nun wird man auch von uns sagen müssen, daß wir mindestens von demselben Geiste befeelt sind, wie die Frankfurter Genossen mit ihrem Aufruf.

Vorsitzender Singer: Ich muß es ablehnen von Herrn Wildberger vertrauliche Mittheilungen entgegenzunehmen. Wenn Herr Wildberger die Namen der betr. Abgeordneten nennt, so mag er das vor dem versammelten Parteitage thun. (Zustimmung.)

Bebel: Der Vorredner hat auch heute wieder, wie in der Berliner Versammlung, die Behauptung aufgestellt, es seien einem Abgeordneten aus der Parteikasse 3—5000 Mark geschenkt worden, um seine Schulden zu decken. Das ist einfach unwahr; nichts dergleichen ist geschehen. Die Parteileitung weiß von dem Berliner Fall, den er hier mit in Vergleich gezogen hat, gar nichts, er ist uns erst aus dem „Vorwärts“ zur Kenntniß gekommen. Wenn in dem „Eingefandt“ Unrecht geschah, hatte Wildberger noch gar kein Recht, die Parteileitung in die Diskussion zu ziehen und Dinge zu behaupten, welche den unangenehmsten Eindruck machen mußten.

E

Der Parteigenosse, wenn er ein solcher sein will, weiß genau, wohin er sich zu wenden hat; er hat erst die Mitglieder des Vorstandes zu fragen, wenn er die Thatsache bestätigt findet, nach den Gründen zu fragen, und wenn er damit nicht einverstanden war, stand ihm das Recht zu, an die Kontrolleure und schließlich an den Parteitag heranzutreten. Diese Instanzen mußte er innehalten, nicht aber in Versammlungen Verdächtigungen und Verleumdungen herauszuschleudern, als verbrauchten die Leute an der Spitze die Gelder im persönlichen Interesse und um Schmarotzer großzuziehen u. s. w. Sie haben zu beweisen oder zurückzunehmen was nicht richtig ist, oder der Parteitag wird eine andere Entscheidung treffen. Was das Arbeiterschutzgesetz betrifft, so ist es unser lebhaftes Verlangen, daß die Namen der beiden Abgeordneten öffentlich genannt werden, damit sie, wenn sie sich wirklich so etwas zu Schulden kommen ließen, auch öffentlich genannt, öffentlich desavouirt werden. Wenn Wildberger von Cluquewesen spricht, so brauchte er blos ein paar Mal in die Fraktion zu kommen, er würde eines andern befehlt werden. Der Gesetzesentwurf ist mindestens 8, aber wohl 14 Tage vor Beginn des Reichstags an die Kollegen versandt worden mit der Aufforderung zu genauem Studium und zur Einbringung der Anträge, welche sie für nothwendig hielten, damit die Sache sofort gemacht werden könnte. Der Entwurf datirt übrigens schon von 1885 und sind das letzte Mal nur einige Aenderungen vorgenommen worden. Außerdem ist die gesammte Fraktion vorher dringend eingeladen worden, am Tage der Eröffnung des Reichstags anwesend zu sein, damit in erster Linie über den Entwurf berathen und derselbe so schnell wie möglich an das Plenum gebracht werden könnte. Wer anders berichtet hat, hat die Unwahrheit gesagt.

Auf Befragen des Vorsitzenden Singer gestattet der Parteitag das Wort zu einer kurzen Erklärung dem auf dem Parteitage nicht als Delegirter, aber als Berichterstatter anwesenden

Redakteur Baake: Parteigenossen! Herr Werner hat in seiner Rede eine Aeußerung von mir aus dem Jahre 1887 angeführt, die mich zu einer Erklärung nöthigt. Ich soll zu ihm gesagt haben: Stellen Sie Singer nicht als Kandidaten für den Reichstag auf, sein Geldsack hat die Fraktion korrumpirt und wird noch die ganze Partei korrumpiren. Ich erkläre hiermit, daß ich diese Aeußerung in dieser Form nicht gethan; dagegen erkläre ich weiter, daß ich dem Sinne nach mich gegen Singer's Kandidatur ausgesprochen habe, und zwar im Auftrage einer Anzahl Berliner Parteigenossen. Diese meinten, es sei besser, einen Arbeiter in Berlin IV. aufzustellen; sie hatten dafür vorzubringen, daß Singer von in Noth und Glend gerathenen Leuten überlaufen werde und daß sein humaner Sinn ihn veranlasse, diese Leute zu unterstützen. Wir fürchteten, daß dadurch, daß die Leute sich gegen Singer verpflichtet fühlen

8 E

könnten, Singer einen Einfluß und eine blinde Anhängerschaft bekommen könnte, die sich mit den Parteiprinzipien nicht vertragen. Diese Gefahr ist später dadurch vermieden worden, daß Singer, der selber wohl diese Gefahr erkannte, damit einverstanden war, daß Unterstützungen von ihm nur gegeben wurden, nachdem die Partei sich mit denselben einverstanden erklärt hatte. Die Form, in der ich die Aeußerung gethan haben soll, muß ich entschieden zurückweisen. Das Wort „Korruption“ ist so ausschließlich Werner'sches Eigenthum, daß ich jede Theilhaberschaft ablehne. Im Jahre 1887 kannte ich die Fraktion sehr wenig, ich war damals ein junger, 23jähriger Mensch und hatte allerdings andere Ansichten wie heute. Diese Entwicklung ist ganz natürlich; ich rechne sie meiner Jugend zu und der Erfahrung, welche ich mir in dem Maße, als ich in das innere Parteileben eingedrungen bin, angeeignet habe. Wörtlich soll sogar diese Aeußerung sein. Ich gratulire Herrn Werner zu diesem Gedächtniß; es übersteigt noch dasjenige eines Polizeikommissars, der eine Aeußerung, die ein Anderer gethan haben soll, sogar beschwört.

Um 1 Uhr 20 Minuten wird die Fortsetzung der Debatte verlag.

#### Nachmittagsßigung.

3/4, Uhr. Den Vorsitz führt Klopß; als Schriftführer fungiren Emmel-Frankfurt a. M., Hug-Bant, Uggler-Stuttgart.

Es sind wiederum zahlreiche Begrüßungstelegramme und Zuschriften eingegangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Pfannkuch über das Ergebnis der Prüfung der Legitimationen durch die Mandatsprüfungs-Kommission. Auf dem Parteitage sind 230 ordnungsmäßige Mandate vorhanden, außerdem sind noch 14 Personen anwesend, die zum Theil dem Parteivorstand, zum anderen Theil der Fraktion angehörig, ohne Mandat erschienen sind. Die Kommission hat auch nicht ein einziges Mandat zu beanstanden Gelegenheit gefunden; sämmtliche Mandate sind einstimmig für gültig erklärt worden.

Ohne Debatte erklärt auch der Parteitag sämmtliche Mandate für gültig.

Darauf wird in der Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über Punkt 1 fortgefahren.

Uggler-Stuttgart: Zunächst möchte ich einem Wunsche des Landesvorstandes der württembergischen sozialdemokratischen Partei an den Parteivorstand Ausdruck geben: der neue Parteivorstand möge in seinen Antworten an die Genossen sich eines etwas weniger brüskten, schroffen Tones bedienen, als das hier und da der Fall

E

gewesen ist. Die verschiedenartigen Wünsche an den Vorstand müßen ja nicht leicht zu erfüllen sein und können je nachdem eine gewisse Ungebuld erregen, aber man sollte doch dabei immer bedenken, daß Diejenigen, welche sie laut werden lassen, das Interesse der Partei im Auge haben. Bezüglich der sogenannten Opposition muß ich es als etwas sehr Charakteristisches hervorheben, was wir heute früh zu hören bekamen, da Wildberger uns sagte, er wisse von einem Reichstagsabgeordneten, eventuell sogar von einem zweiten bestimmt, daß derselbe die fragliche Vorlage gar nicht gekannt habe. Nun ist es doch eine ganz gewaltige Uebertreibung, wenn man sich von einem Einzelnen aus zu dem Schlusse berechtigt glaubte, daß sieben Achtel der Fraktion den Entwurf gar nicht gekannt hätten; und aus diesem einen Beispiel können wir schließen, wie gewaltig die Uebertreibungen sind, deren sich diese Opposition schuldig gemacht hat.

Meißner-Böhl: Durch den Bericht des Vorstandes und die Ergänzungen des Genossen Auer ist uns Margelegt worden, aus welchen Motiven der Parteivorstand so und nicht anders zu handeln benogen worden ist. Das gilt zunächst bezüglich des Königsberger Zeitungsunternehmens; aber auch über die Landagitation und die Presse überhaupt waren die Ausführungen Auers derart, daß wir uns nicht versagen können, dem Parteivorstande für seine Thätigkeit und seine Leistungen unsere Anerkennung auszusprechen. Ich verstehe deshalb auch es voll und ganz zu würdigen, wenn am Schlusse der Referent Auer es unter den obwaltenden Umständen für geboten erachtet, daß die von der Opposition erhobenen Anklagen erhärtet oder widerrufen werden, andernfalls er unbedingt darauf bestehen müsse, daß das Tischbuch zwischen uns und diesen Elementen entzweigeschnitten werde. Ich kann diesen Standpunkt nur durchaus billigen, und wer Gelegenheit hat, wie ich, auf Grund geschäftlicher und politischer Thätigkeit mit den verschiedensten Genossen zusammen zu kommen, muß bestätigen, daß die Berliner Vorkommnisse von geradezu deprimirender Wirkung in der Provinz, unter der ländlichen Bevölkerung gewesen sind. Wer daran denkt, daß der Stand der Genossen in den kleineren Städten viel schwieriger ist als in den großen, der wird würdigen, wie sehr es die Partei schädigt, wenn solche Leute den Gegnern bewußt oder unbewußt das Wasser auf die Mühle treiben. Mich hat es nicht wenig Wunder genommen, daß Werner sich hier in der Weise aufspielte, zuerst sich als Redner für die Opposition bestimmen ließ, um nachher allein auf seine Person zu reagieren (sehr richtig!); es scheint, daß man auf dieser Seite wohl gemerkt hat, es sei an der Zeit, den Zurückzieher zu machen. Es ist offenbar System in der Sache, wenn man jetzt jeden Zusammenhang leugnet. Ich halte es für an der Zeit, daß der Parteitag ein entscheidendes Wort in dieser Sache spricht. Ich verweise auf den Beschluß der Neunerkommission

8\* E

in Halle, in dem es heißt: „Die Kommission gewann vielmehr, unter Zusammenfassung aller Punkte, die Ueberzeugung, daß Werner weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen.“ Wer dergestalt die Tragweite seiner Handlungen nicht ermessen kann, der ist auch nicht fähig, uns in der Öffentlichkeit vertreten zu können, und diese Erkenntnis zeichnet uns den Weg vor, den wir zu gehen haben. Wir sollten nicht irgendwie Süßholz raspeln, sondern einfach das Eischtuch entzweischneiden! (Zustimmung.)

Lätarow-Berlin I: Ich will nur konstatieren, daß die Opposition, wie sie sich heute gezeigt hat, keine Opposition ist. Das richtige Bild bekommen Sie zu sehen, wenn Sie in die Berliner Versammlungen gehen. Heute will man mit nichts etwas zu thun haben, heute leugnet man das Flugblatt ab. Mit diesem oder jenem Flugblattpassus ist dieser oder jener einverstanden, mit dem ganzen will Niemand etwas zu schaffen haben, trotzdem erklärt worden ist, daß für das Flugblatt Tausende von Unterschriften aufgebracht werden könnten. Vermunderlich ist es, wie Werner sich aus der Falle zu ziehen versucht. Nach alledem bin auch ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Leute uns als Gegner viel mehr nützen können, wie als Freunde; als Freunde schaden sie uns nur; als Gegner sind sie uns durchaus nicht gefährlich.

Zu dem Antrage des Wahlkreises Berlin I auf eventuelle Theilung des Zentralorgans bemerkte ich, daß das Recht, welches den Genossen in der Provinz zusteht, auch den Berlinern in gewissem Sinne gewährt werden muß. Das Organ wird sich nur schwer theilen lassen, aber wenn der gute Wille vorhanden ist, muß es gehen; man wird dann den Einwand los werden, daß die Berliner keinen Einfluß auf ihre Presse haben. Ich bitte Sie deshalb, später dem Antrage Berlin I zuzustimmen.

Bärner-Berlin III.: Ich bin sowohl hinsichtlich des Geschäftsberichts als auch betreffs der Beschwerden resp. Ueberwachungs-Kommission durchaus mit dem Referenten einer Meinung; die Berliner Genossen erheben bezüglich des politischen Theils des „Vorwärts“ keinen Anspruch, sondern nur bezüglich des lokalen Theils. Zum Antrag Niederauer habe ich zu bemerken, daß es ja bisher jedem einzelnen Parteigenossen allerorten überlassen geblieben ist, Anträge zu stellen, trotzdem die Parteileitung solche Resolutionen vorgeschlagen hatte. Wenn Werner sagt, in allen Gewerkschaften Berlins werde Politik getrieben, so stimmt das nicht. Ich bin Tabakarbeiter, bei uns wird keine Politik getrieben, denn wir würden dadurch den über ganz Deutschland zentralisirten Gesamtverein schädigen oder gar zur Auflösung bringen. Wollen wir Politik haben, so gehen wir in die öffentlichen Versammlungen,

E

dort können wir Politik treiben, soweit wir wollen. — Nicht nur der Agitation auf dem Lande schadet das Treiben der Opposition, uns in Berlin und unsere Agitation schädigt es noch bedeutend mehr. Die Versammlungen werden leer, wir sind nicht mehr im Stande, die Leute für uns zu begeistern, wenn die Auseinandersetzungen bis in Schlägereien ausarten, sodas es selbst uns, die wir doch an derbe Worte gewöhnt sind, schließlich zu viel wird. Aus diesem Grunde können wir alle nur wünschen, daß ein ruhigerer Ton in Berlin platzgreifen möchte. (Beifall.)

Jacoby-Berlin: Der Referent Gottfried Schulz hat mitgetheilt, daß Beschwerden bei den Kontrolleuren nicht eingegangen sind. Das ist richtig. Wir haben aber trotzdem ein paar Fälle verhandelt, die ich hier vortragen will. Der Restaurateur Gaede, Berlin, Fennstraße 17, wurde im „Sozialdemokrat“ als Polzeispiegel angeschuldigt und hat sich an den Vorstand gemandt, damit dieser seine Sache regle und die Schuld von ihm nehme. Nun ist es ganz unmöglich, daß der Parteivorstand oder sonst irgend Jemand diese Rücknahme veranlassen kann, weil man nicht weiß, wer die eiserne Maske war, die sich doch so gut bewährt hat, mit der wir große Vortheile errungen haben. — Ein anderer Fall aus Rostock ist auch nicht als Beschwerde an den Vorstand aufzusassen. Er betrifft Bebel, Randt und Erdbeer in Rostock. Es liegt ein Brief in der Sache vor. . . (Unterbrechung; Ewald ruft: Nicht verlesen, weil er anonym ist!) Er ist unterschrieben: Lucinde Schwarz; es ist festgestellt, daß es eine Genossin dieses Namens dort nicht giebt. Es wird in dem Briefe behauptet, die Genossen sollten die Parteigelder verbrauchen, ohne Rechenschaft zu legen, Bebel wird bezeichnet als wahrscheinlich von der Regierung gekauft (stürmische Heiterkeit), weil er gesagt hat, wenn Krieg gegen Rußland kommt, dann werden wir gegen Rußland kämpfen müssen. Das ist Alles.

Ich komme nun noch auf Wildberger zurück. Wenn er sich gestattet, in einer großen Versammlung vor 1500 Menschen von einem Abgeordneten zu behaupten, er habe 3000 oder 5000 Mark geschenkt erhalten, weil er sonst banteroit geworden wäre, so muß er sich doch selbst sagen, was die Folgen solcher Verdächtigungen sein müssen. Man braucht nicht zu warten, bis das in die Provinz dringt; es schädigt uns selbst in Berlin am meisten. Wenn Werner sagt, es giebt keine geschlossene Opposition, so hat er Recht; es ist keine Opposition, sondern die reine Oppositionspest, welche wir aufs Heuerste bekämpfen müssen! (Beifall.)

Werner, der im Namen der Opposition sprach, hat drei Viertel seiner Redezeit mit Dingen verbracht, die nicht hierher, sondern zur Frage der Taktik gehören, und das letzte Viertel nur in seinem Namen, nicht im Namen der Opposition gesprochen. Ich

E

halte das nochmals zu konstatiren für nöthig. Ich gehe auf die gegen die Taktik und gegen das Verhalten des Parteivorstandes zur Vollmar'schen Rede erhobenen Anklagen nicht ein, ich stelle nur fest, daß Schulze-Magdeburg die Anklage erhebt, daß der Vorstand nicht gegen diese Rede vorgegangen sei, während dieselbe Opposition immer darüber klagt, daß der Vorstand die Diktatur und keine freie Meinungsäußerung wolle. Es ist ferner festzustellen, daß der Vorstand gegen letztere niemals Front gemacht hat, sondern bloß gegen Angriffe und Verdächtigungen, die seine Ehre antasteten. Nun hat Werner sich dagegen verwahrt, behauptet zu haben, daß die Parteileitung Günstlingswirtschaft, Speichelleckerei u. s. w. begünstigt habe, aber in der Art und Weise, wie er sich ausgedrückt hat, lag mindestens indirekt der Vorwurf, daß die Parteileitung sich derartige Personen gefallen ließe, und er hat sogar zwei Personen genannt, Baake und Glocke. Wenn etwas die Objektivität der jetzigen oder früheren Parteileitung beweist, dann sind es grade diese beiden Fälle. Baake ist seit 1884 in der Redaktion des „Volksblatts“. Wir in der Fraktion und im Fraktionsvorstand wußten ganz genau, daß Baake gegen uns eingenommen war, daß er eine politische Ansicht vertrat, die nicht die unsere war. Wenn wir trotzdem Baake in seiner Stellung ließen, so frage ich Sie, wo ein glänzenderes Beispiel für unsere Objektivität gefunden werden kann als grade hier. Als eine Expeditionssstelle im „Volksblatt“ frei war, haben wir uns an die Berliner Genossen gewandt, und da hat uns die Opposition, die damals in der Mehrheit war, Glocke vorgeschlagen, und obgleich wir wieder ganz genau wußten, welche Stellung er einnahm, haben wir ihn aufgenommen. Wenn nun beide im Laufe der Jahre erkannt haben, daß alle jene niederträchtigen, gegen uns erhobenen Verleumdungen auf Unwahrheit beruhten, so gereicht das den Betreffenden zur Ehre, wenn sie ihren früheren Irrthum offen bekennen. Wenn je eine Opposition erbärmlich und nichtig sich gezeigt hat, nachdem sie mit soviel Aplomb ins Leben getreten war, so ist es die der Werner und Wildberger. Auf Grund des Kassenberichts hätte man doch mit bestimmten Behauptungen herauskrücken sollen über die Günstlingswirtschaft u. dgl. Wildberger schüttelt mit dem Kopf; na, ich werde ihn gleich zittren. (Heiterkeit.) Wildberger hat sich nicht begnügt, jenen Fall mit dem Reichstagsabgeordneten anzuführen, sondern er erklärte nach S. 30 der Broschüre folgendes in der Versammlung des III. Wahlkreises am 22. September:

„Da die Presse, die unter dem Einfluß der Parteileitung steht, sich der Frempalast-Versammlung gegen uns nur in Verdächtigungen und unflätigen Schimpfereien ergeht, so können wir natürlich mit einem Parteitage, der in solchem Sinne zusammengesetzt ist, nichts anfangen. Wir könnten noch viel deut-

licher werden, wenn wir einmal beleuchten wollten, wie verwerflich der Parlamentarismus von der petiniären Seite ist. Dann würde man uns freilich wieder Denunzianten nennen. Einem einseitigen Gerichtshofe des Parteitages unterbreiten wir nichts, weil wir von vornherein wissen, daß wir doch verurtheilt werden. Als Jesus geht man da hinein, als Teufel aber kommt man heraus.“

Also ein einseitiger Gerichtshof, auf dessen Urtheil nichts zu geben ist! Es wundert mich nur, daß dann Wildberger sich die Mühe gegeben hat, hier zu erscheinen. — Er droht also ganz allgemein; das ganze System wird angegriffen. Es herrscht die Korruption innerhalb des parlamentarischen Kreises unserer Partei; das wird nicht ausgesprochen, liegt aber in den Worten; jeder Abgeordnete wird also auch petiniär unterstützt u. s. w. Wenn solche Verdächtigungen ohne jeden Schatten von Beweis gegen ganz bestimmte Personen öffentlich ausgesprochen werden, dann frage ich, ob es auf der Welt überhaupt noch eine eienere und niederträchtigere Verleumdung giebt. Als Auer in einer Berliner Versammlung sagte, es seien keine Beschwerden gekommen, da erklärte Nieberauer: Beschwerden sind nachschöbweise vorhanden, aber man hat zur Parteileitung kein Vertrauen und darum kommt man nicht damit. Giebt es etwas Niederträchtigeres als dieses Verhalten, ehe man auch nur den Versuch einer Begründung seiner Beschwerde gemacht hat? Hätten Sie doch die Parteileitung auf die Probe gestellt! Aber Sie haben keine Beschwerde erhoben, und von den Wajschförben voll Beschwerden haben die heutigen Redner nicht einmal ein kleines Handförbchen vorgebracht. Was sonst vorgebracht worden ist, kommt auf jedem Parteitage immer wieder vor, so die Klagen über mangelhafte Agitation, Broschürenverbreitung, Presunterstützung u. s. f. Sie haben den Kassenbericht vor sich liegen. Keiner von der Opposition hat bis jetzt versucht, die Richtigkeit der Zahlen und die Loyalität der Verwendung der Gelder irgendwie zu bezweifeln. Dort liegen die Kassenbücher, sie stehen jedem Parteigenossen zur Verfügung, ich bin bereit, Jedem jede Auskunft zu geben. Wir spielen mit so offenen Karten. (Zwischenruf: Das bezweifelt Niemand!) Was Sie sagen! Was bedeutet denn Wildbergers Ausspruch anders, als Verschleuderung der Parteigelder, Sichmästen von den Parteigelbern (Widerspruch der Opposition) — ja, heute habt Ihr's nicht gewagt zu sagen (stürmische Zustimmung und Lärm), es ist eben traurig, daß Ihr heute nicht den Muth habt, diese Anklage zu erheben. —

Ich komme auf den Punkt „Unterstützungen“ im Kassenbericht, nahezu 11 000 Mark. Darunter ist eine einzige, welche 500 Mark beträgt, das ist die höchste, diese Summe ist nicht an eine Person, sondern an eine Mehrzahl von Personen verabreicht worden, die

politisch gemäßigert worden waren. Weiter sind darunter 8 Posten von je 400, davon erstrecken sich 2 wieder auf eine Mehrzahl gemäßigter Personen, und der dritte wurde einem armen Parteibruder als Unterstützung gewährt, weil er später tief in Noth und Glend kam; kein Abgeordneter hat da was erhalten. Die anderen Posten, es sind hunderte, gehen bis zu 25 Mark herunter. Nun die Darlehne. 2500 Mark, es ist wahr, sind geliehen worden gegen Sicherheit. Der Mann hatte eine Gefängnißstrafe von 9 Monaten zu verbüßen. Die Frau, die das Geschäft leitete, wurde im zweiten Monat vom Schläge getroffen; 4 kleine Kinder waren vorhanden. Der Genosse mußte Urlaub aus dem Gefängniß nachsuchen, den er auch erhielt. Derselbe mußte fremde Leute anstellen, da die Frau vom Schläge gelähmt blieb und nicht sprechen konnte, er aber mußte, von der unglücklichen Frau und den weinenden Kindern wieder zurück ins Gefängniß. Mit welchen Gefühlen brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu sagen. (Allgemeine Zustimmung.) Als er herauskam, war er ruiniert; er versuchte das Geschäft zu halten, hat das lange Zeit mit Sängen und Bürgen gethan, und wenn ihn ein Vorwurf treffen kann, dann ist es der, daß er nicht früher an uns kam. Als dies aber endlich geschah, haben wir nicht ohne Weiteres gegeben, sondern zuerst eine ganz genaue Untersuchung der Geschäfts- und Familienverhältnisse vorgenommen und das Geld auch nicht als Geschenk gegeben, sondern gegen Verbürgung eines Kompagnons des Darleihers und wir haben sichere Aussicht, es wiederzubekommen. Wenn das Parteiverath ist, so muß ich erklären, wenn ich solchen „Verrath“ hundertfach auf dem Gewissen hätte, ich würde es mir zur Ehre rechnen. (Beifall.)

Soviel über diesen Punkt. Ich will mich damit begnügen und mich darauf beschränken, Ihnen eine Resolution vorzuschlagen. Die Dinge können doch nicht ausgehen, wie das Hornberger Schießen; man kann nicht den Parteitag auseinander laufen lassen, ohne daß etwas Positives entschieden ist. Ich beantrage deshalb zu Punkt 1 und 3b der Tagesordnung:

Der Parteitag wolle beschließen: Eine Kommission von 9 Mitgliedern zu ernennen, welche die Anklagen der Opposition in Bezug auf die Parteileitung und die Reichstagsfraktion, sowie die Anklagen, daß die Parteileitung bezw. der Parteivorstand gegen die Parteitaktik verstoßen habe, zu prüfen und dem Parteitag Bericht zu erstatten habe.

Diese Kommission soll erst in Funktion treten, wenn wir die Frage der Taktik erledigt haben, und es dürfen ihr selbstverständlich weder Mitglieder der Opposition, noch der Parteileitung, noch des Vorstandes angehören. Es sollen ganz unparteiische Personen sein, welche die Prüfung vorzunehmen und dann Bericht zu erstatten haben. Dann werden wir ja sehen, was dahinter steckt.

E

Kandt-Moßdorf beantragt, das ihn betreffende Schriftstück gleichfalls dieser Kommission zur Prüfung zu überweisen.

Der Antrag Bebel wird genügend unterstützt.

Frohme-Altona: Wenn noch etwas gefehlt hätte, die Berliner Opposition ins rechte Licht zu stellen, dann ist es jedenfalls ihr heutiges Auftreten gewesen. Dieses steht in so außerordentlichem Gegensatz zu ihrem Treiben in Berlin, daß es nicht nur in diesem Saale Aufsehen erregen wird. Die Herren haben dem „Echo“ einen Vorwurf daraus gemacht, daß es zu dem Vorgehen der Opposition Stellung genommen hat. Das „Echo“ soll sich einer unerhörten Sprechweise schuldig gemacht haben, sich in schmächtlichen Angriffen gegen die Opposition ergangen haben. Der betreffende Artikel wurde geschrieben, nachdem in einer Schuttmacherversammlung in Berlin die bekannte Resolution gegen Vollmar angenommen worden war. Wir haben es für nöthig gehalten, sachliche, prinzipielle Stellung zu den Fragen zu nehmen, um welche es sich in der Vollmar'schen Rede handelte. Wer im Stande ist, aus diesem Artikel einen unverschämten Ausdruck herauszufinden, der möge es versuchen. Jrgend einer beliebigen gewerkschaftlichen Versammlung darf es nicht zustehen, derartig zu Gericht zu sitzen über einen abwesenden Parteigenossen, und noch dazu ohne genaue Kenntniß von dem, was der Betreffende wirklich gesagt hat. Unser Urtheil stützt sich lediglich auf das, was wir wußten, während die Herren von der Berliner Opposition ganz summarisch in Kauf und Bogen erklärt haben, Vollmar ist nicht mehr würdig, Vertreter des Proletariats zu sein. Daß das Entrüstung hervorrufen mußte, ist klar, und dieser Entrüstung haben auch wir Ausdruck gegeben, aber in einer Weise, die Sie nicht berechtigt, von einem unverschämten Angriff auf die Opposition zu sprechen. Ihnen gegenüber Rücksichten üben, Sie mit Glacehandschuhen anfassien, darauf haben Sie sich wahrhaftig kein Recht erworben.

Die Magdeburger „Volkstimme“ hat sich nicht enthalten können, darauf anzuspüren, als habe man es im Hamburger „Echo“ mit einem parteioffiziösen Organ und mit unserer Aeußerung als einer offiziösen zu thun; das sollte wohl heißen, wir seien vom Berliner Parteivorstand beeinflusst. Am derartigen thörichten Ansichten die Spitze abzubrechen, bin ich verpflichtet zu erklären, daß die Redaktion des „Echo“ nicht die geringste Direktive vom Parteivorstand oder Parteileitung erhalten hat, durchaus selbständig arbeitet und keine Verhaltensmaßregeln zu erbitten braucht.

Wenn Wildberger zu seiner Verteidigung eine Sache in Anspruch nahm, welche vor 16 Jahren in Gotha zwischen Bebel und mir spielte, so hat er damit seiner Sache nichts genützt. Volkten doch die Herren sich zuvor genau über die Dinge informieren! Was dort an persönlichen Auseinandersetzungen geschah, geschah offen

E

und ehrlich; nicht etwa, wie in Berlin, haben sich Klippen gebildet, die erklärten: wir müssen die Partei vor Korruption bewahren. Ich hatte dort nichts anderes zu thun, als die mir von den Frankfurter Genossen gewordenen Aufträge zu erfüllen. Das und nichts anderes habe ich gethan, ich habe es sachlich gethan, der Kongreß hat die Beschwerde geprüft, es hat sich die völlige Grundlosigkeit der nicht von mir, sondern seitens ganz anderer Personen erhobenen Beschuldigungen herausgestellt, und damit war die Sache erledigt. Ich habe das hier eingeschlochten, um dem Unfug ein Ende zu machen, der mit der Berufung auf diese 16 Jahre alten Vorgänge immerfort getrieben wird. Ich bemerke zum Schluß: Mir kann es nicht genügen, wenn die Herren hier Widerruf leisten, das ist für mich keine Garantie dafür, daß der Unfug nicht aufs Neue losgeht; wir müssen Garantien schaffen, daß Elemente, die sich in solcher Weise unwerth und unfähig gezeigt haben, unserer Sache zu dienen, nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden.

H. Fischer-Berlin: Auf den Antrag Bebel glaube ich nicht eingehen zu sollen; so wie die Stimmung hier ist, ist die Meinung darüber wohl schon gebildet: Die Opposition kam hierher, Anklage zu erheben, und vom ersten Augenblick an fand sie sich in der Lage, sich vertheidigen zu müssen. Ich will bloß eine Reihe von Einzelheiten feststellen und das von Frohme getriebene Thema weiter ausführen. Werner tritt für den „guten Ton“ ein! Die Opposition thäte gut daran, diesen Rath zuerst auf sich selbst anzuwenden. Man braucht dabei bloß daran zu erinnern, wie Wildberger in der Eiskellerversammlung am 1. Mai sagte, er habe sich mit Etel von der Partei abgewendet! — Mit Etel abgewendet! Gewiß, aber nicht Herr Wildberger von der Partei, sondern eine ganze Reihe von Genossen hat sich mit Etel von Herrn Wildberger abgewandt, nach seinen alkoholischen Excessen gelegentlich seiner Kandidatur im III. Berliner Wahlkreise. Nach Erscheinen der rothen März-Nummer der Berliner „Volkstribüne“ sagte der „Börsen-Courier“, diese Nummer verrathe durch den Ton, als ob sie von einem agent provocateur geschrieben sei, und da insinuirt niederträchtig die „Volkstribüne“ in einer Briefkastennotiz, der „Börsen-Courier“ habe diese Verleumdung vielleicht „aus jüdischer Nächstenliebe auf Anregung eines gewissen Herrn“ gebracht. Jedermann vermutet, damit sei unser Genosse Bamberger gemeint — Jacob Bamberger, wie Herr Werner in Halle immer so besonders betonte. — Als dann der „Reichsbote“ diesen Namen nannte, hat man vom Anstande der „Volkstribüne“ nichts gehört, sie hat diesen nichtswürdigen Vorwurf gegen einen Genossen in ihren Spalten nicht zurückgenommen, aber auch nicht bewiesen, trotz der öffentlichen Bloßstellung im „Reichsboten“.

Und wie steht es mit der Magdeburger „Volkstimme“

E

in der von „burschenhafter Niedertracht“ in Bezug auf den Genossen Frohme die Rede ist, auf welche man nur mit einem Psui! dienen könne? Und warum? Weil das „Echo“, nicht Frohme, geschrieben hatte, die Karte sei verrathen, es hätten sich anarchische Elemente in die Opposition eingeschlichen. Und das ist Thatsache! Man braucht nur die Artikel der „Autonomie“ nachzulesen, nur daran zu denken, wie Berliner Genossen unter Bruch aller Parteiregeln die gesammelten Parteigelber gemißbraucht haben, um einen sogenannten Kampffonds zu gründen, eingefandenermaßen zu dem Zweck, Mittel zur Verfügung zu haben, wenn einmal die Parteileitung sich weigern sollte, für die Leute von der Opposition im Falle von Verfolgung und Maßregelung einzutreten. Dieser „Kampffonds“ sollte aber eingefandenermaßen auch dazu dienen, Flugblätter gegen die Parteileitung herausgeben zu können und endlich gründete die Opposition diesen „Kampffonds“, wie einzelne Mitglieder ganz offen uns erklärten, dazu, daß, wenn einmal Jemand z. B. wegen Verbreitung der „Autonomie“ verhaftet werden und die Parteileitung die Unterstützung verweigern sollte, dann auch für diesen Zweck Mittel vorhanden seien. Für dieses Lumpenblatt, an dessen Spitze Jahre lang bezahlte Polizeispiegel standen, will man dergestalt eintreten. —

In der Magdeburger „Volkstimme“ vom 3. Juli wird einem Pastor Ballien demüthig Abbitte geleistet, weil die Ausdrücke „Lüge“ und „gelogen“ zweifellos beleidigender Natur seien; man bedauere lebhaft, sie gebraucht zu haben; zur Entschuldigung wird auf die momentane Erregung, von der man sich im heißen Kampfe habe hinreißen lassen, hingewiesen u. s. w. Dasselbe Blatt, welches gegenüber einem Pastor solche Erklärung losließ, hat es abgelehnt, eine Verichtigung aufzunehmen, daß Frohme nicht der Verfasser des betreffenden Artikels im „Echo“ sei. Wenn man also vom anständigen Tone reden will, dann sänge die Opposition bei sich selber an.

Werner sagt nun, es gebe keine einseitliche Opposition, Jeder rede für sich. Ich glaube, das ist lediglich die Umschreibung des: Kette sich, wer kann! Jeder giebt den Andern preis. (Große Heiterkeit!) Werner den Wildberger, Wildberger den Werner! Diesen Kniff wollen wir aber nicht durchschlüpfen lassen. Werner ist ja der beste Beweis für die anerkannte und doch wieder abgelehnte Homogenität der Opposition. Gestern haben sie einen Korreferenten verlangt, heute spricht er in ihrem Namen, freilich bloß für seine Person. Die Opposition hat ferner in Berlin eine Versammlung einberufen, zu welcher alle die eingeladen wurden, die mit der bisherigen Taktik nicht einverstanden seien, Referent: Wildberger! Wenn die Opposition nicht homogen wäre, dann hätte die Einberufung einer solchen Versammlung gar keinen Sinn! (Zwischenruf: Sie hat nicht stattgefunden!) Sie hat nicht statt-

E

gefunden, aber warum nicht? Weil die Opposition in Berlin bereits wußte, wie die Stimmung in der Partei war; die Opposition, die ihre Pfeiler, Feder, Goldberg vorher nie verleugnet hatte, wollte an diesem Abend die Verantwortung für deren Ausführungen nicht tragen. Ein weiterer Beweis für die Homogenität der Opposition ist das Flugblatt. Ist nicht die „Elite“ der ganzen Opposition, 30—35 Mann, beisammengesessen, um das Flugblatt zu sanktioniren? Hat Werner nicht das Manuskript des Flugblatts in seiner Druckerei gehabt? Ist es nicht aus Werners Druckerei nach Magdeburg gewandert, und hat nicht Kampfmeier ihm vom Druck abgerathen? Sind nicht die Verfasser des Flugblatts mit demselben bei Kessler gewesen, und hat der ihnen nicht erklärt, er würde den Druck nicht befürworten können? (Widerpruch.) Kessler ist hier, er hat es selbst geschrieben in seinem „Bauehandwerker.“ (Zwischenruf: Das ist nicht wahr!) Wir werden das Blatt herbeischaffen, es steht darin, er habe es vor der Drucklegung gesehen. (Werner: Gesehen hat er's!) Na, dann stimmt es doch. (Werner: Aber nicht hingegangen!) In einer Erklärung in der „Volkstribüne“ hieß es sogar, Laufende bekenneten sich zum Flugblatt. Wie hat dann die Magdeburger „Volkstimme“ über dies Flugblatt sich ausgelassen? Da hieß es, es sei der Meinungsausdruck eines großen Theils der Berliner Parteigenossen, vor der ehrlichen Uebergzeugungstreue dieser Genossen müsse man Respekt haben. Und nachher erklärten alle die Genossen, nicht auf dem Boden des Flugblatts zu stehen, alles leugnet das Flugblatt ab, aber Niemand vermahrt sich gegen die darin enthaltenen Infamien! Warum haben Sie das Flugblatt verleugnet? Aus Feigheit! (Große Unruhe bei der Opposition.) Sie wußten, daß alle diese Behauptungen und Unterschiebungen baare Lüge und nichtswürdige Verleumdung waren! (Vorjühender Kloß bittet den Redner, sich zu mäßigen.) Ich gebe zu, daß ich etwas heftig geworden bin; aber wenn man heute hier dieses jämmerliche, weinerliche Entschuldigen hört, dann gehört ein hohes Maß von Kaltblütigkeit dazu, nicht in Entrüstung zu gerathen.

In der Magdeburger „Volkstimme“ heißt es: „So wie das Flugblatt vorliegt, wird man sich freilich nicht der Ansicht verschließen können, daß es der Ausdruck der Meinungsäußerung eines großen Theils der Berliner Genossen ist; aber man wird ihnen mit Recht Mangel an Uebergzeugungstreue vorwerfen müssen, wenn sie vor persönlichem Konflikt zurückschrecken.“ Wenige Zeilen später wird Genosse Steck-Bern aus dem Schweizerischen „Sozialdemokrat“ zitiert, daß das Flugblatt „von besser Meinung und anerkannterwerthem Uebergzeugungseifer diktiert erscheint.“ (Dr. Lug: Lesen Sie doch weiter!) Am Schlusse heißt es dann allerdings, daß der Versuch eines Nachweises der aufgestellten Be-

E

hauptungen nicht gemacht werde . . . (Dr. Lug: Lesen Sie doch von den vergifteten Pfeil!) Dann kommt die Stelle von dem vergifteten Pfeil. Aber was soll damit bezweckt sein? Wenn man so schreibt wie hier, wo der Nachsatz immer wieder aufsteht, was der Vordersatz behauptet, so ist das die Sprache des Charakterlosen, der nicht den Muth hat, Nein zu sagen. Ich meine, wenn es zu einer Trennung kommt, so kann diese nicht damit motivirt werden, daß innerhalb der Partei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, sondern die Partei muß erklären, sie hält diese Leute für unwürdig, ihr anzugehören, sie will mit solchen unfauberen Elementen nichts mehr zu thun haben! (Zustimmung.)

Sailer-Luckenwalde: Welchen ungeheuren Schaden haben diese Angriffe der Opposition, diese Verleumdungen und Verdächtigungen angerichtet! Sie wissen und begreifen nicht, was es heißt, wenn die Rittergutsbesitzer unter Verwerthung dieser falschen Behauptungen ihre Leute aufheben, uns aus den Dörfern hinauszutreiben, ja hinauszuprügeln!

Peus-Berlin VI: Es wird hauptsächlich darauf ankommen, daß wir den Typus der Opposition erkennen, und obwohl Werner nicht für die andern eintreten will, ist er doch gerade ein Typus. Er ist nicht zu fassen, er rutscht einem immer aus den Fingern heraus, man weiß nicht, wo man ihn nehmen soll. Bald sagt er ja, bald nein, er erklärt sich gegen das Flugblatt, und dann spricht er eine ganze Stunde Dinge, welche lediglich Aeußerungen aus dem Flugblatt sind. So auch heute wieder. Man muß fast dahin kommen, daß er unehrlich ist, oder er weiß selber nicht, was er sagt. Es ist unbedingt notwendig, die Sache in Ordnung zu bringen; wir haben alle Veranlassung, uns mit ganzer Kraft auf die Indifferenten und die Feinde zu stürzen, und da ist es wahrhaftig von der größten Bedeutung, daß diese Kinkerlitzchen und Kleinigkeiten verschwinden. Nach dem Parteitage muß es nirgendwo mehr möglich sein, daß die Sache wie bisher weiter getrieben werden kann.

Glocke-Berlin: Obgleich ich einsehe, daß die Zeit des Parteitages kostbar ist, muß ich doch nach der Art, wie Werner mich in die Debatte hinein zog, einige Worte erwidern. Wenn ich 1887 oppositionell war, so hing das damals zusammen mit dem Kampf gegen das „Volkssblatt“, weil wir von einem Herrn, der zu jener Zeit im „Volkssblatt“ war und den Werner damals als Schuft bezeichnete, während er ihn heute wieder Freund nennt, nämlich von Herrn Stiefänder, dahin informirt worden waren, daß es mit der Abrechnung beim „Volkssblatt“ nicht in Ordnung sei. Wir haben dann Einsicht genommen und fanden, daß kein Grund vorlag, zu zweifeln, weil alles in Ordnung war. Mit Zustimmung der Betheiligten wurde damals auch das Blatt aus dem Privat-

E

besth in den Parteibesitz übergeführt. Schippel, der doch unser Aller Haupt war, erwähnt Werner gar nicht. Bei meiner Opposition gegen die Stadtverordnetenwahlten lag die Sache ebenso; ich war gegen die Beteiligung, die Majorität hat anders entschieden. In Bezug auf den sog. Anarchistenklub habe ich ja im „Vorwärts“ erklärt, welche Motive uns leiteten. Daß ich gesagt hätte, wir wären eine pure Reformpartei geworden, hat Werner aus der Luft gegriffen. Diesen Ausdruck kann ich deswegen schon nicht gebraucht haben, weil ich jeder Zeit für die Arbeiterschutzgesetzgebung eingetreten bin.

Schulze-Königsberg: Dem Vorstande ist ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß er das „Königsberger Volksblatt“ nicht genügend unterstützt hat. Ich halte es daher für meine Pflicht, die Sache hier klarzulegen, damit die Genossen sich ein Bild machen können. Wie überall im Deutschen Reich, brach sich auch bei uns der Gedanke Bahn, daß wir ein Lokal- oder Provinzialblatt haben müssen. Wir wandten uns an den Vorstand, erhielten aber den Bescheid, daß wir die Gründung unterlassen sollten, weil keine Mittel zur Verfügung ständen, andererseits das Blatt nicht lebensfähig sei. Trotzdem haben wir es gegründet, und in gewisser Beziehung ist ihm auch Unterstützung zu Theil geworden. Wenn es auch ein Fehler war, die Verhältnisse in Ost- und Westpreußen rechtfertigten in allererster Linie doch den Versuch der Gründung, weil die Ostprovinz ganz abgeschlossen von den übrigen Landes-theilen liegt und agitatorische Kräfte nicht zur Verfügung stehen. Seit der letzten Reichstagswahl haben wir ziemlich die Hälfte der besten aktiven Parteigenossen verloren, weil sie vorgezogen haben, nach Berlin, Hamburg u. s. w. auszuwandern. Das bewirkte auch das Eingehen des Blattes. Die Schuldenlast war zu groß. Selbst wenn der Parteivorstand alle Schulden bezahlt und weitere Mittel hergegeben hätte, das Blatt wäre doch nicht zu halten gewesen. (Hört! hört!) Auch in diesem Jahre wurde vom Vorstande Unterstützung sowohl zur Agitation als zur Deckung der alten Schulden gemährt.

Was die Opposition betrifft, so kann ich es nicht begreifen, wie sie in solcher Weise Platz greifen konnte. Jedenfalls hat sie unserer Sache den schlechtesten Dienst erwiesen. Wenn wir uns in der Agitation an die breiten Massen, welche noch nicht im Banne unserer Ideen stehen, wenden, und wenn von den Gegnern hervorgehoben wird, seht, das sind die Personen, welche sich als Apostel hinstellen, seht, wie da mit den Arbeitergroßen gewirksamkeit wird, wie sie sich selbst in den Haaren liegen u. s. w., so schädigt uns das ganz enorm. Was dann Wildbergers Behauptung wegen des Arbeiterschutzgesetzentwurfs betrifft, so kann ich mich nur Bebel anschließen, erweitere aber seine Ausführungen, indem ich hinzu-

E

füge, daß der Entwurf nicht bloß jedem Abgeordneten zugeschiebt, sondern daß der weitaus größte Theil der Fraktionsmitglieder Anträge zu demselben gestellt hat, mithin die Behauptung Wildbergers ein leeres Nichts ist. Welchen Eindruck aber müssen derartige Behauptungen auf die große Masse des Volk ausüben! Jeder Parteigenosse sollte sich zur Pflicht machen, Alles zu thun, um die Wiederkehr so unschöner Dinge im Parteinteresse zu verhindern! (Beifall!)

Stamm beantragt den Schluß der Diskussion; der Antrag wird genügend unterstützt. Gegen denselben spricht Auerbach, mit speziellem Bezug auf die Angriffe gegen die Magdeburger „Volksstimme“. Lasse man hier Redefreiheit walten, so könne ein gut Theil Ausführungen später erspart werden.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Wernau-Potsdam. Redner spricht für eine andere Regelung der Thätigkeit der Kontrolleure, welche im Falle von Differenzen selbstständig eingreifen und nicht erst warten sollen, bis Beschwerden an sie gelangen. Weiter konstatiert derselbe die Existenz des sogenannten Kampffonds. Dieser Fonds ist nicht ganz klein, er beträgt 3000 Mark. Ich meine nun, daß es gar nicht erforderlich ist, daß die Vertrauensmänner eine öffentliche Versammlung einberufen, um gegen einen solchen Anflug, wie er im VI. Berliner Wahlkreise vorgekommen ist, vorzugehen. Nach § 2 des Organisationsstatuts kann zur Partei nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat. Wenn nun die Kontrolleure beauftragt sind, ein Schiedsgericht zusammenzuberaufen über Personen, welche sich etwas haben zu Schulden kommen lassen, so müßten sie auch in der Lage und befugt sein, solche Leute vor ihr Forum zu laden und von ihnen Rechenschaft zu verlangen.

Joest-Mainz: Ich habe schon auf dem Haller Kongreß mich dafür ausgesprochen, daß mit diesen Elementen einfach Kehraus gemacht werden müsse. Wenn wir heute den Ausschluß dieser Opposition nicht beschließen, dann haben wir auf dem nächsten Kongreß dieselbe Geschichte wieder (Zustimmung!). Ich bin der Letzte, der vor der Fraktion auf dem Bauche liegt und die freie Meinungsäußerung beschränken will. Aber Verleumdungen, Verdächtigungen in einem derartigen Kampfe zum Gaubium der Gegner — das ist keine Opposition, sondern Krakehlerei um des Krakehles willen. — Entweder die Berliner Opposition bringt Beweise für ihre Behauptungen, oder wir machen die Thür der Partei ein für allemal für sie zu. Jedes Winkelblättchen der gegnerischen Presse bringt jeden Tag eine Schmiederede über die Berliner Opposition, Zusammenstellungen aller niederträchtigen Ausdrücke. Eine ultramontane Zeitung hat ganze Columnen zusammen-

E

gestellt von Invektiven, die man sich in den Berliner Versammlungen an den Kopf geworfen hat. Stellen Sie sich vor, ein solches Blatt wird auf dem Lande gelesen — wie sollen wir da agitieren? Die Leute sagen: Ihr seid selbst nicht einig, Ihr seid eigentlich Gefindel. Also hinaus mit solchen Leuten! (Beifall.)

Liebknecht: Mit dem eigentümlichen Zartgefühl, welches Herr Werner hat, wenn es gilt, die Ehre unserer Gegner zu wahren, hat er es sehr hart empfunden, daß ich Herrn Richter einmal einen sogenannten „Wäschdiebstahl“ vorgeworfen habe. Diese Thatfache ist, wie es scheint, von den Parteigenossen außerhalb Berlins und in Berlin nicht überall genügend begriffen worden, so daß es nöthig ist, sie kurz zu erklären. Es wurde im Winter d. J. von der „Bosfischen Zeitung“ in einer sehr scharfen Notiz darauf hingewiesen, daß gewisse Schriftstücke, welche die „Bosfische Zeitung“ allein gehabt habe, in einer anderen Zeitung der gleichen Partei plagiarisch entwendet worden seien und daß Derjenige, der es gethan habe, dabei die Taktik jener Wäschdiebe befolgt habe, die, wenn sie Henden stehlen, die Zeichen herausnehmen; er habe nämlich einige Worte und unwesentliche Wendungen geändert. Diese Notiz bezog sich auf die „Freisinnige Zeitung“ und wir haben dies — natürlich zum Scherz, man kann ja nicht immer ernsthaft sein — Herrn Richter verschiebentlich unter die Nase gehalten, er hat aber niemals darauf reagirt. Immerhin aber war er ein paar Tage ruhig und anständig. Herr Werner hat den Vorgang einfach nicht begriffen.

Es ist mir weiter vorgeworfen worden, ich hätte in der Polemik mit Nieuwenhuis das Maß des parlamentarischen Anstandes überschritten — es ist doch wunderbar, wie Herr Werner auf einmal für parlamentarischen Anstand schwärmt. Ich habe hier einfach zu konstatiren, daß ich bei der Polemik mit Nieuwenhuis im „Vorwärts“ genau so wie auf dem Brüsseler Kongreß, wo ich auf Wunsch und unter Billigung aller Parteigenossen die gegen die deutsche Partei geschleuderten schlimmsten Verdächtigungen zurückwies, mich einfach abwehrend verhielt.

Es wurde ferner gesagt, der „Vorwärts“ hätte keine Berichtigungen aufgenommen. Mein Grundfaß ist: innerhalb der Partei giebt es für mich keine Partei. Und auch Herr Werner, so lange er in der Partei ist, hat für mich, als Redakteur des „Vorwärts“, ganz genau dasselbe Recht, in Bezug auf seine Meinung berücksichtigt zu werden, wie mein Freund Bebel. Unparteiischer kann kein Mensch sein, und wenn die Herren von der Opposition loyal sein wollen, so werden sie zugeben, daß der „Vorwärts“ mit Objektivität und Unparteilichkeit gehandelt hat.

Ich erkläre aber, daß ich alles, was Bebel und Fischer hier ausgeführt haben, abgesehen vielleicht von einigen persönlichen Dingen, voll und ganz unterstütze und verrete. Das Recht der

freien Meinungsäußerung, der Kritik, wird von keinem Parteigenossen rückhaltloser anerkannt, wie gerade von mir. Man kann von Bebel und mir und jedem meiner Freunde meinestwegen in denkbar schärfster Form sagen: Ihr habt taktisch die und die Fehler gemacht, die die Partei schädigen können. Aber wir sind eine organisirte, geschlossene Partei, und es ist nothwendig, daß man diejenigen Instanzen durchgeht, die man durchgehen muß, bevor man an die Oeffentlichkeit mit Beschwerden und Anschuldigungen geht. Dieses absolute Recht der Kritik nicht bloß unserer öffentlichen Thätigkeit, sondern auch der ganzen Parteitaktik und des Parteiprogramms erkenne ich Jedem zu. Aber hier hat man es mit Leuten zu thun, die niemals im Stande gewesen sind, eine Anklage zu präzisiren, von denen bis heute nicht Einer etwas Bestimmtes vorgebracht hat. Alles, was sie vorbringen, ist nebelhaft. Es sind unbestimmte Verdächtigungen in die Welt geschleudert worden, Verdächtigungen, die bei unseren Genossen ja sehr wenig Schaden angerichtet haben, unsere Partei aber trotzdem schwer geschädigt haben. Das Arsenal unserer Gegner ist in den letzten Monaten von den Herren der Berliner Opposition gefüllt worden. (Lebhafte Zustimmung.) Die schlimmsten Beschuldigungen, welche die Gegner jemals in ihrer Schamlosigkeit gegen uns erhoben haben: daß wir „Führer“ uns von der Arbeitergroßen mäkteten, daß wir die Partei korrumpirten, sind von der Opposition bestätigt worden vor den Augen der urtheillosen Masse, und dies ist von allen unseren Gegnern gegen uns ausgenutzt worden. Man hat nicht den Bebel, den Singer, mich und Auer bestimmter Vergehen beschuldigt — das hätte man leicht zurückweisen können — die ganze Partei ist verdächtigt und beschmutzt worden. Hätte man uns persönlich Handlungen vorgeworfen, dann hätte man uns, wenn wir wirklich gefehlt hätten, einfach befristigen müssen. Aber alle Beschuldigungen waren nicht faßbar, eine einzelne Person war nicht bezeichnet, das Ganze wurde angegriffen und das war das Vergehen, ich möchte fast sagen, das Verbrechen gegen die Partei. Und nun, nachdem wir Ihnen vollen Spielraum gewährt hatten — wir hätten Sie in Berlin spielend erdrücken können — erleben wir jetzt das Schauspiel, daß Sie absolut nichts vorzubringen wissen. Es ist wirklich ein allgemeines *saavo qui peut!* Ebenso unförperhaft wie Ihre Verdächtigungen ist Ihre Opposition gewesen. Jetzt sind es auf einmal ein paar „oppositionelle Elemente!“ So kommen Sie uns nicht durch, Kinder sind wir nicht, die mit sich spielen lassen. Sie haben alle Ihre Waffen benutzt, nun heißt es eingestanden für die Folgen Ihrer Handlungen! Sie haben die Partei geschädigt, wie die Feinde sie niemals schädigen können, in Bezug auf das Ansehen in den indifferenten, noch nicht genannten Kreisen, die wir erobern wollen. Genug — jetzt ist die Reihe an uns. Unsere Ankläger und Verdächtige sind die Angeklagten geworden.

Sie sitzen auf der Anklagebank! Die Kommission wird über Sie richten, und es werden die Maßregeln getroffen werden, welche nothwendig sind, um die Ehre und das Interesse der Partei zu wahren! (Stürmischer Beifall.)

Wegner-Berlin: Ich möchte vor allem der Vermuthung begegnen, als ob die Schuhmacher in Berlin die Anschauungen theilen, wie sie in der bekannten Resolution zum Ausdruck gebracht sind. Jene Versammlung, die sich allerdings eine Schuhmacherversammlung nannte und auch eine solche war, war ungefähr von 120 Personen besucht, und diese haben unter dem Vorsitz Niederauer's jenen Beschluß gefaßt, von dem heute Niederauer selbst sagte, die Schuhmacher seien zu demselben nicht kompetent gewesen.

Grillenberger erklärt zunächst den Artikel der „Fränk. Tagespost“ gegen Werner zwar nicht geschrieben zu haben, aber er billigt den Inhalt desselben. Werner hat mir dann den sog. Trauerrand der „Fränkischen Tagespost“ am Todestage des Kaisers Friedrich zum Vorwurf gemacht. Ich habe seiner Zeit auf Wunsch Auer's eine Anzahl Exemplare der betreffenden Nummer nach Berlin geschickt, damit sie dort gezeigt würden, und ich habe gedacht, daß Werner, der doch Sachmann ist, weiß, wie ein Trauerrand aussieht. Wir halten es so schon von jeher, daß besonders wichtige Artikel durch derartige Auszeichnungen hervorgehoben werden. Wir zeichnen jede Abonnementseinladung durch fetter Linien oben und unten aus, besonders wichtige Bekanntmachungen des Parteivorstandes werden in der Weise gekennzeichnet, ebenso Aufforderungen zu Wahlzwecken u. s. w. Auch in diesem Falle ist weder von einer Trauer noch einer Halbtrauer die Rede, sondern es war einfach ein besonderes Hervorheben dieses Artikels für angezeigt gehalten worden. Bei der Art und Weise, wie heute Morgen Werner in geradezu jammerbarer Weise den Hals aus der Schlinge zu ziehen suchte, begreife ich, daß man zu solchen jämmerlichen Manövern greifen muß, um Verdächtigungen zu erheben. Ich kann die Berliner im Allgemeinen nicht davon freisprechen, daß sie sehr stark daran schuld sind, daß der Unfug sich in der Weise auszuwachsen konnte (Zurufe); ich nehme auch die Parteileitung nicht aus. Sie hätte dieser Gesellschaft rechtzeitig den Daumen auf das Auge drücken müssen. Ich beschuldige die Berliner, daß sie einen solchen Menschen, wie Werner, der nach dem Haller Beschluß unmöglich als Parteigenosse gelten konnte, in einer Reihe von Versammlungen wieder auftreten ließen, sogar als Referenten. Das hätte in keiner anderen Stadt Deutschlands vorkommen können. Das war nur möglich bei zerfahrenen Verhältnissen (Zurufe), allenfalls noch in Magdeburg, das will ich zugeben (große Heiterkeit), die haben es den Berlinern abgesehen, wie sie sich räusperten und spuckten. Jetzt hat man in Berlin die Bescherung.

E

Heute Vormittag hat Schulze-Magdeburg versucht es so hinzustellen, als ob die Resolutionen, die so zahlreich aus den Provinzen eingegangen sind gegen den Berliner Skandal, eine künstliche Maché Seitens des Parteivorstandes wären. (Große Unruhe; Ruf von der Opposition: Ist noch nicht widerlegt worden; Bebel: beweisen Sie doch erst!) Wenn der Genosse Schulze jemals Gelegenheit gehabt hätte, über den nächsten Umkreis von Magdeburg hinauszukommen, dann würde er gefunden haben, daß die Aufregung in den parteigenösslichen Kreisen eine geradezu hochgradige ist. Sie (zur Opposition) beschwerten sich über die 3—5000 Mt., die einem Parteigenossen als Darlehen gegeben worden sind. Wenn dieser Stank nicht die Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen würde, so würden die Parteigenossen des ganzen Landes das Doppelte von dem ersparen, was diesem gegeben ist. Wir müssen uns hier zwei Tage mit diesen elenden Verdächtigungen, mit all diesem Unrath herumbalgen, zwei kostbare Tage verträdeln, um derartige Sachen zurückzuweisen, bloß weil es den Herren beliebt hat, derartige Karten zu mischen.

Von bloß sporadisch vorhandenen oppositionellen Elementen kann nicht gesprochen werden; es handelt sich um eine praktisch organisirte Opposition. Ein Nürnberger Parteigenosse hat sich bei der Expedition der „Volkstribüne“ Flugblätter bestellt, denn wir waren neugierig, dieses Machwerk kennen zu lernen. Trotzdem nun die Herren hier erklären, daß sie mit diesem Flugblatt nichts zu thun haben, und trotzdem eine Person vorgeschoben wurde, die mit der Abfassung des Flugblatts gar nichts zu thun hat, sind doch die Flugblätter durch die Expedition der „Volkstribüne“ prompt zugeschickt worden (hört! hört! Unruhe), ein Beweis, daß die ganze Gesellschaft unter einer Decke steckt. Diese Kanäle gehen noch sehr viel weiter. Die unsauberen Artikel in der „Autonomie“ rühren aus denselben Kreisen her. (Sehr richtig!) Es ist alles dasselbe Machwerk, und wenn die Herren Lust haben, die „Autonomie“ dauernd als ihr Partei-Organ zu erklären, dann mögen sie es ruhig sagen. Der Parteitag wird Sorge tragen, daß ihnen die Gelegenheit dazu nicht genommen wird.

Was die Berliner Preßkommission betrifft, so sollte sich der Parteivorstand hüten, sich eine solche Kuthe anzubinden. Diese Kommission würde nur eine Brutstätte für neue Stänkereien sein. (Lebhafter Beifall.)

Gerisch: Schulze-Magdeburg hat mir vorgeworfen, daß ich gelegentlich eines Referats in der Provinz Sachsen ein Tadelvotum gegen die Berliner Opposition bestellt hätte. Der betreffende Genosse, der mir bereits von früher gut bekannt ist, trat vor Beginn der Versammlung an mich heran, wiederholte die Klagen über die Berliner Opposition, die auch heute hier laut geworden sind,

E

und sprach seine Absicht aus, ein Labelsotum gegen die Berliner Opposition zu beantragen. Ich habe darauf erklärt: Gut, das ist Ihre Sache, wenn Sie es thun wollen, ich habe nichts dagegen. Ich habe noch niemals, so oft ich gegen die Berliner Opposition prinzipiell Stellung genommen, Veranlassung gehabt, Jemanden zu animiren, einen derartigen Antrag zu stellen. Ich habe aber auch keinen Grund gehabt, Jemand von der Stellung eines solchen Antrages abzuhalten. Allerdings wurde der Antrag erst eingebracht, als ich schon weggefahren war. Der Antrag war auch unnöthig, weil die Versammlung sich einmüthig und einstimmig ohne Diskussion mit der von mir vertheidigten Lattik der bisherigen Parteileitung einverstanden erklärt hatte. Damit hatte sie ihr Verdict ausgesprochen. Wenn Schulze aus diesem einen Fall den Beweis konstruiren will, daß die Labelsoten künstlich inszenirt worden seien, so ist ihm dies schmächtig mißglückt.

Seine geht auf die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen ein. In einer Ascherslebener Versammlung hat mir Köster vorgeworfen, ich hätte erklärt, sowohl vor dem Magdeburger Gericht wie in Versammlungen und Flugblättern, auf dem Boden der kaiserlichen Bottschaft zu stehen. Köster wollte die gedruckten Beweise dafür in Händen haben. Früher hatte er mir vorgeworfen, ich hätte den Sieg in Aschersleben nur dadurch errungen, daß ich die Grundsätze der Partei verleugnet hätte; auch dafür wollte er die Beweise beibringen. Drittens hat er mir vorgeworfen, ich hätte mich in die Angelegenheiten des Wahlkreises Wangleben unberechtigter Weise eingemischt. Ich habe diese Angriffe einfach im „Vorwärts“ als unwahr zurückgewiesen und Köster angefordert, Beweise zu bringen. Er hat aber keinen Beweis gebracht und wird auch keinen bringen können.

Seine konstatirt nun, daß auf dem Provinzial-Parteitag der Provinz Sachsen in Halle, wo seine Kandidatur für den Kreis Calbe-Aschersleben beschlossen wurde und wo seine jetzigen Magdeburger Gegner zahlreich anwesend waren, dieselben kein Wort dagegen einzuwenden hatten. Keiner hat den Mund aufgethan und den Muth gehabt, gegen mich aufzutreten. Damals wäre es die Pflicht der Opposition gewesen zu sprechen, wenn gegen mich etwas vorlag, was mich unwürdig machte.

Kater-Varleben erklärt, daß nachdem Gericht festgestellt hat, daß er Niemand zu dem erwähnten Antrag angestiftet hat, die Sache für ihn erledigt sei. Die Wahl eines besonderen Vertrauensmanns für Budau kann er nicht billigen.

Die Opposition selbst hat uns sehr wenig Kopfschmerzen gemacht. Man hat sich in unserem Wahlkreise prinzipiell auf den Beschluß des Hallenser Parteitages gestellt und danach gehandelt. Wir haben mit der Agitation genug zu thun.

Es wurde bei uns erwoogen, ob ich nicht den Antrag stellen sollte, daß die Reichstags-Fraktion während der Dauer des Reichstages, da doch nicht alle Abgeordneten an den Verhandlungen des Reichstages theilzunehmen brauchen, mehrere von ihnen abkommandiren möchte, um der Landagitation zu dienen. Ich halte diesen Gedanken für erwägenswerth. Es kommt ja überall darauf an, was gesprochen wird, aber die Genossen wollen nun einmal Leute aus weit entlegenen Städten und Abgeordnete hören.

Trautwein-Quebluburg: Von Seiten der Magdeburger Opposition wurde gegen die Gründung unseres Blattes gesagt, es wäre eine Gemeinheit, eine solche Zeitung gegen die „Volkstimme“ in's Leben zu rufen. Nun, die „Sonntags-Zeitung“ hat jetzt bereits 8500 Abonnenten in zwei ländlichen Wahlkreisen! Die Opposition nützt sogar die kleinen Differenzen in den kleinen Städten, die dort immer vorkommen werden, aus. Bei uns holte man sich einen Opponenten aus Magdeburg, und das war die einzige Versammlung, die wegen Rabari's aufgelöst wurde. Das haben auch die Genossen in Wangleben gemüht. Als Köster nicht zum Kandidaten gewählt werden konnte, holte man sich Werner zum Kadumachen. Und diese Herren beklagen sich über Diktatur! (Beifall.)

Schmidt-Zwickau: Wenn die Berliner Opponenten sagen, das Vorgehen der Opposition hätte uns keinen Schaden gebracht, dann verweise ich auf die Sächsischen Wahlen, da haben uns die Gegner Schlagworte vorgehalten wie: Bebel wird von den eigenen Genossen ein bezahlter Schmaroher, Stadthagen ein Erklump genannt u. s. w. Meine Auftraggeber wünschen, daß die Opposition entweder ihre Beschuldigungen beweise oder widerrufe, andernfalls sind sie als zu uns gehörig nicht mehr zu betrachten. (Beifall.)

Mittag-Giebichenstein: Man hätte überhaupt nicht soviel Aufhebens von der Berliner Opposition machen, nicht soviel Resolutionen im Lande fassen sollen. Die dadurch entstandene Aufregung hat den Gegnern nur neuen Stoff gegen uns geliefert. Mit Vorwürfen, wie sie Grillenberger erhoben hat, sollte man sparsamer sein. Wir sollten, soweit in unserer Macht steht, dafür sorgen, daß die Genossen mehr auf eigenen Füßen stehen. Redner ist gegen den Antrag der Zwickauer Genossen und für die Annahme des Antrages Niederauer.

Hofang-Bessau: Nachdem der vorige Parteitag sich bereits mit der Opposition beschäftigt hatte, hätte man glauben sollen, daß die Sache erledigt sei. Wir haben uns getäuscht. Im Lande draußen erscheint die Opposition in der That als kompakte Masse, und der Landrath nützt ihre Beschuldigungen gegen uns weidlich aus. Das sollte dem Genossen Schulze am wenigsten verborgen sein. Redner konstatirt, daß in Halle keine Stimme gegen Heine's Kandidatur laut wurde.

Ehrhardt-Ludwigshafen: Ich bedauere, daß die Diskussion über den Bericht des Vorstandes so mit den Berliner Sachen ver-

quidit wurde, und so Verschiedentliches vielleicht, was man dem Parteivorstande am Zeuge stiften kann, nicht zum Ausdruck kommt. Uuer sagte, das gesprochene Wort sei besser als das geschriebene. Vielleicht hat sich der alte Schlaumeier hier einmal feigenagelt. Er, der sonst weniger Gewicht auf das gesprochene Wort legte, und es so meisterhaft verstanden hat, wenn irgendwo ein sogenanntes „Paradepferd“ verlangt wurde, das den Leuten in gemüthlicher Weise auszufluchen, hier hat er dem gesprochenen Wort selbst das Lob geredet, und ich hoffe, daß das in's Protokoll kommt, damit man später einmal darauf zurückkommen kann. Dann hat er fargelegt, es sei in Berlin ebenfalls ein himmelschreiendes Bedürfnis nach Rednern. Nun, ich dünkte, in Berlin sei ein reiner Wolfenbruch von Versammlungen und man könnte da unter Umständen etwas sparen und die Kräfte mehr auf das Land senden und die „Partei-götter“ sollten zum Volke heruntersteigen und in großen Versammlungen sprechen, das könnte den guten Erfolg haben, daß die Leute sich endlich selbst fragen, na, warum sind das eigentlich Götter, die sehen ja grade so aus wie Andere, und wenn die Leute diese „Götter“ ein- oder zweimal gehört hätten, dann würden sie befriedigt sein. Man hat hier gesagt, Süddeutschland sei dabei nicht zu kurz gekommen. Man scheint aber unter Süddeutschland bloß das Bierland zu verstehen. (Weiterkeit.) Bebel und Liebknecht waren im Sommer dort, obwohl sowohl in München wie in Nürnberg schon je ein „Gott“ residirte. (Weiterkeit.) Was dem einen recht ist, ist dem andern billig, auch in Bezug auf die Presse.

Den Antrag Niederbauer finde ich nicht sehr praktisch. Wir waren Alle im Lande damit einverstanden, daß der Parteivorstand eine Resolution gebracht hat.

Die Opposition hat auch auf mich hier einen unangenehmen Eindruck gemacht. Ich hätte bestimmt erwartet und im Lande hat man das verlangt, daß die Opposition mit bestimmten Daten hervortrete, denn es giebt überall Solche, die oppositionell veranlagt sind. Wildberger hat in einer Berliner Versammlung geäußert, was brauchen wir in Berlin auf das Land Rücksicht zu nehmen. Ich frage ihn, ist das überhaupt gehörig? Darin liegt eine große Herzlosigkeit und Ungerechtigkeit. Gewiß haben sich auch die Berliner große Verdienste erworben, aber es ist unwürdig, Anschuldigungen zu machen, ohne mit den Beweisen herauszurücken, man glaubt sonst, es sind bloß faule Klauen, um sich den Rückzug zu decken. Indem die Berliner Opposition ohne Prüfung der Sachlage Vollmar für unwürdig erklärte, hat sie die Partei auf das Schwerste geschädigt. Das ist die Art von Kindern oder Solchen, die nicht ermessen, was sie sagen. (Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Redezeit verstrichen sei.) Eine Minute habe ich noch! (Der Vorsitzende bekätigt dies; stürmische

E

Weiterkeit.) Es ist im höchsten Grade verwerflich, wenn Leute, die in der Bewegung erst ihre Fähigkeiten zu beweisen haben, Männer wie Bebel und Liebknecht in solcher Weise angreifen. Ich vernehre auch keine Götter, aber Denjenigen, der sich in der Partei verdient gemacht hat, den achte und ehre ich.

Uuer bemerkt, daß Erhardts Beschwerden über mangelnde Agitation der Abgeordneten in Süd-Westdeutschland eine Umkehrung der alten Klage sei, daß Bebel und Liebknecht nicht überall und zu gleicher Zeit sein können. Allerdings haben wir den Wunsch der Mannheimer bei der Gründung ihres Blattes unberücksichtigt lassen müssen. Wenn Erhardt aber einmal davon sprach, dann hätte er doch ehrlich genug sein müssen, um anzuführen, was außerdem geschehen ist. Kaum ist die Tinte trocken auf der Quittung über 1500 Mark, die zur Begleichung von Agitationschulden nach Mannheim geschickt worden sind! Ich meine, 1500 Mark nach einem Orte wie Mannheim ist eine ganz respectable Summe. Mit bloßen Katauern ist nichts gethan. Erhardt spricht das so hin, wir gehen auseinander, aber die Sache kommt in die Presse und richtet allerlei Unheil an. Erhardt war so gütig, uns eine besondere Vorliebe für das Bier gegenüber dem Wein in der Piaz zuzuschreiben. Er sagt: Kaum war Bebel in Nürnberg, so ist auch schon Liebknecht dagewesen! Aus Bayern bekommen wir aber genau dieselben Vorwürfe, daß die Reichstagsabgeordneten sich dort nicht sehen lassen. Ein so alter, in der Partei erfahrener Genosse müßte Schlaumeier genug sein, um so abgedroschene Dinge hier nicht vorzubringen. (Weiterkeit.)

Alfons Beyer-Cottbus spricht gegen die Opposition und erklärt, daß deren Treiben nur in Berlin möglich sei. In anderen Parteiortern wären die Herren schon längst vor die Thüre gesetzt. (Weiterkeit.)

Lütgens beantragt den Schluß der Diskussion.

Dr. Luz spricht dagegen. Es müsse ihm gestattet werden, sich gegen die Angriffe von Fischer und Meiß zu vertheidigen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt und die weitere Berathung auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Schluß gegen 7 Uhr.

## Zweiter Verhandlungstag.

Freitag, den 16. Oktober.

Vormittags-sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Verhandlungen um 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Eine große Anzahl weiterer aus dem Aus- und Inlande inzwischen eingegangener Zuschriften, und Telegramme wird zur Kenntniß des Parteitages gebracht.

E

Zur Geschäftsordnung ist von Ralmbach, Volberauer u. Gen. ein Antrag eingelaufen, nur noch Redner der Opposition und des Parteivorstandes zu diesem Gegenstand der Tagesordnung sprechen zu lassen. Derselbe wird abgelehnt.

Schmalfeldt: Stabe will das Tischbuch nicht durchschneiden, obwohl er das parteischädigende dieser Art Opposition verurtheilt. Redner erinnert an die Differenzen im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein unter Schweizer, später unter Hasenclever in Hamburg. Eine kleine Gruppe abgepreschter Lassalleaner in Altona habe veranlaßt, daß der Altonaer Wahlkreis 1877 verloren ging.

Gegen den Antrag Niederauer muß ich mich entschieden erklären. Es ist viel besser, wenn in diesen Dingen Einheitlichkeit herrscht, es bleibe wie bisher, daß bei solchen wichtigen Anlässen die Resolutionen von der Parteileitung ausgearbeitet werden. Es kann sonst dazu kommen, daß Dummheiten begangen werden.

Ich komme nun noch kurz auf die Wahlbewegung im 19. Kreise Hannover zurück. Mit Unrecht stellt Auer es so dar, als ob bei uns alles in Ordnung gewesen wäre. Den ganzen Tag sind hier gestern von da und dort Klagen vorgebracht worden; aber, wenn überhaupt von Vernachlässigung gesprochen werden kann, dann ist es im 19. hannoverschen Wahlkreise der Fall (Widerspruch). Ich werde das beweisen. Es sind nicht 6, sondern nur 4 Abgeordnete bei uns thätig gewesen (Heiterkeit). Diese 4 haben nur jeder eine einzige Versammlung abgehalten (Widerspruch). In einem Briefe von der Parteileitung waren Mezger, Schwarz und Molkenbuhr zur Verfügung gestellt worden von dem Tage an, wo die Wahl ausgeschrieben war. Es kommt aber noch besser. Als das Wahlkomitee sich beklagte, hieß es einfach in dem Bescheide, wir sollten keine allzu großen Anstrengungen machen, denn in Berlin wäre die Ansicht vorherrschend, daß Bismarck sofort im ersten Wahlgange Sieger bleiben würde. Das bewies, daß der Parteivorstand sich über die Lage nicht orientirt hatte; sie hätten den Papst aufstellen können, der wäre im ersten Wahlgange auch nicht gewählt worden. Das konnte der Parteivorstand wissen. Daß dieser Brief bei uns verschmupfte, daß er nicht dazu diene, den Muth der Genossen im Kampfe zu steigern, brauche ich wohl nicht zu erwähnen. Weil dies alles nun einmal aufgewärmt worden und es andererseits so hingestellt wurde, als wenn alles gethan war, mußte ich den Sachverhalt hier klarstellen. Molkenbuhr hat nur eine einzige Versammlung in Bremerhaven abgehalten (Molkenbuhr: Weil ich nicht zu mehr aufgefordert wurde!). Vier Abgeordnete sind da gewesen und vier Reden haben sie gehalten, keine einzige mehr!

Referent Auer: Ich mache wieder von dem Rechte der thatsächlichen Berichtigung namens des Parteivorstandes Gebrauch, indem ich zunächst erkläre, daß Genosse Molkenbuhr mir im Moment

mitgetheilt hat, daß er volle 8 Tage zur Verfügung gestanden hat, aber mit Ausnahme einer einzigen keine Einladung zum Sprechen erhalten hat. An wem das gelegen, weiß ich nicht; es muß wohl bei der Leitung im Wahlkreise nicht alles in Ordnung gewesen sein. Es ist auch nicht richtig, daß nur in vier Versammlungen Abgeordnete gesprochen haben. Ulrich, der von uns auch hinuntergeschickt wurde, erinnert sich ganz bestimmt an Versammlungen, die er abhielt; wahrscheinlich aber sind es drei gewesen. Ulrich ist es gegangen wie Molkenbuhr. Depesche um Depesche traf um ihn ein; als er antam, war im Wahlkreise nicht einmal eine Versammlung einberufen. Uebrigens genügt ja das Gelächter, das sich erhob, zur Charakterisirung der Klage darüber, daß nur 4 Abgeordnete da waren. Zu der Zeit war der Reichstag beisammen, wichtige Aufgaben waren dort zu erledigen, und auch von anderen Seiten als bloß von Geestmünde wurden an die Fraktion Anforderungen gestellt; dennoch standen die Agitatoren zur Verfügung. Den Genossen im Wahlkreise haben wir geschrieben — wenn ich nicht irre, ist der Brief von mir —, sie sollten sich darüber nicht täuschen, daß, wie die Dinge lagen, ihre sanguinischen Hoffnungen auf Eröberung des Wahlkreises nicht in Erfüllung gehen würden, daran sei nicht zu denken (Werner: Hör, hör!) — Wollen Sie, Werner, den Wahlkreis erobern? (Heiterkeit) —, sie sollten nicht zwecklos Selber wegwerfen. Aus den Parteikreisen heraus gingen uns von den verschiedensten Seiten Briefe zu, worin man sich über diese reine Verschleuderung der Gelder beklagte. Wir haben nicht gesagt, die Genossen sollten keine Anstrengungen machen, das ist absolut nicht wahr, sondern sie sollten nicht allzu sanguinischen Hoffnungen sich hingeben. Im Uebrigen war der Brief speziell zur Stichwahl hinuntergeschickt, wo eine Aussicht auf Sieg ausgeschlossen war.

Auerbach: Durch alle gestrigen Reden zog sich der Gedanke hindurch: es muß unbedingt unter der Opposition eine Verbindung bestehen! Die dafür vorgebrachten Gründe erinnerten mich lebhaft an die Justiz unter dem Sozialistengesetz. Ist es etwa ein Nachweis, wenn gesagt wird: ein Kürnberger Genosse hat sich an den Expedienten der „Volks-Tribüne“ gewandt und Exemplare des Flugblattes zugefandt erhalten? — Zufällig steht der Expedient der Opposition nahe, deshalb hat er die Flugblätter gehabt. — Nun hat man gesagt, Werner hätte bei seinen Versuchen, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, einen jammerbaren Eindruck gemacht (Sehr richtig!). Ich gestehe Ihnen das Recht zu, diesen Eindruck zu haben, aber mögen Sie sagen, was Sie wollen, wir werden uns durch Sie nicht verleiten lassen, Dummheiten zu machen (große Heiterkeit; Ruf: Das können Sie schon allein!). — nicht bestimmen lassen, die Verantwortung für Dinge auf uns zu nehmen, die wir verabscheuen und verwerfen. — Ich verstehe und begreife das Gefühl,

welches Wildberger befeelt, wenn er die beiden Abgeordneten nicht nennen will, die ihm die Mittheilung wegen des Arbeiterschutzesentwurfs gemacht haben, daß er lieber zu Grunde gehen will (Gelächter).

Aber die beiden Abgeordneten sollten sich überlegen, wenn Wildberger einen so ankländigen Standpunkt einnimmt, ob es nicht ihre Pflicht ist, in unserem Interesse, im Interesse der ankländigen Opposition hervorzutreten und zu erklären, daß sie Wildberger diese Mittheilung gemacht haben.

Die Geschichte vom Trauerrand der „Fränkischen Tagespost“ soll nach Grillenberger erfolgen sein. Wenn Grillenberger sagt, diese Hervorhebung des Todes des Kaisers Friedrich wäre erfolgt, weil er und ein großer Theil der Genossen Kaiser Friedrich für einen Mann hielt, der den Frieden sichern und das Sozialistengesetz beseitigen würde, ist das nicht schon ein Grund dafür, Front zu machen gegen solche unsozialdemokratischen Anschauungen? Grillenberger aber sagt weiter, die Berliner Opposition hätte sehr viel Schaden angerichtet, von jedem Spießbürger müsse man sich anrempeln lassen; Ehrhardt sprach von den alten Weibern, mit denen man sich herumschlagen müsse. Wir fragen den Zensel nach beiden; das ist ja eben unsere sachliche Differenz: Wir schießen nicht nach der indifferenten Masse, um sie um jeden Preis an uns heranzuziehen. Wer noch nicht so weit ist mit seinem Verständniß, daß er sich durch diese Auseinandersetzungen abschrecken läßt, der ist einfach noch nicht reif für unsere Partei (Unterbrechung), ja, das ist allerdings ein sachlicher Standpunkt. Wenn solch ein Proletarier noch etwas wartet mit seinem Eintritt in die Partei (Heiterkeit) so ist es besser und für die Partei von weit größerem Vortheil. Was Sie Opposition nennen, ist eine Gliederpuppe, die Sie sich selbst zurechtgemacht haben und auf die Sie loszuschlagen. Der Fall Bollmar ist nicht von der Opposition herangezogen worden, sondern eine öffentliche Schuhmacherversammlung hat darüber gesprochen, und hat mit ihrer Resolution weit über das Ziel hinausgeschossen. Darüber kann man einfach lächeln, aber die Versammlung hatte doch das Recht und die Pflicht, sich mit der Rede zu beschäftigen, sie hat sich damit ein Verdienst erworben. Nun aber die Magdeburger Opposition. Immerfort wird betont, das Recht der freien Meinungsäußerung soll nicht beschränkt werden; aber geben Sie dann nur gleich ein Zentimetermaß mit auf den Weg, daß Jeder weiß, bis wohin sie zugelassen und wo sie abgeschnitten wird. In Magdeburg fand kurz nach Bebels Rede im Feenpalast eine Versammlung statt. Bebel hatte im Feenpalast, wenn nicht gesagt, so doch ganz bestimmt gemeint, es müßte der Opposition, wenn sie mit der Parteileitung und der Taktik nicht einverstanden sei und nicht aufhöre, dagegen anzukämpfen, Gelegenheit gegeben werden, eine

E

neue Partei zu gründen. (Zustimmung Bebel's.) In der Magdeburger Versammlung wurde nun eine Resolution eingebracht, welche dahin zielte, sich gegen diese Bebel'sche Meinung zu erklären, weil die Magdeburger Genossen der Meinung seien, es müßte für alle auf dem Boden des Klassenkampfes Stehenden Raum innerhalb der Partei sein. Die Resolution fand in einer späteren Versammlung Annahme.

Was nun die Schädigung der Landagitation betrifft (Die Redezeit des Redners ist bereits überschritten, die Versammlung gestattet ihm, weiter zu sprechen), so sage ich Ihnen, die relativ ungünstigen Erfolge der Landagitation sind kein ausschlaggebender Grund gegen Opposition. Denken Sie doch an die sofort nach dem vorigen Parteitage ergangenen Anrufe, die die Gutsbesitzer an die Peitsche, an die Hunde erlassen hatten (Heiterkeit), um die sozialdemokratischen Agitatoren abzuwehren! Es trifft hier dasselbe zu, wie bei dem industriellen Proletariat; diejenigen, welche sich durch diesen häuslichen Zwist abhalten lassen, in unsere Partei zu kommen, an denen liegt mir und einem Theil meiner Genossen außerordentlich wenig. Diese Zwiste giebt es ja überall, wo es Sozialdemokraten giebt. Sie haben die Macht, die Opposition auszuschließen. Die Opposition wird Sie nicht einen Augenblick bitten, sie dringulassen. Ich warne Sie. Sie führen damit eine innewährend funktionirende Guillotine ein. Zu Anarchisten werden Sie uns nicht machen; wir bleiben, was wir gewesen sind, revolutionäre Sozialdemokraten!

Herbert-Stettin weist die Ausstellungen Bernau's an dem System der Kontrolleure zurück. Die Befürchtung, daß der Beschwerdeführer ihr Recht nicht gesehen werde, müsse er zurückweisen; die Kontrolleure wohnen doch in verschiedenen Städten und ständen den Beschwerden ganz unbefangenen gegenüber. Vorschläge, wie es besser zu machen, habe Niemand verlaublich.

Oppmann: Zeit wiederholt die alten Klagen wegen des Nichtkommens von Reichstagsabgeordneten zu Versammlungen. Wissenschaftliche Broschüren können wir auf dem Lande nicht verbreiten, die sind unmöglich zu lesen. Wenn man absolut Literatur verbreiten will, dann ginge es dadurch, daß man Sachen in spannendem Erzählungsston schriebe und überhaupt den Feuilletons unserer Parteizeitungen etwas mehr Aufmerksamkeit schenkte. — Zur Opposition siehe ich ähnlich wie Schmalefeld.

Ich halte es nicht mit Meiß für Schwäche, wenn wir die Opposition nicht hinausweisen. Da messen wir doch der Opposition viel zu viel Werth zu. Nachdem die Opposition so schwere Anklagen erhoben und für die schwersten, auf deren Begründung wir gespannt waren, keine Beweise hat erbringen können, hat sie sich die Sympathien entzogen, besonders Wildberger, der jetzt zu „ehrenhaft“ ist, um die Namen der beiden Abgeordneten zu nennen. Er

E

ist verpflichtet, die Namen zu nennen, denn solche Abgeordnete müssen gerügt werden. Nennen Sie sie nicht, dann müssen Sie sich gefallen lassen, daß, außer Auerbach, hier in Saale Keiner an Ihre Behauptung glaubt. (Sehr richtig!)

Schöder-Niederbarnim konstatirt, daß auch auf dem Lande die Opposition kraft ihrer Agitation schon Boden gewonnen habe. Das erkläre sich nicht schwer. Wenn Grillenberger sage, es sei eine Schande, die Vertreter der Opposition zu Versammlungsreferenten zu bestellen, so möge das richtig sein, aber es seien eben für die Landbevölkerung nicht leicht Referenten zu erlangen und das Lob müsse der Opposition gesollt werden, daß sie stets am bereitwilligsten solchen Aufforderungen entsprochen habe. Die Opposition müsse voll und ganz gehört werden, von ihren persönlichen Anklagen sei nichts erwiesen, wohl aber werde man bei der Taktik ein weiteres Wort reden können.

Stabernac-Berlin I.: Der gestrige Vorwurf gegen die Berliner, daß sie nicht heraus gemacht hätten, war ungerecht. Wir sind mit dem Bewußtsein hierhergekommen, daß die Sache hier auf dem Parteitage geregelt werden muß. Wir haben die Sache sehr lange überdrüssig; hier muß das letzte Wort gesprochen werden.

Ein Schlusantrag wird eingebracht und von Agster befürwortet, während Bebel den Schluß bekämpft, da man um keinen Preis der Welt der Opposition auch nur den Schein der Berechtigung zu der Behauptung geben solle, daß ihr das Wort abgeschnitten sei.

Der Schlusantrag wird abgelehnt.

Zeup-Gelsenkirchen: Ich halte den Weg, tabula rasa zu machen, für einen sehr gefährlichen, der zu noch gefährlicheren Konsequenzen führt. Wenn die Mehrheit des Parteitages die Opposition ausschließen will, muß sie auch diejenigen ausschließen, die hinter ihr stehen. Man darf nicht die Opposition im Allgemeinen anklagen, die Anklage muß eine formulirte sein, eine solche vermisse ich bis jetzt. Wählen Sie nicht den Weg der Ausschließung, damit wir nachher nicht zu sagen brauchen, es war ein Fehler.

Dr. Lux-Magdeburg II.: Der Nachweis der geheimen Verbindung der Opposition sollte durch die Einführung des Begriffes der konfludenten Handlungen erbracht werden. Soweit sich diese auf die Magdeburger „Volksstimme“ beziehen, ist der Nachweis kläglich gescheitert. Ich habe hier zu erklären, daß ich persönlich nie auf dem Boden der Opposition gestanden habe, noch stehe. Ich habe nur versucht, die Opposition rein objektiv zu beurtheilen, sie in Schutz zu nehmen gegen maßlose Angriffe, die mir ungerecht schienen. Insbesondere habe ich den Beschluß der Schuhmacher-versammlung kritisiert und als formellen Verstoß zurückgewiesen.

E

Ich kam in eine Diskussion mit dem Hamburger „Echo“, sie wurde von unserer Seite rein sachlich geführt. Nun kamen die Versammlungen, welche in Magdeburg zu einer Spaltung geführt haben. In einer Versammlung zu Luckau wurde den Magdeburger Genossen der Vorwurf entgegengeschleubert, sie verfolgten eine anarchistische Taktik; der gleiche Vorwurf ist dort der „Volksstimme“ gemacht worden. Einem Bericht in der „Volksstimme“ entnimmt das „Echo“ nur diejenigen Stellen, welche sich auf den Vorwurf der anarchistischen Taktik beziehen. Inzwischen wird es bekannt, daß der Verfasser des Flugblattes des Berliner Opposition mit Anarchisten in Verbindung stehen solle. Das „Echo“ schreibt: „Der Beweis ist erbracht, die Karten sind verrathen; in Magdeburg spielt der gleiche Fall, das Weitere wird sich auf dem Parteitage finden.“

Nun frage ich einen Menschen, wenn zwei Nummern vorher dieser Vorwurf der anarchistischen Taktik gemacht worden ist und dann gesagt wird, in Magdeburg spielt der gleiche Fall wie in Berlin, so wird es für Jeden klar sein, daß der Vorwurf sich zunächst auf die „Volksstimme“ bezog. Durch nichts war diese denkbar schwerste Beleidigung bewiesen; wenn ich auf zwei Ohreigen, welche mir das Hamburger „Echo“ ertheilte, mit einer recht kräftigen replizierte, so wird mir das kein Mensch übel nehmen. Geirrt habe ich mich darin, daß Frohme selbst der Verfasser war; er war weg, es war die Redaktion des „Echo“; ich kann also das gegen Frohme Gesagte zurücknehmen, aber nicht gegen die Redaktion, so lange nicht der Beweis erbracht wird, daß sich bei uns Anarchisten finden und daß ich selbst Anarchist sei. Nun zog gestern Fischer eine Erklärung an, worin die „Volksstimme“ eine Beleidigung gegen einen Geistlichen zurückzog. Beleidiger war Genosse Köster. Nun ist es für einen Jeden, der auf Anstand und Sitte hält, nichts weiter als eine Ehrenpflicht, eine ungerechte Beleidigung zurückzugeben. Und bedenken Sie noch: Köster hat bereits mehr als drei Jahre lang im Gefängnis gesessen, er hatte damals schon wieder 18 Monate abzusitzen, außerdem schweben gegen ihn noch 5 Klagen, und wenn hier eine Beleidigung zurückzunehmen war, warum sollte das nicht geschehen, auch wenn sie gegen einen Geistlichen gerichtet war? (Zwischenruf: Frohme!) Fischer hat, was die Leitung des politischen Theils Frohme gegenüber gethan hat, in einen Rudelmuddel geworfen mit dem, was Köster gethan hat. Nun kam bei Fischer das Flugblatt und der Artikel der „Volksstimme“ darüber, aus welchem Fischer tendenziös alles verlas, was mich in Mißkredit bringen kann, aber alles ausließ, wo ich erkläre, ich stehe nicht auf diesem Boden u. s. w. Meine persönliche Ansicht ist es gewesen, daß ein großer Theil der Berliner Genossen dahinter steht, sonst kann man ein Flugblatt wie dieses, das doch

E

erhebliche Kosten macht, nicht drucken (Ruf: Na, na!) — und wenn ich das sagte, habe ich denn anerkannt, daß ich auf dem Boden stehe? Nein! (Zwischenruf: Das hat auch Niemand gesagt!) Weiter sagte ich in dem Artikel: es ist der schwerste Vorwurf, aus dem Hinterhalt den Gegner anzugreifen, anstatt sich ihm mutig entgegenzustellen, und gerade in diesem Falle, wo die „Zungen“ den „Alten“ gegenüber ihren Standpunkt präzisieren wollten, muß das Flugblatt als ein vergifteter Pfeil erscheinen... An eine Machination der Polizei glauben wir nicht, wir schließen uns lieber dem Schweizer Genossen Steck an, der das Flugblatt als von persönlicher Ueberzeugungstreue und in better Meinung geschrieben erklärt. (Bewegung.) Wir stehen auch in diesem neuen Kampf nicht auf Seiten der „Jungen“, während wir die Entgegnungen, die sie gefunden haben, nicht für richtig halten. — Das ist der Kernpunkt; weil ich glaube, genau so wie Genosse Steck, daß etwas konstanteres Entgegenkommen dem Streit die Spitze abgebrochen hätte, deshalb zog ich sein Urtheil heran. Aber da bin ich mit der Verurtheilung des Flugblatts noch nicht zu Ende: Steck hätte die Form tadeln, sie einer scharfen Kritik unterziehen müssen, bemerkte ich gegen Steck, die aufgestellten Behauptungen hätten bewiesen werden müssen.

Man hat von Seiten Fischers und Frohmes versucht, auch mich auf die Anklagebank vor die Reinerkommission zu zerren. Gut, ich gehe ruhig hinein, aber dann muß Herr Fischer auch mit! er hat verdächtigt, ohne mit Beweisen zu dienen, er hat tendenziös entstellt, wo mit der größten Objektivität von der Parteileitung vorgegangen werden sollte, hat Fischer Haß gepredigt in der Partei der Bruderkiebe!

Niesoy-Bromberg: Seit ich in Berlin wohne, werde ich von verschiedenen Seiten der Opposition angerüffelt, daß wir nur an den Hochschöhen der Fraktion und des Parteivorstandes hingen. Gestern nun waren die Herren Werner und Wildberger die anständigsten, unschuldigsten Leute, gestern haben sie gesprochen, wie es sich gehört. Aber hätten Sie den Zuliverfassungen beigewohnt, hätten Sie da die Verdächtigungen, die Drohungen gehört, dann hätten auch Sie die Meinung bekommen, daß ein scharfes Urtheil nothwendig ist. Wir von Berlin haben ein Interesse daran, daß endlich ein Ende gemacht werde.

Landé-Elberfeld: Seitens des Vorstandes und der Mehrzahl der Redner sind Vorwürfe gegen die Opposition gerichtet worden. Ich habe dabei ein Bedenken im Auftrage der meisten meiner Mandatgeber vorzubringen. Die Herren von der Opposition haben heute hier erklärt, daß sie mit einander nicht zusammenhängen, Jeder vielmehr nur für das verantwortlich ist, was er selbst gethan hat. Ich bin nun zwar auch der Ansicht, daß es mindestens

E

Mangel an Muth zeigt, wenn der Einzelne dasjenige, womit er sich früher ausdrücklich oder schweigend einverstanden erklärte, jetzt von sich abweist. Aber dem Einzelnen können wir das Recht nicht verweigern, ihn nur zu richten nach dem, was er selbst gethan hat. (Sehr richtig!) Wir haben diese Verpflichtung gegen uns selbst. Es scheint mir das Richtige, gegen die Opposition eine Resolution zu fassen, weiter etwas zu thun, scheint mir unumgänglich, man weiß nicht, wogegen dieses weitere sich wenden würde, wir müssen uns hier an die einzelnen Personen halten. Da aber die Opposition keine Anklagen erhoben, sondern sich auf die Anklagebank gestellt hat, so muß der von Bebel beantragten Kommission aufgegeben werden, nicht die Anklagen der Opposition zu prüfen, sondern zu prüfen, inwieweit Werner u. s. w. sich vergangen haben, und dann Vorschläge zu machen, was zu geschehen hat, um diesen Schädigungen entgegenzutreten.

Wildberger: Unsere Schuld ist es nicht, wenn wir zu dieser Stunde noch bei Punkt 1 stehen. Ich habe schon gestern früh erklärt, daß ich nichts weiter vorzubringen hätte, als mich zu verwehren gegen die Anschuldigungen, als hätte ich meine beiden Behauptungen aus der Luft gegriffen. Das Flugblatt richtet sich nicht gegen den Vorstand oder die Parteileitung, sondern gegen die Taktik der Partei überhaupt. Bei diesem Punkte der Taktik werden wir alles Dahingehörige vorbringen. Unser Streit ist rein prinzipiell, keine persönlichen Angriffe sind gefallen. Bebel sprach gestern von Günstlingstwirtschaft, von der Hingabe von Parteigeldern an Schmaroger und Schweifwedler. Das zu behaupten ist keinem Einzigen von uns eingefallen, die beiden erwähnten Punkte sind die einzigen, die zu Punkt 1 gehören, und es war gar nicht angebracht, daß Bebel gestern früh den materiellen Standpunkt des betreffenden Abgeordneten so speziell beleuchtete, denn ich hatte vorher ausdrücklich gesagt, daß ich nicht aus Bosheit, sondern weil man mich in jener Versammlung dazu zwang und nur vergleichsweise das Beispiel jenes Fraktionsmitgliedes heranzog. Ich habe für solche Lagen eines Genossen soviel Herz wie jeder Andere und weiß auch genau, daß man das Geld ihm so gab, wie Bebel dargelegt hat. Damit ist doch keine Verdächtigung gegen den Vorstand ausgesprochen, das kann mir Niemand unterschieben. In dem andern Fall bedaure ich nur, daß Sie Edelmuth oder Edelsinn nicht verstehen. (Unterbrechung.) Sie können solches nicht fassen, das beweist Ihr Verhalten. (Zwischenruf: Das Partei-Interesse steht höher!) Ich weiß ganz genau, sobald ich die beiden nenne, wird gegen mich und auch gegen diese beiden der Kongreß ein Urtheil sprechen, dann die Fraktion, dann die Wähler, sie werden dreimal verurtheilt werden. Darum sage ich nochmals: Wenn Sie durchaus ein Opfer haben wollen, so nehmen Sie mich! (Heiterkeit)

E

und Unterbrechungen.) Gestern sagte Frohme, ich hätte mir keinen Dienst geleistet, als ich Gotha anzog. Ich wollte das auch gar nicht, sondern damit nur sagen, daß gerade Frohme am allerwenigsten berufen ist, uns zu schulmeistern und zu brandmarken.

Nun hat man verschiedentlich den Vorwurf erhoben, daß wir uns gegenseitig verleugnen. Ich verleugne garnichts, ich verleugne Werner nicht, ich verleugne auch das Flugblatt nicht, ich werde nachher das vom Flugblatt Behauptete zu beweisen versuchen, wie in jener Berliner Versammlung. Ich bin zu allerletzt ein Feigling, Herr Fischer! Das mögen Sie sich merken; ich stehe stets ein für das, was ich thue und sage, und ist es mir auch nicht ganz gleichgiltig, was Sie über uns beschließen, so läßt es mich doch ziemlich kalt. Wenn die Taktik in der bisherigen Weise weiter geht, wird ein Vertrag zwischen uns und der Partei niemals zu Stande kommen; wenn Sie nicht bis zu einem gewissen Grade Nothz nehmen wollen von dem, was wir wollen, dann ist es besser, Sie schließen uns gleich aus. (Webel: Sehr richtig!) Ich habe noch zu erklären, daß ich vor der Kommission nicht erscheinen werde. Webel wollte gestern den Kongreß gegen mich einnehmen, weil ich dessen Unparteilichkeit bestritten habe. Ich weiß nicht, wer diesen Bericht über die Anschuldigungen dem Parteivorstand geliefert hat, im „Vorwärts“ stand er nicht; zum Theil ist er ja richtig. Ich habe in jener Versammlung am 22. September gesagt, nachdem ich schon mehrere Meter Resolutionen habe zusammenleben können (Redner hält einen meterlangen mit Ausschnitten belebten Papierstreifen unter der Heiterkeit des Parteitages in die Höhe), wonach also die große Majorität der Partei Stellung gegen uns genommen, sei es zwecklos, dort auf dem Parteitag vor einer Kommission zu erscheinen. Wir werden schon um deswillen verurtheilt werden, weil die Form an und für sich genau so wie im bürgerlichen Prozeßverfahren beleidigend ist. Deswegen werde ich nicht erscheinen.

Werner: In den Anschuldigungen wird S. 4 gegen mich bemerkt:

„Angesichts dieses Treibens und der ungemeinen Schädigung, welche durch dasselbe unsere Partei besonders in der Provinz erleidet, hat sich der Parteivorstand genöthigt gesehen, unterm 11. September dieses Jahres an die Opposition die Aufforderung zu richten:

„ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Verfügung des nöthigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten.“

Was ich behauptet hatte, ist Folgendes: (Redner zitiert nochmals, wie schon gestern, im Wortlaute die persönliche Bemerkung betr. Glode und Baake und den radikalen Klub.) Wo ist hier mit einem Worte von Parteigeldern die Rede?

E

Was sagt der Parteivorstand am 12. September in seinem Anschreiben an die sogenannte Opposition? Er erklärt einfach, die Berliner Opposition solle „den Nachweis führen, daß der Parteivorstand Parteigelder an Schmarozer und Schweifwedler gegeben hat.“ Wie kommt denn der Parteivorstand dazu, die „Parteigelder“ da hineinzubringen? Wer hat davon gesprochen? Ist das nicht eine Verdrehung der Thatfachen? In der Anlagenschrift steht weiter unter Punkt 7, S. 24: „Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts.“ Im Flugblatt S. 11, letzter Absatz heißt es aber: „Die Majorität einer politischen Partei ist sehr oft eine rein zufällige und setzt sich auch bei der Sozialdemokratie, namentlich seit den letzten Wahlen, aus den verschiedensten Interessengruppen zusammen. Majoritätsbeschlüsse kommen daher fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und haben sehr oft mit den Prinzipien in der eigenen Partei sehr wenig gemein, sondern sie laufen diesen Prinzipien öfter schnurstracks zuwider und ebnen so den Boden einer Schwenkung nach rechts.“ (Zuruf: Ist dasselbe!) Wo ist hier von der Fraktion die Rede? Auf eine so unsichere Grundlage stellt man eine Anklage! So macht es auch jeder Staatsanwalt.

Auf dieselbe Gehässigkeit muß ich es zurückführen, wenn Genosse Fischer, der ganz genau weiß, in welchem Verhältnis ich mich zur „Berliner Volkstribüne“ befinde, hier in der Befürwortung des guten Tons sagt, wir sollten doch erst einmal auf die „Berliner Volkstribüne“ in dieser Beziehung einwirken. Ich habe mit der „Volkstribüne“ weiter nichts gemein, als daß ich dieselbe drucke. Ueber der „Berliner Volkstribüne“ steht eine in einer Berliner Volksversammlung gewählte Preßkommission, und ich werde mich schämeinstens hüten, irgendwie in die Redaktionsarbeiten dieses oder jenes Redakteurs der Blätter, die bei mir gedruckt werden, hineinanzuschüffeln.

Janghänel beantragt den Schluß der Debatte.

Dagegen spricht Fischer.

Der Schlusantrag wird abgelehnt.

Leid-Niederbarnim bestätigt, daß die Berichte über die Adauversammlungen draußen im Lande nicht günstig wirken.

Wendt-Kamenz: Ich habe selten eine Opposition auftreten sehen, die, deutsch gesagt, das Maul voller genommen und die kläglicher die Segel gestrichen hätte, als die Berliner Opposition. Auf die Sozialdemokratie wird das nicht ohne tiefen Eindruck bleiben können. Machen wir ein Ende mit dieser „Opposition“.

Ein abermaliger Schlusantrag wird abgelehnt.

Eine Reihe Redner verzichten aufs Wort.

E

Schwer-Hamburg I hätte auch verzichtet, wenn ihm nicht daran gelegen hätte, gegenüber der Insinuation, „in Hamburg wüßte es auch“, zu konstatieren, daß der I. Hamburger Wahlkreis sich mit der Laikif der Parteileitung vollständig einverstanden erklärt habe. Das Treiben gewisser Berliner Parteigenossen sei ein unwürdiges.

Frohme-Ullona: Herr Luz hat eine Darstellung über den Ursprung des Streits zwischen der „Magdeburger Volksstimme“ und dem Hamburger „Echo“ gegeben, welche der Wahrheit nicht entspricht. Die „Magdeburger Volksstimme“ hat gleich zu Anfang des Streits zur Berliner Opposition eine Stellung eingenommen, die eine mehr als zweideutige war. Herr Luz hat allerdings eine die deutsche sozialdemokratische Partei beleidigende Aeußerung des französischen Blattes „Bataille“ abgedruckt, in welcher uns Chauvinismus, Verletzung des Prinzips der Internationalität u. s. w. vorgeworfen wird, und sich ausdrücklich etwas darauf zu Gute getan, daß die „Magdeburger Volksstimme“ das einzige Blatt gewesen sei, welches von dieser Aeußerung Notiz genommen habe. Er hat versucht, die Sache so darzustellen, als sei die Berliner Opposition mit der Annahme ihrer Resolution gegen Vollmar durchaus in ihrem Rechte gewesen und als handle es sich da nur um einen Formfehler, darauf habe ich dann in Hamburger „Echo“ dieses geradezu unerhörte Zwischwischenpiel der „Magdeburger Volksstimme“ gehörig beleuchtet. Wie Herr Luz zur Berliner Opposition steht, geht daraus hervor, daß er dem „Vorwärts“ einen Vorwurf daraus gemacht hat, daß er gegen den Unfug der Berliner Vollmar-Resolution in durchaus objektiver und anständiger Weise Stellung genommen hat.

Luz hat bei jeder Gelegenheit versucht, der Berliner Opposition eine Stütze zu sein. Noch in den allerletzten Tagen hat er aus der „Berliner Volks-Tribüne“ den bekannten Artikel über die Angriffe auf die Opposition abgedruckt mit dem Bemerkten, daß sei eine „beachtenswerthe Auslassung“. Die „beachtenswerthe Auslassung“ besteht nämlich darin, daß behauptet wird, die Opposition sei gar nicht verantwortlich dafür, daß ihr Vorgehen draußen ein solches Aufsehen erregt und geschadet habe; da hätte nur die bürgerliche Presse Schuld, welche sich dieser Angelegenheit bemächtigt habe, um sie gegen die Partei auszunutzen. Ich sage: Die bürgerliche Presse wäre herzlich dumm gewesen, wenn sie von diesem ihr geliebten Material keinen Gebrauch gegen uns gemacht hätte.

Ulrich-Offenbach spricht sich gegen die Wahl einer Kommission aus, nachdem die Herren von der Opposition erklärt haben, nicht vor derselben zu erscheinen.

Heute sagen die Herren, sie hätten nicht von „Geschenken“ geredet, nicht von „Schmarogertum“ u. s. w.; so hätten sie es nicht gemeint. Warum haben sie das nicht bereits in Berlin öffentlich

E

ausgesprochen? Dort war es am Plage! Ich erkläre Namens meiner Wähler, daß wir wünschen, daß der Sache ein für allemal ein Ende gemacht wird. Als Gegner sind die Herren einfach Gegner. Dann können die politischen Gegner von der anderen Seite nicht auftreten und sagen: Eure eigenen Leute nennen Euch Erzlump; wenn die das sagen, dann muß es wohl wahr sein (Unterbrachungen). — Beschließen wir also, daß diejenigen, welche nicht widerrufen, ausgeschlossen werden.

Fischer-Berlin: Wenn Werner hier wieder einmal jede Verbindung mit der „Berliner Volkstribüne“ ablenget und betont, daß er als Drucker keinen Einfluß auf dieselbe habe, also auch nicht verantwortlich sei für deren schlechten Ton, so verweise ich darauf, daß ich gestern nur gesagt habe, die Opposition solle, wenn sie von gutem Ton rede, vor ihrer eigenen Thür stehen. Mit demselben Recht, wie Werner den schlechten Ton des „Vorwärts“ anlagt, kann Werner als Parteigenosse den schlechten Ton der „Berliner Volkstribüne“ anlagen (Webel: Sehr richtig!). Was die bekannte jämmerliche Abbitte der „Magdeburger Volksstimme“ betrifft, so muß ich hier betonen: ich halte es durchaus nicht eines Mannes unwürdig, daß, wenn jemand gegen einen Anderen falsche Behauptungen erhoben, ihm Unrecht gethan hat, er diesen Vorwurf zurücknimmt. Aber es kommt auf den Ton an, in dem dies geschieht, und, worauf ich hier besonders Werth legte, war, daß die Redaktion der „Magdeburger Volksstimme“ einem Gegner gegenüber die Regeln der Anstandspflichten erfüllte, die sie einem Parteigenossen gegenüber nicht erfüllt hat (Zustimmung). Luz hat sich geweigert, eine Erklärung der Redaktion des „Echo“ aufzunehmen, und trotzdem festgestellt wurde, daß Frohme nicht der Verfasser war, hat Luz seinem Publikum nicht gesagt, daß seine Anklage an eine falsche Adresse gerichtet sei.

Dafür, daß in Berlin und Magdeburg anarchistische Elemente in die Opposition sich eingeschlichen haben, liegen Beweise vor. Den Deckadressen der „Berliner Volkstribüne“ sind Exemplare der „Autonomie“ zugegangen (Zwischenrufe). Wir haben davon der Expedition der „Berliner Volkstribüne“ Mitteilung gemacht, als wir Namen und Daten erhielten. — Der Lokalredakteur der „Magdeburger Volksstimme“ hält es noch mit der Parteilehre für vereinbar, mit einem Karl Schneid in Verbindung zu stehen, dessen schmählicher Weggang aus Deutschland allen Parteigenossen bekannt ist, der in den schmutzigsten Organen der gegnerischen Presse unsere Genossen beschimpft und verleumdet und der auch jene elenden Verdächtigungen gegen den verstorbenen Genossen Krüder erhoben hat. Die Redaktion der „Volksstimme“ findet es sogar mit der parteigenossenschaftlichen Ehre vereinbar, die literarischen Erzeugnisse dieses Menschen in einem Augenblick in ihrem Blatte den Genossen

10° E

zu empfehlen, wo derselbe gegen den Redakteur eines Parteiorgans den Staatsanwalt zu Hilfe rief. Sind das nicht anarchisirende Elemente? Oder wollen Sie sagen: diese Leute in der Expedition der „Volksstimme“ sind keine Anarchisten, aber sie halten es für ihre Pflicht, die „Autonomie“ den betreffenden Redadressen der „Volkskribine“ bezulegen? (Zwischenrufe.) — Ich werde soeben darauf aufmerksam gemacht, daß es sich in dem von mir ins Auge gefaßten Fall nicht um die „Autonomie“, sondern um das Berliner Flugblatt gehandelt hat. Ich sehe nicht an, diesen meinen Irrthum sofort hier zu berichtigen. (Werner: Flugblatt und „Autonomie“ ist doch zweierlei!) Gewiß, zum Theil. Aber trotz meines Irrthums in diesem Falle bleiben alle anderen Vorwürfe bestehen. Für diesen Zusammenhang zwischen „Autonomie“ und Opposition genügen übrigens meine geführten Darlegungen, daß von Seiten jener Mitglieder der Opposition, die sich in Berlin als Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei wählen ließen, die für diese sozialdemokratische Partei bestimmten Gelder zurückgehalten wurden, um damit eventuell Leute zu unterstützen, die wegen Verbreitung der „Autonomie“ verfolgt und bestraft werden sollten.

Luz hat mir vorgeworfen, daß ich seine Äußerungen tendenziös, falsch citirt habe, und gemeint, ich hätte vergebens versucht, ihn auf das Rad der Opposition zu schmießen. Das ist mir gar nicht eingefallen; ich weiß, daß man Mollusken nicht anschmießen kann. Was ich ihm vorgeworfen, ist seine jämmerliche, schwankende, zweideutige Haltung. Redner citirt eine Reihe von Stellen aus der „Magdeburger Volksstimme“, u. a. eine, worin Luz schreibt, er identifizire sich nicht in allen Stücken mit der Opposition. — Ich habe Luz einen schwankenden Charakter vorgeworfen, und dies halte ich aufrecht. Luz will nicht zugestehen, daß die Opposition sich mit Veröffentlichung dieses Flugblattes außerhalb des Bodens des Parteiprinzipis gestellt habe. Ich begreife allerdings nicht, wie ein Parteigenosse so alle Begriffe für Parteitheorie verloren haben und ein Flugblatt, das von so nichtswürdigen Anschuldigungen wimmelt, als „von bester Meinung und anerkanntenswerthstem Ueberzeugungseifer dicitirt“ bezeichnen kann; ich muß also wohl annehmen, daß ihn dabei dieselbe Gesinnung geleitet hat, die ihn, den sozialdemokratischen Redakteur und Delegirten des Parteitagcs, bewogen hat, seine Berichte über diesen Parteitag dem Stöcker'schen „Reichsböten“ anzubieten! (Lärm; Auerbach: Sie haben in Chur dasselbe gethan; hier ist das betreffende Blatt!)

Schmidt-Zwickau beantragt den Schluß der Diskussion. — Schulze-Magdeburg erklärt sich dagegen; er will noch Seine und Fischer antworten. — Die Diskussion wird geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

E

Grillenberger befreit, daß er in der „Fränkischen Tagespost“ einen Berliner Genossen einen ehrlösen Verleumder genannt habe. Er habe es nur als „erlogen“ bezeichnet, daß die „Fränkische Tagespost“ am Todestage des Kaisers Friedrich mit einem Trauerrande erschienen sei. Wenn Auerbach ihn des Monarchismus verdächtigen wolle, so verweise er darauf, daß er, Redner, zu einer Zeit, wo an Auerbach noch gar nicht gedacht worden sei, seine republikanische Ueberzeugung unter den heftigsten Angriffen der Rechten vertreten habe. Die revolutionäre Haltung Auerbach's habe noch erst ihre Probe zu bestehen.

Dr. Luz: Fischer hat der „Magdeburger Volksstimme“ vorgeworfen, daß sie die Berichtigung eines Parteigenossen nicht aufgenommen habe. Das geschah, weil die Berichtigung sich auf den § 11 des Preßgesetzes beziehe. Ich habe übrigens dem Genossen Frohme gegenüber persönlich den Vorwurf zurückgenommen, und damit ist die Sache erledigt. Mit Schmidt habe ich keinen Verkehr. In Bezug auf die Berichterstattung hat Fischer nicht den geringsten Grund, mir etwas vorzuwerfen; er hat in Chur genau so für die „Neue Züricher Zeitung“ berichtet, wie ich für die „Neue freie Presse“ berichtet habe. (Unruhe.)

Werner: Ich erkläre es für eine Lüge, daß der „Berliner Volkskribine“ Exemplare der „Autonomie“ beigelegt haben. Ich erkläre es fernerhin für eine Lüge, daß von Seiten der Expedition oder eines Betheiligten derselben Redadressen an die „Autonomie“ den betreffenden Leuten geschickt worden sind. Von den Flugblättern kann ich es nicht abstreiten und nicht bestätigen, weil ich mit der Expedition garnichts zu thun habe. Noch eine Berichtigung. Ich habe in keiner Versammlung gesagt, daß der Bauch der Schmaroker von der Fraktion gefüllt wird, sondern daß die Schmaroker und Schweifwedler glauben, wenn sie die Hand eines Abgeordneten drücken, daß ihnen der Bauch gefüllt werde.

Fischer: Herr Werner hätte sich seine ganze sittliche Entlastung über meine „Lügen“ sparen können, denn ich habe sofort, als mir sein Zwischenruf von Auer bestätigt wurde, nicht angestanden, zu erklären, daß ich mich in einem Irrthum befunden. Damit ist für jeden anständigen Menschen die Sache erledigt. Von „Lügen“ kann meinerseits nicht die Rede sein, denn eine Lüge setzt voraus das Bewußtsein der Unwahrheit, und darüber erkenne ich Herrn Werner nach den Vorgängen in Halle allerdings nicht als kompetenten Richter an.

Herr Luz wirft mir vor, ich hätte am Churer Weltkongreß für eine bürgerliche Zeitung gearbeitet, genau so, wie er jetzt für andere Blätter. Die Sache ist ein klein wenig anders. Der damals nach Zürich einberufene Weltkongreß wurde in Folge einer

E

Petition der Züricher Bürgerchaft verboten. Die Delegirten kamen nach der Schweiz. Der Sitz des Kongresses war von Zürich nach Chur verlegt worden. Aber es war nothwendig, das bis zum Tage der Eröffnung der Ort des Kongresses geheim blieb, um die ausländischen Delegirten nicht zu gefährden. Somit war es einfach ein Ding der Unmöglichkeit, daß irgend ein Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung von dem Kongreß Kenntniß oder Zutritt zu demselben erhalten konnte. Die Einberufer des Kongresses hatten aber andererseits alle Ursache, den Kongreß nicht hinter verschlossenen Thüren tagen zu lassen. Einerseits mußte man sicher sein, daß das Geheimniß der Tagung des Kongresses bis zur letzten Minute gewahrt bleibe, andererseits lag uns daran, daß die gegnerische Presse von dem Kongreß und seinen Verhandlungen Kenntniß nehme, und in Uebereinstimmung mit den Einberufern des Kongresses habe ich damals die Berichterstattung auch für die „Neue Züricher Zeitung“ übernommen. Ich war aber weder Delegirter, noch in irgend einer Parteilstellung. Das ist ganz etwas anderes, als was ich zur zum Vorwurf gemacht, daß er nämlich als sozialdemokratischer Parteiredakteur und als Delegirter für den Glöcker'schen „Reichsbote“ die Berichterstattung auch für diesen Parteitag übernehmen wollte, nachdem er, unter einstimmiger Verurtheilung der Parteigenossen, das gleiche Spiel schon in Brüssel getrieben hatte.

Frohme: Allerdings ist es bei uns nicht Usus, sich auf das Preßgesetz zu berufen. Mein Kollege Stolten war aber in jenem Falle gezwungen, sich auf das Preßgesetz zu berufen, weil Luz so unanständig gewesen war, zwei mal eine gegen seine Ausführungen gemendete Erklärung Stolten's zu ignoriren, resp. über sie mit einer recht schnodderigen Bemerkung hinwegzugehen.

Land's-Eberfeld hat zu dem Antrag Bebel folgende Aenderung vorgeschlagen: Der Parteitag wolle beschließen, eine Kommission von 9 Mitgliedern zu ernennen, welche zu untersuchen hat, ob und in wie weit die von dem Parteivorstande einzeln zu benennenden Parteigenossen die Interessen der Partei geschädigt haben, und Maßregeln vorzuschlagen, durch welche dieser Vethätigung entgegengetreten wird.

Ferner ist eine Resolution von Ehrhardt-Ludwigshafen und Reichhaus-Erfurt eingegangen.

Der Parteitag wolle beschließen:

„Nach Entgegennahme des Bericht's des Parteivorstandes und als Ergebnis der erschöpfenden Verhandlungen erteilt der Parteitag der Parteileitung Decharge. Der Parteitag erklärt sich mit der Thätigkeit des Vorstandes vollkommen einverstanden und spricht demselben nach jeder Hinsicht sein vollkommenstes Vertrauen aus.“

E

Ulrich-Offenbach hat seinen Antrag dahin formulirt, den Antrag Bebel auf Kommissionsprüfung abzulehnen und diejenigen Personen, die die Ehre der Partei geschädigt haben und ihre verleumderischen Behauptungen zu widerrufen oder zurückzunehmen sich weigern, aus der Partei auszuschließen.

Der Berichterstatter Auer erhält hierauf das Schlußwort. Derselbe giebt zunächst die Erklärung ab, daß der Parteivorstand von vornherein nur an bestimmte Personen seine Aufforderung gerichtet habe, ihre Anschuldigungen zu beweisen oder, wenn ihnen dies nicht möglich, dieselben zu widerrufen. Auf diesen Standpunkt stehe der Vorstand auch jetzt noch. Nicht um eine organisirte Opposition handle es sich, sondern um ein paar bestimmt zu bezeichnende Personen. Der Referent ging dann in längerer, häufig von Beifall und zustimmender Heiterkeit unterbrochener Rede die ganze Debatte noch einmal durch, zeigte das vollständig Haltlose der Anschuldigungen und schloß, indem er dem Antrage Bebel's zustimmte, eine Kommission zur gründlichen Untersuchung der An gelegenheit einzusetzen.

Nach Schluß der Ausführungen des Berichterstatters beschließt der Parteitag, die Erledigung des Gegenstandes auf die Nachmittags-sitzung zu verlagern, die der vorgeschrittenen Zeit halber erst um 4 Uhr beginnen soll. Während der Pause soll die inzwischen fertiggestellte Präsenzliste zur Vertheilung gelangen.

Schluß gegen 2 Uhr.

#### Nachmittags-sitzung.

4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Es ist wiederum eine ganze Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen eingegangen.

Folgende Depesche wird auf Wunsch des Absenders verlesen: „Die gestern, am 15. Oktober, tagende Versammlung des Wahlvereins des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises spricht dem Parteitage sein volles Vertrauen aus und erwartet die Befestigung der Partei und strikte Befestigung aller Elemente, welche hieran hinderlich sind. Gröndel.“ (Beziall.)

Hierauf wird in der Vormittag abgebrochenen Berathung fort gefahren.

Dem Bureau ist eine schriftliche Erklärung des Abgeordneten Stadthagen zugegangen, welche besagt, daß Werner keinerlei Einfluß auf die redaktionelle Gestaltung des „Volksblattes“ ausübt, sowie daß eine Berichterstattung über Streitigkeiten innerhalb der Partei auf meine Anregung hin nicht aufgenommen worden sei, um die Agitation auf dem Lande nicht zu verhindern.

E

Ab. Schulze, Auerbach, Kater, Baetge, Werner, Dr. Zug, Niederauer, Mielenz und Ungerling beantragen:

„Der Parteitag möge beschließen, diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes, die in der bisherigen Debatte Namens des Parteivorstandes gesprochen haben, wegen ihres die Grenzen des Zulässigen weit überschreitenden Vorgehens gegen die Mitglieder der Opposition zu tabeln.“ (Weiterkeit.)

Der Antrag wurde nur von den 9 Antragstellern unterstützt, kam also nicht zur Verhandlung.

Ein Antrag, von Bolderauer und Genossen eingegangen, lautend:

„Unterzeichnete beantragen, daß Wildberger und Werner ohne Kommissionsberatung ausgeschlossen werden, weil dieselben absichtlich und mit Bewußtsein die Partei geschädigt haben“ findet ebenfalls nicht genügende Unterstützung.

Landé zieht sein Amendement zum Antrag Bebel zurück.

Darauf wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Kontrolleure, dem Kassirer für das abgelaufene Geschäftsjahr Decharge zu ertheilen, wird einstimmig angenommen.

Mit allen gegen 5 Stimmen angenommen wird der Antrag Reißhaus-Ghrhardt.

Angenommen wird ferner das Amendement Randt-Kostock zum Antrage Bebel, daß in der Neuerkommission auch der Inhalt des von Jacobey verlesenen Briefes aus Kostock untersucht werden soll, und schließlich der Antrag Bebel auf Einsetzung einer Neuerkommission mit großer Majorität.

Damit ist der Antrag Ulrich erledigt.

Der Antrag Niederauer wird abgelehnt.

Die Wahl der Neuerkommission wird nach Schluß der Verhandlungen über die Punkte 3a. und 3b. der Tagesordnung erfolgen.

Es sagt Punkt 3 der Tagesordnung:

**a) Die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion.**

**b) Die Taktik der Partei.**

Die Diskussion über die Punkte a. und b. wird verbunden und den Genossen v. Vollmar und Wildberger je 1 Stunde Redezeit zugebilligt.

Berichterstatter zu a. Mollenbuhr: Ich konnte vielleicht vollständig auf das Referat verzichten, wenn es nicht nothwendig wäre, erstens zu sagen was wir gewollt haben, und zweitens einige tadelnde Bemerkungen, welche über die Thätigkeit der Fraktion in die Öffentlichkeit gedrungen sind, kurz zu beleuchten. Wir wollten

E

durch Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse den Arbeiterstand kampffähiger erhalten, um so die endliche Lösung der sozialen Frage herbeizuführen. Wir stehen dabei nicht auf dem Werner'schen Standpunkt. Wir begnügen uns allerdings mit kleineren Fortschritten auch nicht, aber daß ein kleiner Fortschritt überhaupt zurückgewiesen werden müßte, diese Meinung theilen wir in keiner Weise, sondern erachten es für unsere Pflicht, jede Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse anzunehmen, uns aber darum keineswegs von dem Ziel abdrängen zu lassen, das wir uns gesteckt haben: Die Verwirklichung der Grundsätze der Sozialdemokratie. Wenn es uns in der letzten Session auch nicht gelungen ist, großartige Erfolge zu erringen und unser Ziel zu erreichen, so lag das an der feindseligen Haltung der anderen Parteien, die gegen alles Front machen, was eine wesentliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen herbeiführen kann. Jedenfalls ist und bleibt unsere Thätigkeit eine agitatorische, nach zwei Seiten hin. Einmal beweisen wir durch Stellung von Anträgen der Öffentlichkeit, wie wir ungefähr die vorliegenden Fragen zu lösen gedenken; zweitens suchen wir durch Stellung von Anträgen die Gegner bloßzustellen, um dem Volke zu zeigen, daß selbst die bescheidensten Forderungen von den Gegnern abge schlagen werden. Dies ist agitatorisch von wesentlicher Bedeutung. Wir haben in der letzten Session nicht viele Initiativanträge gestellt, weil die Anfangs gestellten Anträge bis auf einen noch nicht zur Berathung gekommen sind. Der eine Initiativantrag auf Abschaffung der Lebensmittelzölle hat zwar eine erste Berathung erlebt, aber darüber hinaus ist es nicht gekommen. Ferner haben wir einen Antrag eingebracht auf Erlass eines Gesetzes, wodurch die Wirkungen des Sozialistengesetzes, die es bis jetzt noch ausübt, aufgehoben werden, und einen auf Verstaatlichung des Apothekenwesens, wodurch wir verhindern wollen, daß auch die Kranken noch in schamloser Weise durch das Privatmonopol der Apotheker ausgebeutet werden können.

Die wesentlichen Anträge, die wir gestellt haben, waren Abänderungsanträge, und da sich der größte Theil der Session mit der Abänderung der Gewerbeordnung zu befassen hatte, so hatten wir hierzu eine Reihe von Anträgen gestellt. Daß wir mit dem Regierungs-Entwurf nicht einverstanden waren, weil er uns nicht weit genug ging, ist bekannt. Der Entwurf bewegte sich zunächst in viel engerem Rahmen als der unsrige; aber wir suchten deshalb unsere Anträge möglichst in das Gesetz hineinzubringen. Zunächst beantragten wir, daß die Sonntagsruhe eine Dauer von 36 Stunden haben sollte, ferner, daß für das Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen höchstens 3 Stunden Thätigkeit erlaubt sein solle, ferner das Verbot der Merkmale in den Zeugnissen, die Verschärfung des Verbots des Trucsystems, die genaue Regelung der Lohnzahlungs-

E